Nr. 219. 20. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 19. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Rücktritt Chamberlains.

Joe Chamberlain, der populärste der englischen Minister, geht — aber nicht allein, mit ihm treten zwei freihändlerische Mitglieder des jetzigen englischen Kabinetts von ihren Posten zurück: der Finanzminister Ritchie und der Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton, denen, wie englische Blätter wissen wollen, in den nächsten Tagen wahrscheinlich der Herzog von Devonshire folgen wird. Die Nachricht gleicht einem Blitz aus heitrem Himmel; sie ist selbst den großen englischen Blättern, die politische Beziehungen zum Ministerium unterhalten, wie ihre Auslassungen zeigen, völlig unerwartet gekommen. Daß ernste und tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den freihändlerischen und schutzzöllnerischen Mitgliedern des englischen Kabinetts bestehen, und erstere verschiedenemal gegen die Agitation, die Chamberlain in Reden und öffentlichen Briefen für seine Zollschutzpläne betreibt, beim Premierminister zu intervenieren versucht haben, war allgemein bekannt; nachdem aber die Kabinettssitzungen am letzten Montag und Dienstag dahin zu einer Einigung unter den Ministern geführt zu haben schienen, daß vorläufig von keiner Seite aggressive Maßnahmen getroffen, sondern die Antwort des Landes auf den an die Bevölkerung zu richtenden Appell abgewartet werden solle, wurde gerade jetzt am allerwenigsten auf eine Kabinettskrisis gerechnet. Und diese Auffassung der Lage wurde anscheinend durch die vor einigen Tagen veröffentlichte Broschüre des Premierministers Balfour bestätigt, die mit ihrem Einerseits und Andrerseits, ihrer Kritik des reinen Freihandels und ihrer Verwerfung der Nahrungsmittelzölle, thatsächlich der Versuch einer Art Zollpolitik der berüchtigten „mittleren Linie" zu sein schien.

Nun hat Chamberlain doch auf den Beschluß des Ministerrats mit einer Demission geantwortet, aber nicht weil er gehen muß, weil seine Stellung unhaltbar geworden ist, sondern weil er außerhalb des Ministeriums mehr Bewegungsfreiheit hat, für seine Pläne Propaganda zu machen. Hat ihn auch seine bisherige Stellung im Kabinett keineswegs daran gehindert, entgegen englischem Brauch und englischer Ueberlieferung, öffentlich Ideen zu verfechten, die denen der Mehrheit des Kabinetts widersprachen, so zwang ihn doch immerhin sein Amt zu einer gewissen Rücksichtnahme. Dieser ledig zu werden, um bei den bevorstehenden Parlamentswahlen, ungehindert durch Amt und Würden, energisch und rücksichtslos in den Wahlkampf eingreifen zu können: das ist das Motiv, das Mr. Chamberlain zur Demission bestimmt hat. Er geht, um mit voller Kraft für seine Zollprojekte zu wirken, und dann, wenn diese bei den kommenden Wahlen einen Sieg erringen sollten — was er jedenfalls erwartet — wieder als Triumphator und als eigentlicher, wenn auch vielleicht nicht nomineller Premierminister in das Kabinett einzuziehen. Deutlich ergiebt sich das aus einem von ihm veröffentlichten, gewissermaßen zur Erklärung seines Rücktritts bestimmten Schreiben, das er am 9. d. M. an Balfour gerichtet hat und in dem er sich folgendermaßen zur heutigen Lage äußert:

> Als er und Balfour zuerst die Aufmerksamkeit auf die Aenderungen der kommerziellen Lage Englands lenkten, hatte weder der eine noch der andre die Absicht, eine rein politische Kontroverse zu veranlassen. Nichtsdestoweniger verwarfen die liberalen Parteiführer von Anfang an den Gedanken einer zollpolitischen Untersuchung, machten skrupellos Gebrauch von dem alten Geschrei über Brotverteuerung und riefen so, da eine volle Diskussion in der Oeffentlichkeit fehlte, ein großes Vorurteil hervor. Da er, Chamberlain, fühle, daß die Frage der Vorzugsbehandlung der Kolonien gegenwärtig nicht mit Hoffnung auf Erfolg betrieben werden könne, wenngleich für eine Politik der Repressalien starke Meinung vorhanden sei, glaube er seinem Programm am besten außerhalb des Kabinetts nützen zu können und trete deshalb von seinem Posten zurück. Während man allgemein die Gefahr unbeschränkter Konkurrenz der schutzzöllnerischen fremden Länder würdige, beachte man nicht gebührend die Wichtigkeit der kolonialen Märkte und die Gefahr, daß England sie verlieren könne, wenn es nicht ihrem Verlangen nach Vorzugsbehandlung entspreche. Daher erscheine gegenwärtig ein Abkommen mit den Kolonien, welches einen Zoll, wenn auch einen noch so geringen, auf gewisse Lebensmittel involviere, auch wenn es von einer Herabsetzung der Besteuerung andrer Lebensmittel begleitet sei, für die Mehrheit der Wähler unannehmbar.

Chamberlain weist dann auf die sehr starke Stimmung im Lande für denjenigen Teil handelspolitischer Reformen hin, der England in den Stand setzen würde, gegen die fremden Länder Vergeltungsmaßnahmen zu treffen, die den gerechtfertigten Ansprüchen Englands auf weitergehende Reciprocität keine Konzessionen machen wollen. Der Brief setzt ferner die Notwendigkeit einer engeren Union mit den Kolonien auseinander, sowohl in ihrem als in Englands Interesse. Er glaube, es sei möglich, eine solche Union heute zu stande zu bringen; morgen sei dies vielleicht unmöglich. Er könne durch sein Verbleiben im Amte die Ausschließung eines so wichtigen Teils seines Programms nicht acceptieren und schlage vor, Balfour möge die gegenwärtige Politik der Regierung auf die Betonung der Freiheit Englands in Bezug auf alle kommerziellen Beziehungen zu den fremden Ländern beschränken. Er selbst beabsichtige, sich der Darlegung und Popularisierung jener Principien der Reichsunion zu widmen, die nach seiner Ueberzeugung wesentlich für den künftigen Wohlstand und die Wohlfahrt Englands seien.

Auf diesen Brief antwortete am 16. d. M. Balfour in einem längeren Schreiben, in dem er Chamberlains Entschluß, aus der Regierung auszutreten, bedauert, aber meint, er vermöchte nichts gegen seine (Chamberlains) Absicht einzuwenden, wenn dieser glaube, hierdurch am besten der Sache der Reichseinheit dienen zu können. Balfour giebt selbst zu, daß die Zeit für eine Aenderung in den Handelsbeziehungen Englands mit den andren Staaten gekommen sei. Er glaube, mit Chamberlain, daß eine engere handelspolitische Union des Mutterlandes mit den Kolonien für beide Teile vorteilhaft sein würde. Die einzige Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und Chamberlain bestehe bezüglich der Thunlichkeit eines Vorschlags der eine Besteuerung von Nahrungsmitteln in sich schließt, wofür die öffentliche Meinung noch nicht reif sei. Balfour schreibt weiter: „Sie haben zweifellos recht mit Ihrem Rat, diesen Teil der finanzpolitischen Reform nicht unlösbar mit dem andern zu verknüpfen, den, wie wir glauben, das Land ohne Voreingenommenheit zu betrachten vorbereitet ist."

Eine ernste Meinungsverschiedenheit besteht demnach zwischen Balfour und Chamberlain nicht. Auch Balfour ist der Ansicht, daß die Zollpolitik Englands geändert werden muß, daß die wirtschaftlichen Bedingungen, auf deren Basis der Freihandel einst entstand und jahrzehntelang die englische Nation zu glänzenden wirtschaftlichen Erfolgen führte, heute nicht mehr bestehen — nur stürmt ihm Chamberlain allzu schnell vorwärts. Balfour möchte die Frage einer Besteuerung der Nahrungsmittel und der Rohstoffe vorläufig noch nicht angeschnitten wissen, da damit die Arbeiter und die englischen Exportindustriellen vor den Kopf gestoßen werden.

Es ist deshalb denn auch eine völlige Verkennung der Sachlage, wenn von einigen Blättern der Rücktritt Chamberlains als ein Sieg Balfours oder gar als ein Sieg des freihändlerischen Teils des Kabinetts bezeichnet wird. Wäre er das, warum legen denn auch die beiden freihändlerischen Mitglieder des Kabinetts, welchen sich alsbald, wie englische Zeitungen behaupten, der extrem freihändlerische Herzog von Devonshire anschließen wird, ihre Posten nieder? Diese Demissionen haben doch nur dann einen Sinn, wenn die betreffenden drei Mitglieder auch nach Chamberlains Ausscheiden aus dem Kabinett die Bedingungen für ein gedeihliches Zusammenwirken mit Balfour für nicht vorhanden erachten.

Im Grunde genommen dürfte es sich nur um eine Art Arbeitsteilung zwischen Chamberlain und Balfour handeln. Balfour wehrt im Kabinett die freihändlerischen Einflüsse ab und bereitet bedächtig die Ausarbeitung von Zollmaßregeln vor, die sich gegen andre Nationen, wenn diese die englische Ausfuhr durch hohe Zölle belasten, als Repressivmaßnahmen verwenden lassen, und unterdessen betreibt Chamberlain draußen im Lande, unterstützt von dem Gelde der nordenglischen Eisen- und Stahlindustrie, eine mächtige Riesenagitation für den Zollschutz und schleudert ungeheure Mengen von Flugblättern und Broschüren in das englische Volk. Der „Daily Telegraph" hat durchaus recht, wenn er das Verhältnis zwischen Balfour und Chamberlain mit der Zusammenarbeit vergleicht, die zwischen zwei Teilen einer Streitmacht im Felde besteht, von denen der eine die Basis der Verbindungslinien hält, während der andre zum Angriff übergeht.

* * *

Englische Preßstimmen zu Chamberlains Rücktritt.

Wie telegraphisch gemeldet wird, schreibt der „Daily Telegraph, der fast allgemeine Eindruck in offiziellen Kreisen gehe dahin, daß Austin Chamberlain Ritchie und Brodrick Lord Hamilton ersetzen werde. Das Blatt fügt hinzu, Lord Milner werde als möglicher Nachfolger Chamberlains genannt; andre Zeitungen erwähnen jedoch Lord Selborne in Verbindung mit dem Amt des Kolonialsekretärs.

Mehrere Blätter verharren dabei, in den Briefen Balfours und Chamberlains trete zur Evidenz hervor, daß in der Politik Balfours die Absicht liege, auf die Politik Chamberlains hinzuführen. Nach Ansicht einiger Blätter werde dies den Erfolg haben, die Wiederherstellung der Einigkeit in der unionistischen Partei auf der Grundlage von Balfours Broschüre zu verhindern und die Spaltung der Partei zu beschleunigen. „Morning Post" und „Daily Telegraph" sagen voraus, Chamberlains Rücktritt werde zu einem starken Umschwung zu seinen Gunsten führen.

„Daily News" führen aus, Chamberlain habe die liberale Partei zu Grunde gerichtet und die unionistische Partei vollständig gebrochen zurückgelassen; auch er selbst habe Schiffbruch gelitten, seine Laufbahn sei beendet; er gebe freimütig zu, daß seine Politik fehlgeschlagen sei.

„Chronicle" sagt, der neue Feldruf laute „Vergeltung". Man beabsichtige damit, die Aufmerksamkeit abzulenken von den Skandalen im Militär- und Erziehungswesen und auf anderen Gebieten, die sich unter der Tory-Regierung ereignet haben. Der Briefwechsel zeige, daß, wenn die Nation aufgefordert werde, für die Vergeltung ihre Stimme abzugeben, sie aufgefordert werde, den Weg für den Nahrungsmittelzoll zu bahnen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. September.

Ueber das eingestellte Zeugniszwangs-Verfahren

gegen den Redakteur Leimpeter von der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung" erhalten wir folgende genauere Darstellung:

In Nr. 34 der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung" wurde der Bericht des politischen Polizeikommissars Krohn-Gelsenkirchen abgedruckt und das Original des Berichts von uns dem Regierungspräsidenten von Arnsberg zugeschickt. Der Bericht wurde dem Blatte von einem Bergmann, offen, ohne Umschlag auf die Redaktion gebracht, der aber angab, den Bericht von einem Kameraden erhalten zu haben, der ihn in Gelsenkirchen gefunden habe. Krohn muß nun angegeben haben, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" mitteilt und wie auch aus den Ausführungen des Untersuchungsrichters zu entnehmen war, daß er den Bericht in Herne in einen Briefkasten geworfen habe. Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten wurde nun recherchiert, wie der Bericht in die Hände der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung" gekommen sei. Darüber wurde Leimpeter als Zeuge vom Untersuchungsrichter vernommen. Leimpeter hat beim Untersuchungsrichter wahrheitsgemäß obigen Sachverhalt angegeben, nur verweigerte er, den Namen des Ueberbringers zu nennen. Er wurde dafür in eine „Ordnungsstrafe" von 20 M. und 6 Wochen Haft genommen und sofort ins Gefängnis abgeführt. Gleichzeitig wurde ihm angekündigt, daß die Haft auf 6 Monate verlängert würde, falls er nach 6 Wochen noch nicht mürbe sei. Er hat dem Sohn der Themis auf alle Androhungen kaltblütig mit einem „unmöglich" geantwortet. Am 12. d. Mts. wurde Leimpeter festgenommen und am 16. **ohne weiteres Verhör, auch ohne Motivierung, auf Knall und Fall wieder entlassen.** Die Meldung des „Berl. Tagebl.", daß Leimpeter deshalb entlassen worden sei, weil kein Strafverfahren gegen Ungenannt eingeleitet sei, trifft nicht zu, vielmehr war ein solches Verfahren eingeleitet.

Der Bericht des Kommissars Krohn selbst stellt, wie schon die „Germania" zugeben mußte, das non plus ultra tendenziöser Einseitigkeit dar. Heißt es doch beispielsweise in dem von Unrichtigkeiten strotzenden, wie der Berichterstatter selbst naiv zugiebt, lediglich auf die Informationen der Unternehmer und Zechendirektoren sich stützenden, Schriftstücke:

> „Daß die gegenwärtige Bewegung unter den Bergarbeitern nur allein durch die Wurmkrankheit, das Wagennullen und durch die angeblich schlechten Löhne hervorgerufen sein soll, ist nicht zutreffend. **Unter den Bergarbeitern ist es, so lange es Bergleute giebt, überhaupt noch nicht ruhig gewesen.** (!!!) Die Wurmkrankheit ist zur Zeit von dem Agitator und Leiter des Bergarbeiter-Verbandes, Redakteur Hué, als **willkommener** (!) Agitationsstoff aufgegriffen und bis heute auch schon genügend ausgenutzt worden. Nachdem Hué Reichstags-Abgeordneter geworden ist, wird es unter den Bergleuten überhaupt nicht zur Ruhe kommen. (!!!)"

Man begreift, wie ärgerlich den Behörden die Veröffentlichung dieser charakteristischen „Information" sein muß. —

Ein Staatsanwalt über das Redaktionsgeheimnis.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten" erzählen, anknüpfend an die Fälle Leid und Rehbein, folgenden pikanten Vorgang:

> Es ist jetzt wenige Jahre her, da stand in Danzig ein Redakteur auf der Anklagebank. Er hatte sich wegen eines beleidigenden Artikels zu verantworten. Er war nicht der Verfasser dieses Artikels. **Er nannte aber den Verfasser dem Gericht,** so daß auch gegen ihn verhandelt werden mußte. **Da erhob sich Staatsanwalt Oetting** und stellte seine Strafanträge gegen den **Redakteur doppelt so scharf** als gegen den Verfasser. „Denn", so führte er aus, **„der Redakteur hat unschön gehandelt.** Die Fälle, wo das Redaktionsgeheimnis gebrochen worden ist, **sind, Gott sei Dank, auf deutschen Redaktionen selten,** und um so mehr muß ich es tadeln, daß der Angeklagte sich nicht gescheut hat, den Verfasser zu nennen und ihn dadurch auf die Anklagebank zu bringen."

Die Ansicht des Staatsanwalts Oetting über die Journalistenehre ist noch heute die herrschende geblieben, nur manche Kollegen von ihm scheinen sich von ihr emancipiert zu haben. Um so notwendiger wäre es bei dieser anormalen Entwicklung, Staatsanwalten gesetzgeberisch die Möglichkeit zu nehmen, Redakteure auf 6 Monate einzusperren, weil sie nicht ehrlos handeln wollen. —

Nachklänge von der Reichstagswahl. In Breslau wurden mehrere Arbeiter wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Schutzmannsbeleidigung usw. zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie am Abend des 16. Juni, in der Erwartung, daß vom Rathause das Wahlresultat verkündigt werden würde, der Aufforderung der Schutzleute, weiter zu gehen, nicht Folge geleistet und sich zu Aeußerungen hatten hinreißen lassen, die das Gericht als Beleidigungen auffaßte. Auffallend bei der Verhandlung war, daß der **Vorsitzende** jeden einzelnen der Angeklagten **fragte, ob er Auskunft** darüber geben wolle, **wen er gewählt habe.** Abgesehen davon, daß sich derartige Fragen eines Richters mit der Wahrung des Wahlgeheimnisses schlecht vertragen — wir haben ja allerdings schon den schlimmeren Fall erlebt, daß man **Zeugen** zu einer solchen Aussage zwang, während ein Angeklagter ja die Auskunft verweigern kann —, vermögen wir auch nicht einzusehen, was die Parteistellung der Angeklagten mit ihrem Delikt zu schaffen hat! Dergleichen ebenso überflüssige wie unsres Erachtens unzulässige Fragen können nur den Anschein erwecken, als ob man bei der Urteilsabmessung die politische Gesinnung der Angeklagten als erschwerend oder mildernd in Betracht zu ziehen beabsichtige.

Eine unverhältnismäßig harte Strafe verhängte das Magdeburger Landgericht dieser Tage über die Bergarbeiter Sydow und Franke, die mit andren Arbeitern angeklagt waren, gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch und versuchte Nötigung begangen zu haben. Den Genannten und ihren Kollegen war von ihrem Betriebsinspektor dafür, daß sie am Wahltage nachmittags zwecks Ausübung ihres Wahlrechts nicht eingefahren waren, am 6. Juli ein Extra-Strafabzug von 1,50 M. gemacht worden. Sie gerieten deshalb mit dem Betriebs-Inspektor Enke in Streit, in dessen Verlauf Enke sich durch das Fenster flüchtete. Das Urteil gegen die beiden Angeklagten lautete auf 3 Monate Gefängnis. Es scheint demnach, als ob das Gericht die begreifliche Erregung der Angeklagten nicht in angemessene Erwägung gezogen habe. —

Der rote Adlerorden mit Schwertern. In Nummer 205 brachten wir die Nachricht, daß zu den jüngst vom deutschen Kaiser mit dem roten Adlerorden vierter Klasse dekorierten Offizieren auch der seit beinahe einem Jahr in Untersuchungshaft sitzende italienische Oberleutenant Vito Modugno gehört, der des Diebstahls, Raubes und der Vergewaltigung in China, sowie der Ermordung seiner eignen Frau angeklagt ist. Diese Notiz wurde damals, so befremdend die Ordensverleihung war, von der offiziösen Presse mit Stillschweigen übergangen, doch nun hat endlich die Münchener „Allgemeine Zeitung" eine Erklärung für diese seltsame Auszeichnung des schneidigen Modugno gefunden. Sie läßt sich aus Rom schreiben: „Es drängt sich nun die Frage auf, wie es kommt, daß man in den sieben Monaten, in denen die italienische Presse ihre Spalten mit den Berichten über den Mord an Frau Modugno füllte, die deutsche Regierung nicht veranlaßt hat, Modugno von der Ordensliste wieder zu streichen,

und das italienische Kriegsministerium hat bereits erklärt, daß es keine Verantwortung trage, denn es habe dem Ministerium des Auswärtigen rechtzeitig Mitteilung gemacht. Da dieses letztere schweigt, so ist es vielleicht der Teil, dem die Schuld an der Nachlässigkeit zufällt. Befremdlich erscheint es allerdings auch, daß die deutsche Botschaft in Rom, auf der die italienischen Zeitungen doch verfolgt werden, auf den Thatbestand nicht aufmerksam wurde. Da Modugno vorläufig nicht rechtskräftig verurteilt, sondern nur Untersuchungsgefangener ist, so ist es fraglich, ob die deutsche Regierung die Verleihung sofort zurücknimmt; später wird das natürlich geschehen."

Der Vorfall zeigt deutlich, wie meist derartige Auszeichnungen zu stande kommen und welcher Wert ihnen beizumessen ist. —

Prinzliches Avancement. Der „Staats-Anzeiger" veröffentlicht die Beförderung Seiner Kaiserlichen Hoheit des deutschen Kronprinzen, bisher Oberlieutenant à la suite des Infanterie-Regiments Nr. 120, zum Hauptmann.

Der Kronprinz ist somit wohl der jüngste Hauptmann der Armee. Das Avancement muß ja in beschleunigtem Tempo vor sich gehen, damit der einstmalige Sprung zum „obersten Kriegsherrn" nicht zu weit ist. In andern Ländern haben Kronprinzen zudem den Vorsprung, bereits als Obersten geboren zu werden. —

Sächsische Buddelei. Die Generaldirektion der sächsischen Eisenbahnen veröffentlicht wieder einmal einen ihrer im Buddeschen Geiste gehaltenen Ukase, in dem, unter Hinweis auf den Besuch von öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen, die Eisenbahner erneut verwarnt werden, sich dem Verband der Eisenbahner Deutschlands anzuschließen. Die Verbandszugehörigkeit wird dabei als „Unterstützung unzulässiger Bestrebungen" bezeichnet. So wird das verfassungsmäßig garantierte Koalitionsrecht vom Staate selbst mit Füßen getreten! —

Wegen Majestätsbeleidigung konfisciert wurde Mittwochmorgen die Nr. 172 der „Augsburger Volksztg. Der inkriminierte Artikel, ein Bericht der königstreuen lo-Korrespondenz, behandelt die Verhandlung gegen den Steinschleifer Vogel wegen Majestätsbeleidigung, welcher von dem Landgericht in Hof zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. —

Ausland.

Frankreich.

Kriegspläne. Der Abgeordnete Jaurès schreibt im Leitartikel der „Petite République", daß die in letzter Zeit an der algerisch-marokkanischen Grenze vorgekommenen Unruhen von den französischen Offizieren gern gesehen worden wären, da man in deren Kreisen neue Kriegszüge in Nordafrika plane. Er wisse aus sehr guter Quelle, daß in der Armeeleitung eine Expedition nach Marokko beschlossene Sache sei. Man studiere bereits den Plan eines Protektorats in allen Einzelheiten und befasse sich sogar mit der Wahl von Beamten. Jedenfalls hoffe die Armeeleitung, auf die Regierung einen Druck auszuüben und sie vor eine vollendete Thatsache zu stellen, und dann wäre die Gefahr in der That außerordentlich groß, oder aber die Armeeleitung bereite mit Zustimmung oder auf Befehl der Regierung einen Krieg vor, der mehrere Jahre 200 000 Mann und 100 Millionen Frank erfordern würde. Ein so folgenschwerer Entschluß hätte nicht gefaßt und ein so furchtbares Unternehmen nicht bereits begonnen werden dürfen, ohne daß das Parlament und das Land auch nur gefragt worden seien. Jaurès hält es daher für seine Pflicht, Alarm zu schlagen.

Spanien.

Polizeiskandal. Wegen bedeutender Betrügereien, die kürzlich bei der Madrider Polizei vorgekommen sind, ist der Chef der Polizei seines Amtes enthoben und durch einen Beamten des Sicherheitsdienstes ersetzt worden. Sämtliche Polizeiagenten sind ebenfalls abgesetzt worden. Die Ursachen dieser Entschließung werden amtlich bekannt gegeben werden. —

Rußland.

Straßentumulte. Wie im nichtamtlichen Teil des „Regierungsboten" gemeldet wird, entwickelte sich in Homel, Gouvernement Mohilew, am 11. d. M. in dem dortigen Bazar aus einem Streit zwischen einem Bauern und einem jüdischen Händler eine erbitterte Schlägerei zwischen Juden und Russen. Als die Polizei die Ordnung wiederherstellen wollte, warfen die Juden mit Steinen auf dieselbe, auch wurde aus ihrer Mitte ein Revolverschuß abgefeuert, auf den die Polizisten mit Schüssen in die Luft antworteten. Bei der Prügelei wurde ein Russe von einem Juden durch einen Messerstich in den Leib tödlich verletzt, ein Jude sowie 7 andre Personen trugen leichte Verletzungen davon. Am 14. wiederholten sich die Unruhen. Russische Arbeiter fingen aus Rache für eine ihnen am 11. September zugefügte Kränkung an, im Judenviertel Buden zu zerstören. Bei dem Zusammenstoß mit den Juden wurden auf beiden Seiten etwa 20 oder mehr Personen verwundet. Als Truppen erschienen, wurden sie von den Juden mit Schüssen empfangen. Infolgedessen mußte von den Feuerwaffen Gebrauch gemacht werden. Gegen Abend war die Ruhe wieder hergestellt.

In Ergänzung dieser Darstellung weiß der „Regierungsbote" weiter zu berichten, daß, als das Militär in Homel einrückte, ihm mit Messern, Dolchen, Wurfkugeln und Revolvern bewaffnete Juden Widerstand entgegensetzten. Die Juden schossen aus den Häusern und hinter den Zäunen auf die Soldaten. Ein Feldwebel, der einen schießenden Juden festnehmen wollte, wurde von einem andren Juden durch einen Messerstich am Halse verwundet. Im ganzen wurden während der Unruhen vier Christen und vier Juden getötet, verwundet sieben Christen und acht Juden, von denen einer starb. Die bisher festgestellte Zahl der zerstörten Häuser und Buden beträgt 200. 68 Personen wurden wegen Teilnahme an den Ausschreitungen verhaftet. Fälle von Raub wurden nicht festgestellt.

Das Militär hält die Ruhe aufrecht. Offiziere und Justizbeamte bezeichnen die Haltung der Polizei bei der Unterdrückung der Unruhen als tadellos. Nur den Anordnungen des Polizeimeisters sei es zu verdanken, daß die Unruhen auf einen verhältnismäßig unbedeutenden Kreis beschränkt blieben. Die Ursache der Unruhen ist nach der Ueberzeugung der gutgesinnten Bevölkerung in der äußerst feindseligen, herausfordernden Haltung der Juden gegen die christliche Bevölkerung zu suchen.

Es braucht kaum hinzugefügt zu werden, daß die Darstellung des „Regierungsboten" viel Unwahrscheinliches enthält und weitere Berichte über die Vorgänge abgewartet werden müssen, bevor ein Urteil möglich ist. —

Die Ueberweisung der Verwaltung des armenischen Kirchenvermögens an die russischen Staatsbehörden, die vor einigen Tagen in Ausführung eines kaiserlichen Ukases erfolgte, hat im Kaukasusgebiet unter den Armeniern ernste Ruhestörungen hervorgerufen, vornehmlich in Tiflis und Kars. In Tiflis begannen die Ruhestörungen, nachdem die armenische Geistlichkeit bei der Kathedrale in Gegenwart einer etwa aus 2000 Köpfen bestehenden Menge eine Seelenmesse für die während der Jelissawetpoler Unruhen getöteten sechs Armenier abgehalten hatte. Der Geistliche Ter Aratow sprach das Anathema wegen Wegnahme des Kirchenvermögens aus. Sodann wurden revolutionäre Proklamationen verteilt. Die Menge lärmte und aus ihrer Mitte wurden über 40 Revolverschüsse abgefeuert. Die Polizei gab darauf ebenfalls einige Schüsse ab; dadurch wurden einige Personen verletzt und ein Arbeiter tödlich verwundet. Vier Rädelsführer wurden verhaftet, unter ihnen der obenbezeichnete Geistliche.

In Kars eilte unter dem Geläute der Glocken eine große Menge Armenier am 15. d. M. herbei und lagerte sich um die Kirche, als die Beamten zur Uebernahme der armenischen Kirchengüter schritten. Die Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, beantwortete die Menge mit einem Hagel von Steinen und mit Schüssen und drängte die Polizei zurück. Zum Schutze derselben eilten 200 Kosaken herbei. Die stetig anwachsende Menge empfing auch diese mit Steinwürfen und Schüssen. Da der Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht Folge geleistet wurde, waren die Kosaken gezwungen, einzelne Schüsse abzugeben, worauf der Platz geräumt wurde. Mehrere Soldaten wurden verletzt; von der Menge einer getötet und zwei verwundet. Verhaftet wurden 77 Personen, unter ihnen zwei Geistliche. —

Vom Balkan.

Die bulgarische Drohnote. Nach seinen eifrigst betriebenen Rüstungen und seiner schon erwähnten Note an die Großmächte scheint Bulgarien sich entschlossen zu haben, den Waffenkampf mit der Türkei aufnehmen zu wollen; denn in dieser Note erhebt, wie die Inhaltsangabe der Wiener „Politischen Korrespondenz" zeigt, die bulgarische Regierung direkt gegen die Pforte den Vorwurf, daß sie auf die Vernichtung der bulgarischen Bevölkerung in den europäischen Wilajets hinarbeite und alle Vorkehrungen treffe, um die türkische Armee so rasch wie möglich an der bulgarischen Grenze konzentrieren zu können. Dies berechtigte zu der Annahme, daß die ottomanische Regierung die Absicht habe, im geeigneten Augenblick eine militärische Aktion gegen das Fürstentum zu unternehmen. Die Lage sei geeignet, schließlich einen Konflikt zwischen dem Fürstentum und der Pforte herbeizuführen, falls die Großmächte nicht bei der Pforte zur Klugheit und Mäßigung mahnten. Die bulgarische Regierung fühle sich verpflichtet, an die Gerechtigkeit und Humanität der Mächte zu appellieren, damit sie die bulgarische Bevölkerung vor der vollständigen Ausrottung retten und durch ihre Intervention die ottomanische Regierung bestimmen, ihre Mobilisierungsvorkehrungen sowie die in Anbetracht der korrekten Haltung der bulgarischen Regierung in keiner Weise gerechtfertigten Maßregelungen militärischer Konzentrierung rückgängig zu machen. Sollte jedoch Bulgarien keine bestimmten Zusicherungen erhalten, welche seine Befürchtungen gegen das gegenwärtige Vorgehen in der Türkei zerstreuen könnten, so würde es sich gezwungen sehen, die notwendigen Maßregeln zu treffen, um für jede Eventualität vorbereitet und gegen jede Ueberraschung geschützt zu sein.

Auch die Pforte betreibt mit Eifer die Verstärkung ihrer Truppen in Macedonien. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, haben das 4. Armeecorps in Erzingjan und das 5. Armeecorps in Bagdad Befehl zur Mobilmachung erhalten.

Charakteristisch für die Gegensätze, die zwischen den Mohammedanern, den Bulgaren und den Griechen in Macedonien bestehen, ist die Thatsache, daß die macedonischen Griechen immer offener gegen die Aufständischen für die türkische Regierung Partei ergreifen und sich letzterer zum Kampf gegen die bulgarischen Banden anbieten. In Konstantinopel sind, wie von dort berichtet wird, ungefähr 200 junge Griechen, welche sich als Freiwillige gegen die bulgarischen Komitatschis gemeldet haben, aus Silivri, Rodosto, und andren Orten ankommen. Der Sultan hat ihr Angebot angenommen, jedoch ist man wegen ihrer Verwendung in Verlegenheit. Es soll ein selbständiges Freiwilligencorps unter türkischen Offizieren gebildet werden.

Konstantinopel, 17. September. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Eine Nachricht aus Sofia besagt, die bulgarische Regierung habe drei Divisionen unter die Waffen gerufen, der türkische Kommissar habe gegen diese Mobilmachung Protest eingelegt und der bulgarische Ministerpräsident habe dem englischen diplomatischen Agenten, welcher um Aufklärung bat, erklärt, daß der Maßregel kein aggressiver, sondern nur defensiver Charakter innewohne. —

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Er sagt, entweder erfolgt ein Krach durch irgend einen Krieg, wo der ganze Bankrott der herrschenden Gesellschaft elementar in die Erscheinung tritt, dann werden wir die ganze politische Macht bekommen. Oder aber, sagt er, die herrschende Gesellschaft sieht ein, daß sie sich auf einem sehr gefährlichen Wege befindet, sie lenkt ein, und dann wird einer der unsrigen in die Regierung berufen und mit der Regelung der Arbeiterverhältnisse betraut werden müssen. Wenn Liebknecht das schreiben durfte, dann darf es ein andrer wohl auch noch. Es schadet wahrhaftig der Partei nicht, wenn man über derartige Fragen diskutiert, im Gegenteil, es kann ihr nur nutzen, denn dadurch wird Aufklärung verbreitet. Praktisch ist die Frage gegenwärtig von keiner Bedeutung, aber sie wird mit der Zeit von Bedeutung werden, denn wir stehen doch alle auf dem Standpunkt, daß wir mit unsrer fortgesetzt gesteigerten Macht etwas erreichen. Wenn wir fortgesetzt die Eigentumsformen durch unsre Thätigkeit verändern, so wird nach Marx mit der Zeit auch nach und nach der politische und sociale Ueberbau der Gesellschaft sich ändern. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, das hier eingebrachte Amendement abzulehnen, denn wir wollen doch keine Resolution annehmen, die für die Gegenwart ohne jede Bedeutung ist. Wie die Dinge in Zukunft sich gestalten werden, wissen wir ja nicht. Haben wir es denn nötig, jetzt schon festzulegen, daß wir niemals innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft an der Exekutivgewalt uns beteiligen werden? Darüber sind wir doch nicht kompetent, zu beschließen, was die machen, die mal, in 40 oder 50 Jahren in unsrem Sinne arbeiten. (Sehr richtig!) Ist es richtig, daß der Zusammenbruch kommen muß, dann ist unsre bisherige bewußte Taktik nicht die richtige. Wenn der Zusammenbruch kommen muß, dann arbeiten wir auf den Zusammenbruch hin, und nicht auf den Aufbau der Gesellschaft; dann muß das Gegenwärtige niedergerissen werden, um etwas aufzubauen und dann hätte Genosse Friedeberg mit seiner Empfehlung des Generalstreiks recht. (Sehr richtig! Rufe: Hat er auch!) Das ist die Konsequenz der Theorie von Kautsky. Der Revisionismus ist gar nichts andres, als unsre bisherige bewußte Taktik. Dafür ist ja die Resolution der allerbeste Beweis. Nachdem man jahrelang gegen den Revisionismus gekämpft hat, mußte man einen künstlichen Revisionismus konstruieren und diesen bekämpfen. Keiner von uns will eine Revision der Grundsätze der Partei, im Gegenteil, wir wissen, daß diese Grundsätze wahr und echt sind, wir wollen auf dem Boden dieser Grundsätze weiter kämpfen.

Gestern nachmittag hat der Agitator der socialdemokratischen Partei gesprochen und heute morgen der Politiker. (Lautes Gelächter.) Der Agitator, der schon so glänzende Erfolge erzielt hat, gestern war er kein glänzender Agitator, gestern hat er eine Rede gehalten, an der wir jahrelang zu knapfen haben werden. (Lebhafter Widerspruch. Gelächter. Zustimmung.) Gestern hat er den Gegnern eine Masse Knüppel geliefert, die sie uns bei jeder Gelegenheit zwischen die Beine werfen werden. (Rufe: Bernstein etwa nicht!) Er hat sich darüber beschwert, daß die Führer der Revisionisten sich nicht dagegen verwahren, wenn sie von Gegnern gelobt werden. Das ist ganz nebensächlich, denn dies Lob wird uns in der Agitation nie vorgehalten, wohl aber bei jeder Gelegenheit Citate von Bebel und Kautsky. (Widerspruch.) Bebel hat dann wieder auf die Süddeutschen eingehauen und gemeint, da unten sei alles versumpft, die Kerle trinken zu viel Bier und Wein, die kommen gar nicht dazu, nüchtern zu denken, sie sind socialdemokratische Spießbürger. (Bebel: Das habe ich nicht gesagt.) Nein, wirklich nicht. (Zubeil: Ihr könnt auch mehr vertragen!) Ja wohl, Genosse Bebel, Sie haben uns daran gewöhnt, sehr viel herunterzuschlucken. (Große Heiterkeit.) Der Vorwurf gegen die Süddeutschen war angesichts unsrer Erfolge nicht berechtigt. In Berlin oder in Industrieorten zu agitieren, ist keine große Kunst, aber in Gegenden, wo die ökonomischen Verhältnisse noch nicht weit vorgeschritten sind, da ist das etwas andres. Wenn wir in Süddeutschland trotzdem solche Erfolge haben, dann soll man doch nicht immer die Norddeutschen als die Musterknaben hinstellen. (Ruf: Thut ja niemand!) Gerade wir in Baden haben unsre Pflicht und Schuldigkeit gethan. Die „Schwäbische Tagwacht", die sich ja immer an Bebels Rockschöße hängt, um auf die Revisionisten loshauen zu können, hat uns den Vorwurf der Verflachung gemacht. Darauf haben wir nachgewiesen, daß in Baden der prozentuale Zuwachs unsrer Stimmen größer war als im Durchschnitt des Reichs, und speciell im Verbreitungsbezirk des „Volksfreund" war er noch größer. Wir fragen, ob etwa der Sieg in Karlsruhe, wo diese Revisionisten unter den ungünstigsten Umständen den Bassermann niedergeschlagen haben, Verflachung ist. Da erwiderte dann die „Tagwacht", das sei ein glänzender Sieg, aber er sei errungen trotz des „Volksfreund". Bebel hat in der Beziehung mehr als einmal gesündigt. In Lübeck sagte er, die Badenser gehörten in einen Sack und in den Bodensee. (Bebel: Wollen Sie mir die Stelle zeigen!) Es ist im Protokoll gestrichen. (Bebel: Es ist nicht gesagt worden!) Ich werde im Karlsruher „Volksfreund" nachsehen; der große Bericht hatte es ursprünglich, aber es ist gestrichen. (Bebel: Ich streiche nie so etwas!) Bebel hat damals auch gesagt, er werde nach Baden kommen und dann würden wir unser blaues Wunder erleben. Nun, er kam, aber das blaue Wunder blieb aus. Die Verhandlungen verliefen ganz ruhig. In München erklärte Bebel bei Gelegenheit eines von uns gestellten Antrages geheimnisvoll, er wisse von den Badensern noch ganz andres, ich ging zu ihm und bat ihn um Aufklärung. Er sagte, ich sei damit nicht gemeint. Darauf forderte der Karlsruher Wahlverein Bebel wiederholt auf, zu sagen, was er bei dieser Aeußerung im Auge gehabt habe. Er weigerte sich und erwiderte schließlich ganz ärgerlich, was uns denn eigentlich einfalle, er lehne eine Antwort ab! Bebel sprach gestern auch von den Arbeiter-Revisionisten, die in gehobene Lebenslage gekommen sind. Bebel weiß offenbar nicht, welche Folgen das hat. Diese Arbeiter-Revisionisten und überhaupt die Arbeiter-Angestellten haben sehr schwer mit dem Neide vieler Genossen zu kämpfen. Wenn nun der erste Führer der Partei in dieser Weise von diesen Genossen spricht, so ist es für jeden proletarischen Neidhammel — und es giebt deren eine Waffe — gegen diese Genossen. Das sollte man doch endlich unterlassen. Damit wird einfach Stimmung gemacht. Es ist auch, glaube ich, nicht richtig, daß die Revisionisten die Fühlung mit dem Volke verloren hätten. Ich habe im Gegenteil beinahe den Eindruck gewonnen, daß Bebel die Fühlung mit den Massen verloren hat. (Großes Gelächter. Zuruf: Neueste Revision!) Damit stellt man die Fühlung mit dem Volke noch lange nicht her, daß man in Versammlungen spricht, in denen immer Tausende sind, sondern damit, daß man jeden Tag unter ihnen steht in den Gewerkschaften und Genossenschaften, wo man die Arbeiter in ihren Vorzügen und Fehlern kennen lernt. Dann erscheinen die Arbeiter nicht so ideal, wie Bebel sie hinstellt. (Wachsende Unruhe.) Hören Sie doch bitte auch zu, wenn ich rede und nicht nur wenn Bebel redet. (Zuruf: Wenn Sie vernünftig reden!) Das Auftreten von Bebel hat nicht nur bei den Revisionisten, sondern auch bei andren Genossen Bedenken erregt. Was Vollmar darüber sagte, war notwendig. „Wir wollen!" nicht: „Ich will" soll es heißen bei uns. Wie soll nun Göhre jetzt wieder gegen die Gegner kämpfen, nachdem Bebel von ihm behauptet hat: Du bist moralisch tief gesunken! (Große Unruhe!) Welche Wirkung muß es hervorrufen, wenn die Gegner lesen, was Bebel gestern über die Redakteure des „Vorwärts" gesagt hat! Ich weiß nicht, welche Gestalt die Resolution erhalten wird. Für das Amendement kann ich unter keinen Umständen stimmen. Aber für die ursprüngliche Resolution könnte ich stimmen. (Hoffmann-Berlin: Dann muß sie geändert werden!) Jawohl, der Parteitag ist ja bekanntlich allein für die Berliner da! (Große Unruhe und Zwischenrufe.) Seien Sie doch ruhig; wir haben Sie auch nicht unterbrochen! In der bisherigen Weise kann die Debatte nicht weiter gehen. (Sehr richtig! Große Unruhe.) Daß wir in allen grundlegenden Fragen und in allen Fragen, die für den Gegenwartskampf in Betracht kommen, einig sein müssen, ist klar. Im übrigen thun wir besser, unsre Kräfte zu sammeln, damit wir den Kampf auf allen Gebieten mit Erfolg weiter führen können. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Zischen.)

Stücklen-Altenburg:

Die Vertreter des Revisionismus thun immer so, als ob eigentlich gar keine Differenzen vorhanden wären. Aber gerade die Rede von Kolb hat bewiesen, daß doch schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Das zeigen seine Ausführungen gegen die Zusammenbruchstheorie, und ich weiß nicht recht, wie aus diesen Gegensätzen eine Ueberbrückung gefunden werden könnte. Kolb sagt, er könne für die Resolution stimmen. Meines Erachtens würde er aber dann von seinem bisherigen Standpunkt abweichen. (Bebel: Sehr richtig!) Kolb sprach im Gegensatz zu Bebel von dem „Staatsmann" Vollmar. (Bebel: Von dem Politiker, von dem Staatsmann nicht, vorsichtigerweise.) Vollmar ist ein Redner, der sehr zu fesseln versteht; wenn er aber dann auf irgend eine bedenkliche Stelle kommt, wie heute auf die Vicepräsidenten-Frage, dann weiß er sehr schön darum herumzugehen, und hinternach heißt es dann: Wir sind ja ganz einig. Bei den Bayern hat Vollmar allerdings einen sehr großen Einfluß und auch ich verehre ihn hoch, obgleich ich von der bayrischen Taktik durchaus nicht begeistert bin. Wenn aber Bebel damit so unzufrieden ist, dann sollte er nur mal bei seiner nächsten Reise zu der Küßnachter „Sternwarte" in München aussteigen (Bebel: Das kann ich mal thun!), dann wird er denselben Beifall finden wie Vollmar. (Heiterkeit. Zuruf: Ein Beweis, wie einig wir sind!) Und wenn er sich fürchtet, so kann er ja einen zuverlässigen Mann mitnehmen. (Heiterkeit.) Auch früher haben wir uns bekämpft, aber nicht spitzfindig. Wir haben eben eine sehr große Anzahl Akademiker in der Partei, die in die Socialdemokratie hineinkommen, um sich zu retten. Wenn die Leute still hielten und zunächst mal lernen wollten, so wäre es ja gut. Aber diese Leute wollen zunächst mal beweisen, daß der und der Programmpunkt falsch sei; die bürgerliche Presse nimmt davon natürlich Notiz und auf dem nächsten Parteitag haben wir dann die Debatte. Auf dem Parteitag refüsiert der Betreffende dann einigermaßen, die Einigkeit ist hergestellt, aber der Genosse ist dann ein gemachter Mann, und auf das erste Mandat, das frei wird, glaubt er Anspruch zu haben. Das geht nicht; wer zu uns kommt, der soll nicht die Prätension haben, gleich an die Spitze zu treten, sondern er soll als gemeiner Soldat eintreten. (Sehr richtig!) Ich erinnere an Schoenlank; mit dem habe ich selbst Flugblätter herumgetragen. Heute sollte man das mal einem neu zu uns kommenden Akademiker zumuten! Wir verlangen das ja auch nicht. Wir müssen natürlich Ausnahmen machen, z. B. mit allen Akademikern, die von der Zeit des Socialistengesetzes her zu uns gehören, wo es noch keine Lorbeeren bei uns zu erobern gab. Vor den Akademikern aber, die jetzt das große Wort führen und die Partei revidieren wollen, habe ich keine Achtung. Man kann den Artikel Bernsteins über die Vicepräsidenten-Frage nicht mit der Bemerkung abthun, daß es sich hier um eine Dummheit handle. Ich meine, es muß mit Bernstein einmal ein ganz ernstes Wort geredet werden. Wenn es nicht anders geht, so muß die Lübecker Resolution so verschärft werden, daß ein Ausgleich unmöglich wird. Wenn die Revisionisten sagen: Wir müssen die Gegensätze verkleistern und uns gewissermaßen den Nationalsocialen seligen Andenkens nähern, — so sage ich: Wir haben die Aufgabe, den Klassenkampf weiter zu predigen. Natürlich bei den Reichstagswahlen sind wir einig; es wäre auch noch schöner, wenn wir uns selbst da rauften. Das ist der schwierigste Kampf, der uns dadurch erwächst, daß man die Genossen auf falsche Bahnen zu drängen sucht. Es ist von einer Spaltung gesprochen worden. Es könnte doch höchstens der eine oder andre Revisionist sagen: Ich mache nicht mehr mit. Wenn sie sich dann noch spalten wollen, so haben wir nichts dagegen.

Bei der Wahlagitation bei uns in Bayern war ein Redner, ein Akademiker, sogar so ängstlich, daß er das Wort „Socialdemokrat" absichtlich vermied und von dem Kandidaten immer nur als von dem Socialisten und dem Demokraten sprach. (Heiterkeit.) Mich hat das natürlich geärgert, und ich habe zu dem Kandidaten gesagt: Du bist ein Esel, wenn Du Dir das gefallen läßt, wenn Du nicht schreibst: ich bin Socialdemokrat. Der Socialist und Demokrat ist übrigens

durchgefallen. (Heiterkeit.) Es ist unausbleiblich, daß sich die Differenzen immer mehr vermehren. Bernstein kommt und sagt, es sei nicht so schlimm, wenn unser Kandidat für den Vicepräsidentenposten die Verpflichtung übernimmt, zu Hofe zu gehen. Ich stehe nun nicht auf dem Standpunkt, daß man jedem Fürsten in weitem Bogen aus dem Wege gehen müsse. Es kommt darauf an, wie die momentanen Verhältnisse sind. Die Leistung des Eides in Bayern und Sachsen kann nicht als Vergleich herangezogen werden. Als Bueb sich weigerte, im elsässischen Landesausschuß den Eid zu leisten und deshalb nicht zugelassen wurde, da war unsre Presse einig darin, das als Dummheit zu bezeichnen. Aber jetzt kommt zu der Gattung des Salonsocialisten eine Art Hofsocialisten (Sehr richtig!), eine Gruppe, die höfische Bedingungen erfüllen will, damit wir einen Sitz einheimsen, den wir obendrein gar nicht bekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Wer der socialdemokratische Vicepräsident sein soll, diese Frage ist bereits gelöst. Wir haben ja beim Münchener Parteitage gesehen, ein welch' gewandter Vorsitzender Vollmar ist. (Heiterkeit.) Aber können wir von einem Socialdemokraten verlangen, daß er an eine Stelle geht, wo man von uns als Elenden, als nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, gesprochen hat? Man hat als Socialdemokrat doch seine Partei-Ehre. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, kein einziger würde hingehen. Was wollte der, der hinginge, thun, wenn ihm auf die Schulter geklopft und zu ihm gesagt würde: Ich erwarte, nachdem die Partei so groß geworden ist, daß sie nun auf den Weg der sogenannten Ordnung kommt? Soll er mit der Antwort Johann Jacobys dienen? In der Haut möchte ich nicht stecken. (Quarck: Ach! ach!) Ich glaube, auch Quarck nicht.

Die Socialdemokraten im Lande waren geradezu empört, daß solche Fragen erörtert werden. Bebel hat die Münchener als eine Art Hammelherde hingestellt, die dem Vollmar folgt, wohin er geht. So liegen die Dinge denn doch nicht. Wenn Bebel nach München kommt, würden seine Ausführungen dort denselben Beifall finden wie überall. (Sehr richtig!) Und haben sich die andren bayrischen Städte, Fürth, Hof, Nürnberg, Augsburg, nicht gegen den Vollmarschen Vorschlag erklärt? Ehrhart hat zwar noch nicht gesprochen, aber Meister sagt von ihm, daß er sich auch dagegen erklärt habe. (Ehrhart: Ist ja gar nicht wahr, daß ich so etwas erklärt habe!) Na, macht das untereinander ab. Vollmar ist in Bayern keineswegs der Alleinherrscher. Die Fraktion besteht aus 11 Mann. Seine Kollegen müßten gegen ihn auftreten, und sie würden zweifellos mit ihm fertig werden.

Schuld an diesen Vorkommnissen trägt auch der „Vorwärts". Er sollte das führende Organ sein, das uns die Richtschnur giebt. In Wirklichkeit ist er nur eine große Schüssel, aus der jeder nimmt, was ihm paßt. (Sehr gut!) Da ist ein Redakteur Veit (soll wohl heißen: Leid [?]) darin, der hat mir einen Artikel als unverwendbar zurückgeschickt. Ich schickte den Artikel der Berliner „Volks-Zeitung" ein. Die druckte ihn ab und nun schnitt ihn der „Vorwärts" aus und veröffentlichte ihn mit der Bemerkung: Wie wir der Berliner „Volks-Zeitung" entnehmen. Wenn das so gemacht wird, dann kann man es den Berliner Genossen nicht übel nehmen, wenn sie sagen, da schreiben wir für den „Vorwärts" nicht. Der „Vorwärts" ist ein Konglomerat der verschiedenartigsten Ansichten. Aus ihm kann sich der Durchschnitts-Parteigenosse kein Bild machen. In Sachsen soll jetzt eine Volksbewegung vor Zusammentritt des Landtages entstehen. In Bayern war das gleiche zu leisten. Aber wir haben nicht gehört, daß eine solche Bewegung geplant ist. Von der Meinungsfreiheit war viel die Rede, aber auch diese Freiheit hat eine gewisse Grenze. Soll die Freiheit der Meinungen so weit gehen, daß das Haus abbrennt, wo diese Meinungen sich streiten? Es wird eine gewisse Grenze gezogen werden müssen. Wir sind ja Gegner der zügellosen Freiheit, wir wollen die Freiheit des Einzelnen nur insoweit, als sie nicht die Rechte des andren beeinträchtigt. Den Begriff der Freiheit werden wir einmal näher definieren müssen. Unsre Partei wird immer proletarisch-revolutionär sein und die Genossen haben es immer in der Hand, dafür zu sorgen, daß die Leitung der Partei nicht in die Hände einer handvoll akademisch gebildeter Parteigenossen kommt, die keine Fühlung mit dem Volke haben. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag auf eine Redezeit von 10 Minuten wird wiederholt und von Stößel-Bromberg begründet.

Molkenbuhr erwidert: Man täuscht sich, wenn man glaubt, daß bereits alle Anschauungen in der Debatte zu Tage getreten sind. Die Auffassung, die ich in der Präsidentenfrage vertrat, ist zum Beispiel eine andre, als die von Bebel und Vollmar. In zehn Minuten kann ich meine abweichende Anschauung nicht begründen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Meist: In gehobener Stimmung haben wir den Münchener Parteitag verlassen und sind in den Wahlkampf gezogen, um in ihm neue Lorbeeren zu den alten zu holen. Der Wahlkampf kam und die Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern haben uns in Anspruch genommen. In meinem Wahlkreise haben mir meine Gegner die Genossen Bernstein und Vollmar serviert. (Heiterkeit.) Ich erklärte dem betreffenden Herrn Schulmeister, wenn Bernstein und Vollmar an meiner Stelle wären, würden sie jetzt bestimmt darauf hinweisen, daß sie auf dem Boden des socialdemokratischen Programms stehen. (Bravo!) Vollmars Aeußerungen heute lassen keinen Zweifel darüber, daß er voll und ganz auf dem Boden des socialdemokratischen Programms steht, und Bernstein wird ganz bestimmt dasselbe thun. Nach den Aeußerungen Vollmars könnte es so scheinen, als ob die ganze Revision ein künstlicher Popanz wäre, den man sich nur geschaffen habe, um darauf loszuschlagen. Ich bin andrer Ansicht. Ich bin der Meinung, daß der Revisionismus seit einer Reihe von Jahren unsre Taktik zu beeinflussen suchte. (Sehr richtig!) Nach dem großen Siege schlug es wie ein Blitz ein und entbrannte der Kampf in den eignen Reihen. Bernstein wollte mal seinen Namen über die ganze Welt hinausgetragen haben. Es scheint so, als wenn bei gewissen Leuten das Bedürfnis besteht, daß ihr Name in aller Welt im Munde geführt wird. Da entstand eine Erbitterung im Lande unter den proletarisch denkenden und fühlenden Wählern. Sie mögen mit noch so viel Spitzfindigkeit operieren, es wird Ihnen nicht gelingen, diese Thatsache aus der Welt zu schaffen. Die Genossen im Lande haben darüber ihre bestimmte Ansicht, Sie wollen das Gefühlsleben in der Partei nicht genügend in Rechnung ziehen. Vollmar sagte, er wolle nicht an das Gefühl appellieren, aber auch die Rücksicht auf das Gefühlsleben der Masse ist notwendig in der Politik. (Bravo!) Was gegen das Gefühl ist, was als unvereinbar mit ihm erkannt wird, dagegen reagiert die Masse. Bernstein hat es für notwendig gehalten, seine Meinung zu unterstützen durch allerhand Behauptungen. So hat er entdeckt, daß die Reichsverfassung republikanisch sei. (Heiterkeit.) Er hat bedauert, daß wir auf Kosten der Linken unsre Position verstärkt hätten. (Bernstein: O nein!) Doch war es so. Haben wir zu bedauern, daß die halben, die Viertel-Politiker verschwinden und ganze Männer an deren Stelle treten? Nein, einen jeden muß es freuen, daß die Wahlen hier eine Aenderung gebracht haben. Es liegt in den Intentionen des Revisionismus, fortwährend Zweckmäßigkeitsgründe anzuführen. Aber diese ewige Rechnungsträgerei wird uns schließlich so weit bringen, daß wir die Reverenz nach oben machen und erklären, wir sind Sr. Majestät allergetreueste Opposition. Voll und ganz müssen wir unser Programm hochhalten und im Parlament vertreten. Ich teile nicht Kautskys Standpunkt: die socialdemokratische Fraktion hat sich nicht vor einen Konflikt zu fürchten. (Sehr richtig!) Wenn man immer ängstlich abwägt, ob wir nicht in Kollisionen geraten, dann liquidieren wir als Kampfpartei. (Bravo!) Es ist ein müßiges Gerede, darüber zu streiten, wie die bürgerliche Gesellschaft abgelöst werden wird, ob nach den Prätentionen der Revisionisten sie von innen heraus ausgehöhlt werden soll oder ob es geschehen wird in der Weise, daß der Klassenkampf bis zu Ende geführt wird. In der Volksseele muß das Element des Kampfes lebendig bleiben! Nicht uns zu Liebe wird die Geschichte anders verlaufen als bisher. Wir stellen uns auf den gesetzlichen Boden, die herrschenden Mächte aber wollen das allgemeine Wahlrecht beseitigen. Vergebens wird ihr Bestreben sein. Man kann einem Volk ein Recht vorenthalten Jahrzehnte-lang, aber kann ihm nicht ein Recht nehmen, ohne daß es zur Katastrophe kommt. (Zuruf: Sachsen!) Vergessen Sie nicht, daß die sächsischen Genossen noch immer das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag hatten, um ihrem Mißmut Luft zu machen, und das haben sie gethan. (Bravo!) Bei dem ganzen Parlamentarismus ist nichts Positives zu holen, er ist uns nur Mittel zum Zweck. Selbstzweck kann er erst sein, wenn er auf der Basis der Demokratie aufgebaut ist. Nach meiner Ueberzeugung giebt es keine ungebundene Meinungsfreiheit, am allerwenigsten im politischen Kampfe, der im festen Rahmen einer Partei geführt werden muß. Es liegt darin eine gewisse Gebundenheit, aber diese Gebundenheit müssen wir anerkennen. Bernstein hätte die Angelegenheit ruhig der Fraktion überlassen sollen. Vollmar hat auf die Prätensionen Bebels hingewiesen, auf sein: Ich will es. Ja er hat ihn mit Cromwell verglichen. Wenn Bebel von dieser Stelle aus spricht, spricht er aus Millionen von Arbeiterherzen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin der letzte, der in Byzantinismus erstirbt, aber ich bin auch derjenige, der es für notwendig hält, einen Führer zu haben, der über das Programm wacht, daß es auch hochgehalten wird. So lange dieser Führer die Massen hinter sich hat, wie Bebel, ist er nicht Diktator, sondern derjenige, der da wiedergiebt, was das Gros der Genossen im ganzen Lande als Ueberzeugung empfindet. (Lebhafte Zustimmung.) Auch Kautsky ist Prinzipienwächter genannt worden. Aber an der Stelle, an der er steht, ist es seine Pflicht und Schuldigkeit, über unsrem Prinzip zu wachen. (Sehr richtig!) Am abend des 25. Juni stand ich in Rohnsdorf auf historischer Stätte, wo Lassalle das Wort sprach: „Ich höre schon den dumpfen Schritt der Arbeiterbataillone", es sind nicht mehr Bataillone, nicht Regimenter, sondern Armeekorps, die mit revolutionärer Gesinnung erfüllt bleiben müssen, und als die Nachricht von unsren Siegen kam, da durchbrauste ein Jubelruf den Saal des Rheinhofes, daß ich dachte, das Dach des Saales müsse hochgehoben werden. Fünf Minuten vergingen, ehe es mir möglich war, meine Ansprache fortzusetzen. Da sagte ich mir: Das da unten sind diejenigen, die unermüdlich Opfer an Zeit und Geld für die Partei bringen, die unermüdlich durch Wind und Wetter gegangen sind, die Flugblätter zu verbreiten. Und was ist diese Freude, die die Volksseele erfüllt? Es ist der Glaube an den Sieg, der Glaube, daß die Socialdemokratie ihnen Wort halten wird, daß wir getreu unsrem Princip weiter arbeiten werden, und daß wir denjenigen Elementen, die uns abzubringen versuchen von unsrem Ziel, eventuell den Stuhl vor die Thür setzen wollen! (Stürmischer Beifall.)

Katzenstein: Parteigenossen! In dem Verhandlungsbericht von vorgestern ist von mir gesagt, ich hätte diese Verhandlungen als „theoretische Kleinigkeiten" bezeichnet. Das ist natürlich falsch; ich sprach von theoretischen Streitigkeiten, denen ich die ernsteste Bedeutung beimesse. Denn es ist erhebend, daß wir nach den teils scheußlichen, teils kleinlichen Erörterungen der ersten Tage, die uns — eine Art socialdemokratischer „Wahn" — das Souper und den Morgenkaffee unsrer Führer gezeigt haben, wieder dabei sind, unsre Grundauffassungen und taktischen Aufgaben zu erörtern. Die Art freilich, in der diese Diskussion eingeleitet wurde, war nicht erfreulich. Man hat Bernstein Sensationslust vorgeworfen. Bernstein und Sensation! Und auch den ihm erteilten Rat, das Schreiben einzustellen, muß ich zurückweisen. Ich habe noch keine seiner Schriften aus der Hand gelegt, ohne viel Belehrung geschöpft zu haben. Und auch auf Seiten der Anhänger Bernsteins gab es häßliche Dinge, die Bebel mit Recht gekennzeichnet hat; namentlich das Schauspiel der Verhetzung, das sich in Nürnberg abspielte, war abstoßend. Die vorliegende Resolution und das Amendement, das ich mit unterzeichnet habe, bezwecken keine persönliche Kränkung: eine solche Entscheidung über die Grundfragen ist eine Pflicht theoretischer Ehrlichkeit der Partei. Gewiß hat die Meinungsfreiheit, als deren Gegner man Kautsky hinstellte, innerhalb einer Partei, die auf freiwilligem Zusammenschluß auf Grund gemeinsamer Anschauungen und Ziele beruht, engere Grenzen als im Staate, der auf Zufall und Zwang beruht. Innerhalb dieser Grenzen freilich muß Freiheit herrschen, ohne daß gleich von Spaltung geredet wird. Ich bedauere sehr, daß Stadthagen in einer Weise, die man kaum mehr als verantwortliche ansehen kann, von der Spaltung geredet hat. Wie kommt er dazu, Genossen den Stuhl vor die Thür zu setzen, deren Verdienste er nicht aufwiegt? Und die anderthalb Männer haben mehr Anhang in der Partei, als er und auch Bebel glauben.

Um was handelt es sich denn bei diesen Streitfragen? Man hat sicher nicht ganz erfolgreich das Wesen des Revisionismus zu definieren gesucht. Aber man weiß, daß etwas da ist: eine Richtung, die von unsrer Parteitaktik einmal nach der, einmal nach jener Seite abzuweichen sucht. Da haben wir jetzt den Vicepräsidenten-Vorschlag, den ich nicht noch einmal totschlagen will; da war die Budgetfrage, da haben wir in Frankreich den Ministerialismus, dessen Vertreter nun ja bei der Verteidigung der Revanche-Idee angelangt ist. Wir lehnen alle diese Bestrebungen ab, die geeignet sind, unsre schroff ablehnende Stellung gegenüber dem herrschenden System zu erschüttern. Man führt gegen die revolutionäre Taktik die materialistische Geschichtsauffassung, die Notwendigkeit der langsamen, „naturgemäßen", organischen Entwicklung ins Feld. Nun, zunächst ist der Mensch kein blindes Naturwesen; er vermag seine Entwicklung wesentlich zu beeinflussen. Die Geschichte wird allerdings von den Menschen „gemacht": nicht nach Willkür und Belieben, sondern innerhalb der geschichtlich gegebenen Grenzen — aber der Wille der Menschen ist hier von großer Bedeutung. Paßt er sich an die bestehenden Verhältnisse an, so wird er nicht die innere Kraft haben, die zur durchgreifenden Umgestaltung erforderlich ist. Aber es ist überhaupt falsch, natürliche Entwicklung und langsame Entwicklung zu identifizieren. Wenn das Blatt langsam am Baume wächst, so sind doch die Zeugung, wie die Geburt und eine ganze Reihe andrer Naturvorgänge plötzliche Akte, und handelt es sich denn um etwas andres bei der Zerbrechung unsres absolutistischen Staatswesens, als um die Anpassung einer längst überlebten politischen Form, an den heute erreichten Stand unsrer wirtschaftlichen und geistigen Kultur, also um die normalste und „organischste" Entwicklung, die man sich denken kann? Gewiß, die socialistische Gesellschaft kann nicht aus einem revolutionären Akt hervorgehen. Eine Revolution kann zerstören, Formen zerbrechen; völlig Neues schaffen kann nur die planmäßig beeinflußte Entwicklung. Die Aufgabe der Socialdemokratie ist Herstellung einer Regierungsgewalt, die mit Bewußtsein auf die socialistische Gesellschaft hinarbeitet. Diese Gesellschaft im vollen Umfange zu schaffen, wird dann das Werk einer Umgestaltung des Wirtschaftlichen und das Erziehungs-Organisation sein, die Jahrzehnte, vielleicht Generationen erfordern. Aber unsre sogenannten Revisionisten fürchten sich vor der Gefahr eines plötzlichen Sieges. Sie glauben nicht an unsre Macht. Wie groß diese in Wirklichkeit ist, läßt sich nicht im voraus sagen. Aber wer dachte im Dezember 1847, daß im folgenden März das Volk die Macht in Händen haben werde? Freilich hat es von dieser Macht keinen Gebrauch zu machen gewußt, weil ihm die Schulung fehlte und weil im deutschen Bürgertum eine Partei maßgebend war, die es nicht wagte, die Staatsgewalt zu übernehmen: Die Gothaer, die Vorfahren der späteren Nationalliberalen! O ich fürchte, wir haben diese Gothaer, die vor der Macht zurückschrecken, in unsrer eignen Mitte! Sie glauben nicht an die Reife der Arbeiterklasse. Nun, Bebel hat schon hingewiesen auf die ungehobenen Schätze an Kraft, die noch in der Arbeiterklasse schlummern. Wohl mag sein Vergleich mit der französischen Revolution nicht ganz zutreffen, da diese die erste öffentliche Bethätigung der Volksmassen darstellte, während wir bereits ein wirtschaftliches und politisches Leben der Arbeiterklasse haben. Trotzdem wird mit dem Aufhören der wirtschaftlichen Abhängigkeit und des Drucks noch ein starker Zuwachs an Kräften zu erwarten sein, und wie groß sind denn die Leistungen unsrer heutigen Staatsmannskunst? Sollten uns wirklich die Intelligenzen fehlen, um solche Größen, wie die Herren v. Köller und ihresgleichen zu ersetzen? (Zustimmung.) Freilich sagt man, die heutigen Geheimräte und Hilfsarbeiter würden uns fehlen (Bebel: Die arbeiten auch für uns!), aber ich finde, daß in unsren gewerkschaftlichen und sonstigen Organisationen so viel Intelligenz geschult wird, daß auch diese Schwierigkeiten bald überwunden sein werden. Wir müssen innerhalb der heutigen Gesellschaft das Gewerkschaftswesen, dessen Bedeutung ja heute allgemein bei uns außer Zweifel steht, und das Genossenschaftswesen, dessen Werk für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und ihre organisatorische Schulung durch die Resolution von Hannover ausdrücklich betont wird, nach Kräften fördern und für Bildungs- und Kulturarbeit aller Art eintreten. Aber die Entscheidung bringt das alles nicht. Ich trat jüngst der Theorie entgegen, die mit Hilfe des Generalstreiks eine unmittelbare Einführung des Socialismus erwartet. (Friedeberg: Ist ja gar nicht der Fall!) Nun, ich habe es so aufgefaßt, aber wir müssen uns klar werden, wie wir uns zur heutigen Staatsmacht auf die Dauer stellen. So ist auch die Bewegung, die eine Behandlung der Militärfrage verlangt, zu verstehen. Wenn die sächsischen Gewalthaber nicht die Ueberzeugung gehabt hätten, daß ihre persönliche Sicherheit trotz allem unangetastet bleiben würde, würden sie es dann auch gewagt haben, das Wahlrecht zu zerstören? Und wenn man uns das Reichstags-Wahlrecht nimmt? Ich erinnere an Bebels Wort von 1886, daß unter russischen Zuständen er auch die russische Taktik empfehlen werde! (Zustimmung Bebels.) Die Socialdemokratie hat die Arbeiterklasse zu einer Gesetzlichkeit erzogen, von der die Behörden lernen könnten. (Zustimmung.) Sorgen wir, daß diese Gesetzlichkeit nicht übermäßig sei und selbst dem Verfassungsbruch gegenüber bestehen bleibe! Also, wir brauchen eine grundsätzliche Entscheidung. Dann aber brauchen wir eine Vereinigung zu gemeinsamer Arbeit bei der die Gemeinsamkeit der Grundsätze wieder zur Geltung kommt. Zunächst eine Revision unsres Programms, die Bebel schon vor zwei Jahren als notwendig bezeichnete. Es giebt niemand mehr, der unser heutiges Programm in jedem Punkte anerkennt, auch Kautsky nicht. Ein Programm gilt es zu schaffen, das alle anerkennen und das alle einigt. Freilich müßte eine persönliche Beratung vorausgehen und eine Ergänzung des praktischen Teils, etwa nach Art des neuen schweizerischen Programmentwurfs erfolgen. Ferner bedürfen wir der Ausarbeitung programmatischer Gesetzentwürfe, wie sie von mehreren Seiten gefordert wird. Ich weiß wohl, daß unsre Fraktion es nicht in der Hand hat, diese Entwürfe alle zur Verhandlung zu bringen. Aber es giebt nichts, was propagandistischer zu wirken geeignet wäre, als solche Entwürfe, die ja nicht in allen Einzelheiten ausgeführt sein müßten, und die mit Motiven versehen und massenhaft verbreitet, ein vorzügliches Agitationsmittel, besser als alle reine kritischen Erörterungen abgeben würden. Ich hoffe, daß wir über die Gegensätze hinweg zu gemeinsamer praktischer Arbeit kommen werden. Von einer Spaltung kann keine Rede sein. Beide Teile gehören zusammen wie siamesische Zwillinge, die man nicht trennen kann. Es sollte einmal ein Ende gemacht werden mit der gegenseitigen Verhetzung, die auf beiden Seiten getrieben wird, mit diesem Berliner Litteratenklatsch, den Quarck schon zutreffend gekennzeichnet hat. Früher freute man sich, auf einen Parteitag zu kommen — heute halten beide Teile Fraktionssitzungen ab, und wer sich keinem anschließt, wird darauf angesehen und von beiden beargwöhnt. Den Kampf mit dem Gegner führe ich gerne recht schroff, nicht aber den mit Genossen. Bebel wird mit seinem Wort vom Sumpfe, der zwischen den Parteien steht, nicht an mich gedacht haben. (Bebel: Nein.) Wer es so gut versteht, beide Teile vor den Kopf zu stoßen (Heiterkeit), ist wohl von solchem Verdachte frei. Aber ich kann ihm sagen, daß es den meisten Parteigenossen so geht, daß sie sich keinem Flügel unbedingt ergeben. Wenn ich mit ihm im wesentlichen übereinstimme, so habe ich auch von der andern Seite gelernt und kann mich namentlich dem, was Vollmar vom persönlichen Regiment sagte, nur anschließen. Es war auch viel von Akademikern die Rede. In Skandinavien, wo Akademiker in der Bewegung keine Rolle spielen, steht diese im wesentlichen auf dem Boden unsrer Revisionisten. Gewiß soll man jeden prüfen, der zu uns kommt. Aber es ist oberflächlich, in solcher Art die Dinge erklären zu wollen. Arbeiten wir gemeinsam, arbeiten wir praktisch, aber unter steter Beachtung unsrer Grundsätze! Dann wird es uns gelingen, den Klassenstaat zu zerbrechen. (Lebhafter Beifall.)

Singer: teilt mit, daß das Amendement 143 nicht von Scheib und 40 Genossen, wie irrtümlich gedruckt, sondern von Wurm und 40 Genossen eingebracht sei.

Ein Antrag, die gewöhnliche Beschränkung der Redezeit von jetzt an eintreten zu lassen, wird nicht genügend unterstützt.

Timm-München:

Ich hoffte, daß die Parteitagsberatungen über das Ergebnis der Reichstagswahlen uns recht fruchtbare Debatten bringen könnten, daß dagegen nach Lübeck die Debatten, die uns jetzt wieder beschäftigt haben, nicht wieder kommen würden. Es hat nicht sollen sein. Wir beschäftigen uns auf unsren Parteitagen vielfach mit geringfügigen Fragen, die infolge einer allgemeinen Nervosität plötzlich zu Haupt- und Staatsaktionen gemacht werden. Wenn auch die Socialdemokratie meiner Meinung nach noch mehr solche Debatten aushalten kann, so kommt doch dabei sehr wenig heraus. (Sehr richtig!) Katzenstein hat ganz richtig von dem „Undefinierbaren" gesprochen, das überall so herumschwebt und das sich durch ein Mißtrauen geltend macht, wie ich es selten auf Parteitagen gefunden habe. (Sehr richtig!) Besonders mir ist es passiert, daß man mir mit einem gewissen Bedauern die Hand drückte: „Also auch Du bist bei den Revisionisten? Der damals revolutionäre Timm, auch der! Der ist auch nach Capua gezogen und dort vollständig verseucht." (Heiterkeit.) Ich will hier auf ein Stück aus meinem Entwicklungsgange eingehen, weil ich glaube, daß das den Partei-Interessen förderlich sein kann. (Ach! Oho!) Es soll das keine Familiengeschichte sein. (Heiterkeit.) Ich bin 1898 mit einem großen Mißtrauen nach München gegangen. Noch in den letzten Zeiten, während deren ich in Berlin war, hat man mir gesagt, und ich war mir dieser Mission auch bewußt, daß man in München einen harten Standpunkt haben würde, da sei König Vollmar, dieser Diktator (Heiterkeit), der alles verseuche (Erneute Heiterkeit) und dem gegenüber eine kräftige Opposition unmöglich sei. Ich habe mir damals vorgenommen, das Feld, auf dem ich in Zukunft wirken sollte, erst einmal zu sondieren. Ich habe dann außerordentlich arbeiten müssen und nebenbei den stillen Beobachter in der ganzen Bewegung gespielt. Ich habe aber bald erfahren, daß die Dinge nicht so liegen, wie man sie konstruiert; ich habe gesehen, daß man auch Vollmar unter Umständen kräftig die Wahrheit sagt. Was so nach außen hin über die königlich bayrische Socialdemokratie gesagt wird, das sind Hirngespinnste. In München wird nicht weniger entschieden gekämpft, als anderswo. Bebel sagte über Parvus: Freilich, als ehemals Radikaler ist er anders gebrochen, als ein Revisionist brechen würde, aber er ist doch gebrochen. Es ging ihm wie manchem, der nach München zog als ein braver, principientreuer, fester Genosse. Ich sehe so einige hier sitzen an den Tischen, nach ein paar Jahren in München waren sie an Geist und Seele tot? Darin liegt ein hartes Urteil. Mit diesen „andren" bin ich mit gemeint. Was ist denn geschehen, das dies Wort rechtfertigte? Ich werde zu den Revisionisten, zu den „Undefinierbaren" geworfen. Ich habe mich in freier Weise zu den verschiedensten Fragen ausgesprochen. Ich habe im vorigen Jahre die bayrische Wahlberechtigungsfrage vertreten und verteidigt. Ich bin mittlerweile durch das Vertrauen der Genossen in Süddeutschland zweiter Vorsitzender des Gauvorstandes in Südbayern geworden und habe mich als solcher natürlich mit den einzelnen Parteifragen aufs eingehendste beschäftigt. Auch in der Wahlrechts-Taktik waren wir uns eingehend unter den Parteigenossen klar geworden. Im vorigen Jahre wurde die Wahlrechtsfrage von Bebel als Gegenstand genommen, um die deutschen Parteigenossen gegen Süddeutschland aufzuregen. Bebel ging damals in kräftigen Worten gegen uns vor. Wir waren alle darauf gefaßt, daß Bebel bei seinem Temperament es sich nicht nehmen lassen würde, diese Frage anzuschneiden. Für jeden andern wäre es ja politisch eine Blamage gewesen, wenn er ganz Deutschland in Aufruhr gesetzt hätte, weil etwas geschehen sei, was als „revisionistisch" absolut nicht gebilligt werden könne; aber plötzlich wurde an der Stelle, wo die Sache geschlichtet werden

ollte, einfach nichts gesagt, auf der andren Seite hatten wir auch keine Veranlassung, uns eher zu rechtfertigen, als bis ein Ankläger auftrat. In diesem Jahr wiederholt sich das Gleiche in einer Weise, die uns wieder zeigt, wie Bebel seine Politik macht. Ich meine den Streitfall mit dem „Vorwärts", der auch so aufgerührt worden ist und dann ausgegangen ist wie das Hornberger Schießen. Nur mit dem Unterschied, daß er dem Parteitag einen Teil seiner kostbaren Zeit weggenommen hat. Bebel hat nach unten hin die Arbeiter wachgerufen, Obacht zu geben auf seine Leute, die erst neu hineinkommen in die Partei. Ich halte es aber auch einmal für notwendig, zu sagen, daß das auch nicht so fortgehen kann, daß Bebel wegen der untergeordnetsten Dinge in ganz Deutschland Stimmung macht, worauf hinterher die Dinge so gehen wie hier. Bebel sagt immer: die Masse soll entscheiden, aber es hätte einmal einer von uns auftreten und sagen sollen: ich setze mich über die Partei-Instanzen hinweg, an die ich mich beschwerdeführend zu wenden hätte, — dem wäre gehörig die Wahrheit gegeigt worden. (Sehr richtig!) Aber es giebt nicht zwei Klassen von Genossen; mögen sie große oder kleine Geister sein, wir sind eine demokratische Partei, und wir haben uns den Partei-Institutionen schon deshalb zu unterstellen, weil wir den Massen ein gutes Beispiel geben sollen. (Sehr richtig!) Aber Bebel nimmt natürlich eine Ausnahmestellung ein, und gegenüber seinem Vorgehen wird nichts gesagt. Wenn Bebel das demokratische Princip gewahrt hätte, so hätten wir diese Frage auf diesem Parteitag nicht gehabt, so wäre sie erledigt worden wie jede andre Frage. So werden auch andre Begriffe konstruiert. Ich frage Sie: Was ist vorgegangen? Bernstein hat die Vicepräsidentenfrage angeregt, eine Frage, die man meines Erachtens mit kühler Ruhe hätte behandeln müssen. (Sehr richtig!) Man hätte sich nicht darüber aufregen sollen. Wir haben heute gehört, daß diese Frage schon 1898 eine Rolle gespielt hat. Ich habe die Sache in einem Artikel der „Socialistischen Monatshefte" außerordentlich kühl behandelt. Es ist Sache der Fraktion, in dieser Beziehung Vorteile und Nachteile abzuwägen. Wie es jetzt steht, spielt die Frage zunächst nur eine theoretische Rolle. Welche Rolle sie später spielen wird (Bebel: Aha!), das können wir ruhig der Entwicklung überlassen. Es ist eine ähnliche Frage wie früher die Beteiligung im Seniorenkonvent. Was sollen alle diese Redereien nach außen hin für einen Eindruck machen, da man doch ganz genau weiß, daß man an bürgerlichen Veranstaltungen teilgenommen hat. (Unruhe.) Ich frage Bebel, der seinen proletarischen Standpunkt hier so nach unten hin den Massen gegenüber vertreten hat, ich stelle die Frage, ob er jetzt noch in der Lage ist, ein parlamentarisches Diner bei dem Grafen Ballestrem mit zu machen! (Bebel: Ich war nie bei einem Diner! Große Unruhe.) Also ein Abend! Es ist mir ganz gleich, was es ist; eine Privatveranstaltung, die auch nicht zu den Verpflichtungen gehört. Es muß das mit gesagt werden. (Große Unruhe. Zurufe: Sie haben sich das nicht richtig sagen lassen!) Ich frage weiter Molkenbuhr, ob er für die Zukunft noch an Veranstaltungen teilnehmen wird, wie jener, die die Reichskommission für Arbeiterstatistik unter Teilnahme des Unterstaatssekretärs Lohmann und des verstorbenen 12 000 Mark-Mannes Woedtke veranstaltet hat? Ich frage Bebel, ob er sich späterhin noch von dem Nationalliberalen Siegle einladen lassen und zu ihm gehen wird? (Große Unruhe. Zuruf: Altweibergeschichten. Sehr richtig!) Es sind aber doch Geschichten, bei der die Politik nicht mal eine Rolle spielt (Gelächter. — Ruf: Ausgezeichnet! Na also!), während auf der andern Seite die Vicepräsidenten-Frage für die Arbeiter eine wichtige politische Frage ist. (Ruf: Nein, nein!) Ich habe dies sagen müssen, weil mit solchen demagogischen Mitteln von Bebel gegen uns gearbeitet worden ist. Als 1894 in Frankfurt die Gehaltsfrage angeschnitten wurde und ich die Anschauung vertrat, daß ein Gehalt von 3000 Mk. die Normalgrenze darstellen sollte, hat sich Bebel entschieden dagegen gewendet. Gestern aber hat er an die niedrigsten Instinkte der Arbeiter appelliert (großer Lärm, Ohorufe, Rufe: Sehr richtig!) gegen die Gewerkschaftsführer und die sonstigen Parteiangestellten. (Zuruf: Das Wort Gewerkschaftsführer ist gar nicht gefallen!) Es hat Bebel davon gesprochen, daß Proletarier in gehobener Lebensstellung, Leute, die einen gewissen Abschluß ihrer Lebenslage erreicht haben, unter Umständen dem Proletariat ebenso gefährlich werden können, wie die Akademiker. (Laute Zurufe.) Ich habe das so aufgefaßt, daß die Angestellten der Gewerkschaftsbewegung und sonstige Angestellte zweifellos darunter gemeint sein sollen. Was hätte sonst damit gemeint sein sollen? (Sehr richtig!) Bebel erklärte 1894 Legien gegenüber: „Mephisto, ich kenne Dich!" Heute stellt derselbe Bebel, der ja auch in eine gehobene Lebenslage hineingekommen ist, sich hin und appelliert an die niedrigsten Instinkte der Massen. (Erneute Unruhe.) Glauben Sie nicht, daß, wenn diese Erklärung in der Partei bekannt wird, man dann sagt: „Bebel hat es selbst gesagt, wir werden schon aufpassen!" Bebel hat gesagt, der Revisionismus zeichne sich durch Bescheidenheit aus. Andrerseits hat auch er sich für eine praktische Politik ausgesprochen. Aber über das Maß der praktischen Politik sind die Meinungen schon so weit auseinandergegangen, daß man darauf den Begriff Revisionismus nicht anwenden kann. Was ist Revisionismus? Der radikale Parvus tritt für die Vicepräsidentschaft ein, andre sind mehr oder weniger Gegner der Gewerkschaften. Bebel ist für Neutralität der Gewerkschaften, ein Standpunkt, den andre als Versumpfung bezeichnen, der „Leipziger Volkszeitung" blieb es ja vorbehalten, anläßlich des Gewerkschaftskongresses von organischer Verfettung zu sprechen. (Hört! hört!) Die Ansichten wechseln eben im Laufe der Jahre. Man kann heute überhaupt nicht mehr feststellen, wie die Einzelnen zu dieser oder jener Frage stehen. Ich gehöre nicht zu denen, die auf dem Gebiet der praktischen Politik sehr bescheiden sind. Ich habe bereits in den „Socialistischen Monatsheften" ausgeführt: Wir wissen, daß die Socialdemokratie auf eine Entwicklung hinarbeitet, die sich mit Notwendigkeit vollziehen wird; wir schöpfen unsre werbende Kraft mit aus der felsenfesten Zuversicht des Sieges unsrer Partei. Allein die Hauptkraft der Sozialdemokratie wurzelt in der Erfüllung von Gegenwartsaufgaben. Das habe ich ausgeführt, und das ist derselbe Standpunkt, den Bebel auf dem Erfurter Parteitag sehr entschieden vertreten hat. Er wandte sich gegen die Jungen und betonte, daß wir uns aus dem Gebiet der praktischen Arbeit weiter bethätigen müssen. Und so haben wir auch gegenwärtig unsre Stellung aufzufassen. Ich schöpfe als praktische Lehre aus den Wahlkämpfen die, daß unsre Fraktion sich in gewisser Beziehung einzuschränken hat, daß die vielen unnötigen Reden bei kleinen Anlässen — womit ich die Kämpfe um den Zolltarif nicht meine — eingeschränkt und auf der andern Seite in den Volksmassen eine viel größere Wirksamkeit entfaltet wird. Wenn Sie die Ausbreitung der socialistischen Bewegung wollen, dann muß mehr in den proletarischen Massen gewirkt werden, und deshalb habe ich Ihnen einen Vorschlag unterbreitet, der nicht von mir ausgeht — es sind die Forderungen, die Zubeil auf der Generalversammlung von Teltow-Beeskow vertreten hat und die dort einstimmig zur Annahme gelangt sind. Es wird nun gesagt, mit derartigen Forderungen werden wir wenig erreichen, und Bebel wies auf die Schwierigkeit der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen hin. Nun, unsre Bewegung ist so groß geworden, daß wir verlangen können, daß unsre Fraktion aus den praktischen Verhältnissen heraus schöpft und ihre Anregungen zu Vorschlägen verdichtet und diese in den Massen vertritt. Das würde wesentlich zur Ausbreitung unsrer Ideen in den Massen beitragen. Das ist bedeutend besser, als wenn wir uns immer vorreden, wir stehen an der Weltenwende, denn das trifft durchaus nicht zu. Wir haben uns nicht auf das Prophezeien zu verlegen, sondern praktisch zu arbeiten im Interesse der Massen. Von diesem Gedanken gehen meine Vorschläge aus, und wenn diese in entsprechender Weise propagiert werden, werden wir sehr gut dabei fahren. Sehr geeignet wäre es z. B., einmal die Frage der direkten Besteuerung eingehend zu erörtern und das, was wir wollen, zu propagieren, damit wir neue Anhänger für uns gewinnen. Wir sind in den letzten Jahren viel zu lasch und lahm gewesen. Auch die ganze Demonstrationsbewegung bei den Zollkämpfen kam viel zu spät, es lag kein einheitlicher Zug darin, und auch bei den Wahlen haben wir namentlich im katholischen Rheinland unsre Forderungen nicht genügend propagiert. Wir könnten hier vom Centrum Bedeutendes lernen, das Centrum hat sich dort vorzügliche Organisationen geschaffen, die direkt in den Volksmassen arbeiten. Auf diese Weise kann man den proletarischen Kampf nach unten hin wesentlich verschärfen. Das sind doch aber nicht revisionistische Anschauungen, sondern die radikalsten Forderungen, die man stellen kann. Ich kann doch nicht gezwungen werden, etwas zu glauben, was meinem Gefühl zuwider läuft. Wir alle haben Hoffnung, daß wir siegen werden, aber wenn man nun nicht glaubt, daß wir an der Weltenwende stehen, so darf man doch nicht aus dem Grunde als Revisionist bezeichnet werden. Im wesentlichen kommt es nur darauf an, daß man auf dem Boden der praktischen Forderungen der Partei steht. Unsre wissenschaftlich gebildeten Leute sollten es begrüßen, wenn ein reges Streben aus der Arbeiterklasse kommt, um sich selbständig ein Urteil zu bilden. Da soll man nicht gleich mit Ketzerrichterei kommen. (Sehr richtig!) Hat man sich denn früher darüber aufgeregt, wenn in der „Volkstribüne" Arbeiter aufgefordert wurden, über das Parteiprogramm zu diskutieren? Da ist niemand aufgetreten, um vor bedenklichen Strömungen zu warnen. Ich habe einen hohen Respekt vor der Wissenschaft, ich bilde mir nicht ein, alles zu beherrschen. Es entstehen sehr oft Zweifel über diese oder jene Frage, aber solche Zweifel tauchen nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch unter den wissenschaftlich Gebildeten auf. Ist das ein Fehler? Wenn eine Lehre sich überlebt hat, so möge man darüber diskutieren, aber bis dahin rege man sich nicht über das eine oder das andre so sehr auf. Ich halte Kautsky für ungeheuer einseitig. Karl Marx war anders, er nahm Fühlung mit den Arbeitern, er war in gewissem Sinne sehr praktisch, aber Kautsky sitzt in Friedenau fest, ein Stubengelehrter, ein Parteigelehrter, und wenn irgend einer an einer von ihm aufgestellten These rüttelt, dann ist es bedenklich in der Partei, dann heißt es: so geht es nicht weiter! Dadurch schaden gerade diejenigen, die an der Spitze stehen, das gilt auch für Bebel. In gewissem Sinne ist es zutreffend, daß Bebel nicht die richtige Volksstimmung kennt. Auf Grund seiner Autorität und seiner Kenntnisse hat er sich eine solche Stellung errungen, daß er überall, wohin er kommt, begeistert aufgenommen wird. Er spricht vor großen Versammlungen, die Massen stimmen ihm fortgesetzt zu. Nur so ist es verständlich, daß, wenn mal jemand an irgend einer Sache Kritik übt, Bebel sofort glaubt, die Einheit sei in die Brüche gegangen. Auf Grund des Milieus, in dem er sich bewegt, bekommt er eine ganz falsche Auffassung. Jetzt ist ja deswegen keine Gefahr vorhanden; denn Bebel ist ein genialer Diktator. Aber an seine Stelle könnte einmal ein Diktator treten, der nicht diese Befähigung hat, und das würde dann allerdings ein sehr bedenklicher Zustand sein. Ich bin der Ueberzeugung: daß wenn es so weiter geht, wir allerdings zu einer Spaltung kommen können. (Unruhe und Oho!-Rufe.) Ich will keine Spaltung; ich kriegte sie auch nicht fertig. (Sehr richtig! Unruhe.) Ich habe gar nicht das Bestreben, und wenn ich das hätte, dann würde ich dafür sein, daß man mich zuerst hinausschmeißt. (Lebhafte Zustimmung.) Aber man muß doch auch weiter denken, wohin das führen soll, wenn es so weiter geht. Wenn gar keine sachlichen Gründe für eine Spaltung vorliegen, dann müssen andre Gründe dahinter stecken. Im allgemeinen werden ja keine Namen genannt, aber zuweilen hört man, daß Bernstein das Hauptübel sei, mit dem man nicht weiter arbeiten könne. Andre sagen — ich schäme mich nicht, das aufzurollen —, Auer sei der Allerbedenklichste; es sei nötig, ihn durch einen andren zu ersetzen. (Große Unruhe. Lebhafter Widerspruch und zahlreiche Zurufe: Wer sagt das?) Das ist mir erzählt worden. (Lebhafter Widerspruch. Andauernde Unruhe. Zurufe: Das ist nicht wahr! Lüge! Lüge! Richard Fischer springt vor und ruft: Bleiben Sie bei Ihrer Behauptung; es ist ja wahr! Genosse Adolf Hoffmann und Täterow, Sie sollten den Mut haben, es zu sagen; Sie sind doch nicht zu feige dazu! Große Bewegung.) Ja, Genossen, ich muß doch den Gründen nachspüren, worauf denn diese ganze Aufregung zurückzuführen ist. Da darf man der Sache kein Mäntelchen umhängen. Wenn diese Strömungen nicht vorhanden sind, dann ist es ja gut, dann kann das ja dokumentiert werden. Ich erinnere daran, daß in München bei der Debatte über die „Socialistisch. Monatshefte" über Auer der Zwischenruf fiel: „Der hat die längste Zeit in den „Monatsheften" geschrieben!" Das hat damals ein gewisses Aufsehen erregt. Wenn keine wirklichen Gegensätze vorhanden sind, dann müssen künstliche vorhanden sein. Das kann die Partei nur schädigen. Wir sind eine große Partei geworden, wir haben eine Reihe von Organisationen, alles steht hinter uns. Da ist es unsre Aufgabe, diese verschiedenen Strömungen zusammenzuhalten. Und hier appelliere ich auch an die Arbeiter selbst. Wenn dieses ganze Gezänk einen Vorteil gehabt hat, dann ist es der, daß die Arbeiter wieder einmal einsehen müßten, daß sie nicht an Autoritäten zu glauben haben. Der Autoritätsglaube muß durch diese Debatte bei den Arbeitern mehr und mehr sinken. Und das ist gut so. Wir müssen uns auf unsre demokratischen Grundsätze besinnen und wenn wir auch geniale Führer zu schätzen wissen, so müssen wir sie doch in die demokratischen Reihen verweisen. Ich war mir bewußt, daß ich in meiner Rede eine Reihe von Kleinigkeiten würde anführen müssen. Aber dieser ganzen Debatte liegen Kleinigkeiten zu Grunde. Ich halte es für sehr bedenklich, daß Kautsky jetzt anfängt, vor einer Agitation für die Aenderung der Wahlkreis-Einteilung zu warnen. Das ist durchaus falsch, wir müssen auch in dieser Frage agressiv vorgehen und dem Gegner zeigen, wir fürchten Euch nicht; wir sind Euch gewachsen und stellen unsern Mann. In wissenschaftlichen Fragen bin ich sehr tolerant, wenn aber in praktischen Fragen Uneinigkeit entstehen sollte, so würde ich das für viel bedenklicher halten. Was Stücklen darüber sagte, daß Bebel nach München kommen solle, klang mir so, als läge darin eine Beleidigung für die Münchener. So wie er vielleicht denkt, liegen die Dinge nicht. Auch die Münchener haben ihr gesundes Urteil. Künftig wird es sich vielleicht so machen lassen, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Bebel und Vollmar eine Aussprache erfolgt; dann wird sich manches vermeiden lassen. So kann es auf dem Parteitage nicht weiter gehen, sonst werden schließlich die Arbeiter unwillig werden und sagen: Wenn Ihr Euch nur zankt, dann bleibt doch lieber zu Hause und spart das Geld. Wir müssen mehr zusammenhalten. Das Lob der Gegner braucht uns da nicht zu stören. Auch Bebel ist schon von Gegnern gelobt worden, zum Beispiel vom „Berliner Tageblatt" wegen seiner Haltung zu den Gewerkschaften. Ob uns die Gegner loben oder tadeln, kann uns ganz gleich sein. Ueber das kleine Gezänk werden wir aber hoffentlich bald hinwegkommen. (Beifall und Zischen.)

Auer erörtert nach einigen persönlichen Richtigstellungen in 1½stündiger Rede die Parteidifferenzen. Nichts sei seit dem 16. Juni geschehen, was Anlaß zu dieser großen Erregung hätte geben können. Die Temperamente seien verschieden. Es gebe auch in Einzelheiten Meinungsverschiedenheiten, wie es stets in der Partei gewesen sei. Aber thatsächlich sei die Partei niemals einiger gewesen als jetzt. Was Revisionismus sei, könne niemand klar definieren. Wenn in der Resolution vom Aufgeben des Klassenstandpunktes und Annäherung an die bürgerlichen Parteien die Rede sei, so weise er mit Entrüstung diese Verleumdung zurück. Man erhebe bei Differenzen seit jeher solche Vorwürfe, und die Partei thue dann doch, was die Notwendigkeit der Verhältnisse erfordert.*)

An die Bemerkungen Fischers während Timms Rede knüpfen sich lebhaft erregte Bemerkungen über die umlaufenden Gerüchte, daß in den Kreisen der Berliner Delegierten für Nichtwiederwahl Auers agitiert wird. Sodann wird folgende Erklärung Mehrings verlesen:

*) Auers Rede und der Schluß folgen morgen ausführlich.

Erklärung.

Wie ich im Parteitage bereits erklärt habe, handelt es sich bei den gegen mich erhobenen Anklagen, soweit sie sich nicht auf meine um mehr als 20 Jahre zurückliegenden Angriffe gegen die Partei beziehen, durchweg um Anschuldigungen, die früher von bürgerlichen Gegnern gegen mich erhoben und von mir längst widerlegt worden sind. Auf einen Zwischenruf (Brief über Schönlank) fügte ich hinzu, daß es sich auch bei diesem Punkt um eine von mir längst klargestellte Angelegenheit handle, worüber ich, nachdem ich mir das urkundliche Material beschafft habe, einstweilen folgendes erklären will:

Ueber die Differenzen, die im Jahre 1892 zwischen Schönlank und mir bestanden haben, kann und will ich mich öffentlich nicht äußern, da Schönlank tot ist und seine Auffassung nicht mehr der meinigen entgegensetzen kann. Ich will aber feststellen, daß, als ich zu Harden die Aeußerung that, ich werde den Lümmel zahm kriegen, Harden weder Herausgeber der „Zukunft", noch auch Gegner der Partei war, vielmehr als angehender Socialdemokrat mit Schönlank verkehrt hatte und mit mir verkehrte. Jene Aeußerung gewann dadurch einen ganz andren Charakter, als ihr vor dem Parteitage beigelegt worden ist, und Schönlank hat in ihr, als ich mich mit ihm über unsre damaligen Differenzen auseinandersetzte, niemals etwas andres gesehen, als den Ausdruck eines heftigen, aber nach Lage der Dinge begreiflichen Aergers. Diese Auseinandersetzung erfolgte bereits im Jahre 1895 oder spätestens 1896, was ich im Augenblick nicht genau feststellen kann. Als dann im Jahre 1899 Herr Harden mit meiner verletzenden Aeußerung über Schönlank in der „Zukunft" vom 4. März 1899 hervorrückte, habe ich sofort erklärt in dem Anhang zu der am 16. desselben Monats ausgegebenen zweiten Auflage meiner Broschüre gegen Harden:

> Leider gelang es ihm (nämlich Herrn Harden), durch eine Reihe thatsächlicher Angaben, mir den Glauben beizubringen, daß mein Kollege vom „Vorwärts" (nämlich Schönlank) einen Verrat an mir begangen habe; es ist das einzige Mal, wo Herr Harden das Ziel seines edlen Strebens erreicht hat, und so aufrichtig mich die Thatsache heute noch betrübt, so ist es mir wenigstens ein Trost, daß ich gegen keinen bürgerlichen Schriftsteller ungerecht geworden bin und der Fall sozusagen in der Familie geblieben ist. Ich revidierte ihn, sobald ich hinter Herrn Harden gekommen war, und fand, daß dieser Biedermann mich getäuscht hatte. Ich erneuerte die freundlichen Beziehungen zu meinem Kollegen und habe auf seinen Wunsch schon seit Jahren gelegentlich Artikel für das Provinzblatt geschrieben, das er gegenwärtig leitet. Im vergangenen Sommer schrieb er mir, er sei stark überarbeitet und bäte mich um regelmäßigere Unterstützung. Ich antwortete ihm: Von Herzen gern, aber Sie wissen, daß ich mich früher einmal von Harden gegen Sie habe aufhetzen lassen; kommt dieser Brave dahinter, daß wir gemeinsam arbeiten, so ist das für seine Skandalsucht ein gefundenes Fressen. Mein Kollege hatte eine günstigere Meinung von Harden, und da er auf seinem Wunsch bestand, so habe ich von Mitte August vorigen Jahres bis Mitte Januar dieses Jahres eine Reihe von Artikeln für sein Blatt geschrieben.

Diese Darstellung ist bei Lebzeiten Schönlanks erschienen, er hat sie nicht nur gelesen, sondern hat meine Broschüre auch in der „Leipziger Volkszeitung" angezeigt, die erste Auflage in der Nummer 45 vom 23. Februar 1899, die zweite dann in Nummer 63 vom 17. März mit den Worten:

> „Die zweite Auflage dieser Schrift ist um einen Anhang vermehrt, in dem Mehring das, was Harden in Nr. 23 der „Zukunft" zu seiner Verteidigung gegen Mehrings Angriffe vorbringt, kritisch zerpflückt."

In eben diesem Anhange findet sich die vorhin citierte Stelle, die Schönlank aber gekannt hat, ohne ihr zu widersprechen, wie er sich denn auch gleichzeitig zu dritten Personen, die ihn über die Sachen befragten, in dem Sinne ausgelassen hat, es handele sich um eine alte, seit langen Jahren zwischen ihm und mir ausgeglichene Differenz.

Von diesen mündlichen Aeußerungen Schönlanks mochte der Redner, der die Sache im Parteitag vorgebracht hat, nichts wissen; wohl aber war ihm der nur zwanzig weitgedruckte Seiten umfassende Anhang zur zweiten Auflage meiner Broschüre gegen Harden bekannt, da er ihn an einer andren Stelle seiner Rede erwähnt.

Leipzig, 18. September. **Franz Mehring.**

Singer warnt das Publikum vor den im Saale anwesenden Polizei-Agenten, die namentlich aus Leipzig verschrieben sind.

Schluß 8½ Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Ueber die Lage des Zuckermarktes wird der „Frankf. Zeitung" aus Magdeburg geschrieben: „Der Handel ist wegen der Unsicherheit der Lage nicht im stande, sich an den Geschäften in der wünschenswerten Weise zu beteiligen, und auch die Produzenten, die Raffinerien und das Ausland halten sich zurück und harren der Dinge, die da kommen sollen. . . . Die Kartellbestrebungen scheinen endgültig Fiasko machen zu wollen. Die Raffinerien dürften allein bleiben, und durch die Thatsache, daß die Weißzuckerfabriken dem Kartell ferngeblieben sind, ist zudem dem Kartell eine solche Konkurrenz erwachsen, daß die künstliche Preishinaufschraubung bis zu der von ihnen gewünschten Höhe kaum eintreten dürfte. Eine neue Begleiterscheinung des angestrebten Kartells hat sich bereits gezeigt. In Schlesien sind seitens Oestreichs Zucker angeboten worden, die 35 bis 60 Pf. pro Centner billiger waren als der deutsche Zucker. Natürlich ist es auch bereits zu Abschlüssen gekommen. Paris soll nach Süddeutschland, Belgien nach dem nördlichen Rheinland ebenfalls zu solch billigen Preisen verkauft haben. Im Inland war der Verkehr sehr geringfügig; wenn auch das prächtige Herbstwetter größeres Angebot hervorlockte, so war doch dafür nur wenig Interesse vorhanden."

Thatsächlich hat sich in letzter Zeit herausgestellt, daß eine derartige Preisüberspannung, wie sie das Raffinerie-Syndikat durchführen zu können vermeinte, kaum möglich ist, da, wenn die Inlandspreise ein gewisses Niveau über den Weltmarktspreisen überschreiten, sofort eine Einfuhrmöglichkeit entsteht und der belgische und östreichische Zucker auf dem deutschen Markt als Konkurrent erscheint. So muß denn auch das Raffinerie-Syndikat mit den Preisen herabgehen, wie sehr es sich auch sträubt.

Konzentration im Kohlenbergbau. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" zufolge beabsichtigen die Rombacher Hüttenwerke, die Massener Bergbau-Gesellschaft anzukaufen. Heute hält der Aufsichtsrat der Rombacher Hüttenwerke eine Sitzung ab, worauf wahrscheinlich der Massener Bergbau-Gesellschaft ein festes Angebot zugeht. Nächste Woche findet eine Aufsichtsrats-Sitzung der letzteren Gesellschaft in der gleichen Angelegenheit statt.

Die Jahresversammlung des Vereins deutscher Eisengießereien empfiehlt ihren Mitgliedern, in Anbetracht der ausreichenden Beschäftigung und der wiederholt gesteigerten Preise für Roheisen die Gußwarenpreise entsprechend zu erhöhen, um das Mißverhältnis zwischen den Rohstoff- und Warenpreisen endlich zu beseitigen, zumal die Löhne seit der Zeit der Hochkonjunktur nicht gefallen sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Achtung! Buchbinder, Etuisarbeiter. Der Zuzug von Etuisarbeitern und Buchbindern nach Düsseldorf ist fernzuhalten.

Barcelona, 18. September. (W. T. B.) Hier sind die Straßenbahn-Angestellten andauernd im Ausstand. Die Gesellschaft wird von ihnen beschuldigt, denselben hervorgerufen zu haben, indem sie sich weigere, ihrem Versprechen gemäß eine Vereinbarung betreffend die Löhne und Arbeitsbedingungen zu unterzeichnen.

Verantwortl. Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen.

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Fünfter Verhandlungstag.

Dresden, den 18. September.

Vormittags-Sitzung.

9 Uhr 10 Minuten. Den Vorsitz führt Singer.

Eingelaufen sind zahlreiche Begrüßungen, darunter ein Gruß von der ukränischen Socialdemokratie Rußlands. (Bravo!)

Eine Zuschrift des Vertrauensmanns von Düsseldorf erklärt, daß die Voraussetzungen, von denen die Mandatsprüfungs-Kommission nach den Mitteilungen des Referenten Grünwald bei der Prüfung der Düsseldorfer Mandate ausgegangen ist, falsche waren. Beigefügt ist die Protestresolution, die der Mandatsprüfungs-Kommission bereits vorgelegen hat.

Singer bemerkt dazu: Die Mandatsprüfung ist erledigt, wir haben unsrerseits keinen Anlaß, nochmals in diese Angelegenheit einzutreten. (Zustimmung.)

Eingelaufen ist weiter eine Zuschrift des Vertrauensmannes in Kassel, wonach Dreyer, der gegen das Mandat des Delegierten Huhn protestiert habe, dort nicht mehr als Parteigenosse angesehen werde.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Debatte über die

Taktik

wird fortgesetzt. Eingelaufen sind hierzu noch die Anträge 140 (die von Bebel angekündigte Veränderung des ersten Satzes der Resolution 130); ferner als Amendement zu dieser Resolution die Anträge 141 und 142; außerdem noch der Antrag 139*).

Antrag 111, der von der Partei den Ankauf von Bauerngütern verlangt (Heiterkeit), ist zurückgezogen.

In der wieder eröffneten Diskussion erhält das Wort

v. Vollmar:

Parteigenossen! Bebel hat Ihnen in seinen gestrigen Ausführungen die innere Lage der Partei so geschildert, wie sie sich in seinem Sinne malt, und er hat damit naturgemäß einen großen äußeren Eindruck gemacht. Indem ich mich daran mache, ihm zu antworten, fühle ich, daß ich in einem gewissen Nachteil ihm gegenüber bin; nicht nur deswegen, weil ich mich an glänzender Rednergabe niemals mit ihm gemessen habe, sondern auch vor allem deswegen, weil mir eine Anzahl von Mitteln fehlen, die Bebel, wie im allgemeinen, so auch gestern in seiner Rede angewendet hat. Ich pflege mich weder an die Einbildungskraft noch an das Gefühl zu wenden, sondern ich appelliere an die ruhige Ueberlegung, an die ruhige Untersuchung. Ich suche mein Auditorium nicht zu zwingen, sondern zu überreden. Nun hat es ja mit der Art der Parteidiskussionen bei uns meist seinen Haken; man kommt bei uns sofort vom Hundertsten ins Tausendste, und gewöhnlich meldet sich bald ein Redner, der in verhältnißmäßig einfache Sachen das Motiv der Leidenschaft hineinträgt, zündende Allgemeinheiten hineinwirft, sodaß es dann mit der Ruhe gewöhnlich zu Ende ist. Nach meiner Erfahrung — und ich habe ja leider auch den Vorzug, nunmehr einer Ihrer „Alten“ zu sein — war selten noch die Sachlage so wie gegenwärtig, daß das Kampffeld im Laufe der Debatte so schnell, so gründlich, bis zum Nichtmehrerkennen verschoben worden und die Sache vollkommen entstellt worden ist. Es wird meine Aufgabe sein, die in der blinden Hetze aus dem Zusammenhang gebrachten Glieder wieder einzurenken.

Die Sache ist bekanntlich ausgegangen von der Vicepräsidenten-Frage. Ich habe in meiner Münchener Rede, die ja gedruckt vorliegt, bereits ausgesprochen, daß mir sowohl der Zeitpunkt als die Art, in der die Sache von Bernstein besprochen und begründet worden ist, nichts weniger als behagt hat, und wenn ich hier nicht noch deutlicher geworden bin oder werde, so hauptsächlich deshalb, weil ich nicht die Eigenschaft habe, wenn alle Leute auf einen losstürmen, meinerseits auch noch einen Stein auf ihn zu werfen. Nach meiner Meinung war die Anregung an sich und zu diesem Zeitpunkt eine verfehlte, eine ungeschickte. Aber darüber, daß Bernstein ein Recht dazu gehabt hat, die Sache anzuregen, darüber kann gar kein Zweifel sein, denn wenn ein Parteigenosse, mag er zu den Führern gehören oder nicht, glaubt, daß eine Frage für die Partei von Bedeutung ist, so steht ihm das Recht zu, innerhalb seiner Organisation oder der socialdemokratischen Presse die Sache zur Debatte zu stellen. (Sehr richtig!) Was mich fast ausschließlich bewogen hat, über die Sache zu sprechen, ist die Art gewesen, wie man Bernstein geantwortet hat und wie man ihn auf die Benützung seines Rechtes behandelt hat.

Gestern hat Bebel mir gegenüber ausgeführt, man wisse ja, wie in München derartige Dinge insceniert werden. Der Vollmar spreche ja außerordentlich selten, wenn aber einmal, dann steige er mit seinem ganzen Gewicht von den Alpen hernieder und dann gebe es etwas. Was die angebliche Inscenierung von Münchener Versammlungen betrifft, so möchte ich daran erinnern, daß in der Debatte von 1894 Bebel bereits gegenüber den Münchener Parteigenossen den gleichen Vorwurf erhoben hat, allerdings in einer noch viel schrofferen Form, und daß der damalige Vertrauensmann der Münchener ihm darauf eine Antwort gegeben hat, die er sicher nicht hinter den Spiegel gesteckt hat. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Die Sache kommt bei Bebel eigentlich so heraus, als wenn die Münchener Parteigenossen für ihre Versammlungen erst um hohe obrigkeitliche Bewilligung bei Bebel oder sonst jemand nachsuchen müßten (Sehr gut.), worauf dann vielleicht, wie bei dem sächsischen „Juwel“, die Versammlung genehmigt oder auch versagt wird. (Heiterkeit.)

Bebel meint, wenn ich spreche, so sei es immer, als wenn ich ein neues Evangelium geben wolle. (Heiterkeit.) Ich möchte Bebel sagen, daß ich das Evangelien-Ausgeben, namentlich was die apokalyptischen anlangt (Große Heiterkeit), zu sehr als seine Angelegenheit betrachte (Erneute Heiterkeit), als daß ich mich da einmischen möchte. Im übrigen zeigt diese Schilderung, daß, wenn Bebels dichterische Kraft einmal in Gang gekommen ist, er ganz und gar unfähig ist, auch nur die natürlichsten Dinge in ihrem natürlichen Vorgange zu erkennen. (Unruhe.)

Also die Versammlung fand statt. Bebel wirft mir in der „Neuen Zeit“ vor „Aplomp“, „Abkanzlung“ und „Ceremonienmeisterei“, deren ich und viele andre Genossen uns mündlich oder schriftlich befleißigt hätten. Ich würde darauf nicht geantwortet haben, aber weil ich in den letzten Tagen so übermäßig viel von diesem Kapitel habe hören und sehen müssen — ich möchte nicht in die Gefahr kommen, darauf angesehen zu werden, als ob ich ähnliche Gesinnungen hätte (Sehr gut!) —, so will ich Ihnen sagen, wie ich in München die Sachen behandelt habe. Ich habe damals gesagt:

„Da kann ich denn mit der Bemerkung nicht zurückhalten, daß die Weise, wie die Debatte von mehr als einer Seite geführt worden ist, entschieden gerügt und zurückgewiesen werden muß. Wenn ein Parteigenosse seine Ansicht über irgend eine die Partei berührende Sache äußert, so setzt er sich natürlich der Kritik aus. Aber er hat Anspruch darauf, daß diese Kritik in Formen geübt wird, wie sie unter Gesinnungsgenossen und Gleichberechtigten geübt werden muß. Glaubt man, daß er unrecht habe, und daß man selber klüger sei, so kann man, wenn man es beweisen kann, sich vielleicht ein Verdienst um die Sache erwerben. Aber man wirke mit den Mitteln der Belehrung und Ueberzeugung. So handelt man kollegial, parteigenössisch und kann — auch in viel heikleren und schwerwiegenden Dingen — zu einem fruchtbaren Ergebnis kommen. Aber denjenigen, dessen Meinung einem aus irgend einem Grunde nicht zusagt, sofort wie einen ausgemachten Ignoranten zu behandeln und gegen ihn den herrischen Ton des Schulmeisters oder Vorgesetzten anzuwenden, der persönlichen Gereiztheit so sehr die Zügel schießen zu lassen, daß man Dinge aus seinen Artikeln herausliest, von denen niemals auch nur ein Wort darin gestanden hat — das kann nur verbittern und ist durchaus unzulässig.“

Ich überlasse es Ihnen, zu beurteilen, wer die Sache ruhig beurteilt. Ich habe mit Absicht keinen Namen genannt; es steht allerdings etwas später in der Rede der Name Bebel, aber nur in dem Zusammenhang, daß die „Neue Zeit“ Bebel mit der Form der Veröffentlichung seiner Erklärung einen schlechten Dienst erwiesen habe. Es heißt da: „. . . . namentlich, wenn es in einer Form geschieht, wie die „Neue Zeit“ es Bebel angethan hat.“ Im übrigen habe ich keinen Namen genannt aus dem Grunde, weil ich der Sache keinen persönlichen Anstrich zu geben wünschte. Nun hat Bebel sich unzufrieden darüber geäußert, daß von verschiedenen Seiten bei der Gelegenheit die Frage der Meinungsfreiheit aufgetaucht sei. Er sagt in seinem Artikel: „Mit diesem immer wiederkehrenden Geschrei, die Meinungsfreiheit sei in Gefahr, stellt man der Partei nur ein Armutszeugnis aus und stellt sie nach außen bloß.“ Ganz gewiß, das tut man, aber ich bin der Meinung, daß das nicht die thun, die sich über wirkliche oder vermeintliche Beschränkung der Meinungsfreiheit beschweren, sondern diejenigen, welche diese Freiheit beeinträchtigen. (Sehr richtig!) Im übrigen ist es höchst merkwürdig, daß gerade Bebel diesen Vorwurf erhebt, er, der ein die ganze Welt erfüllendes Geschrei darüber gemacht hat, weil man ihm ein paar Erklärungen im „Vorwärts“ nicht veröffentlicht hat. Das sei der Tod jeder Meinungsfreiheit (Bebel: Sehr richtig!), wenn man ihm (Bebel: Nicht nur mir, sondern jedem andern!) — wenn man in dieser Weise die Meinungsfreiheit beeinträchtige. Ob jemand unter solchen Umständen eine Erklärung abgelehnt wird oder ob man über jemand, der von seinem Recht, seine Meinung zu sagen, Gebrauch macht, herfällt — das ist doch wahrlich kein so großer Unterschied. Seit Jahrzehnten wird ja bei uns bei jeder Gelegenheit bestritten, daß eine Gefahr für die Meinungsfreiheit bestehe. Ja, Genossen, wie mir das Koalitionsrecht auf dem Papier sehr wenig nützt, wenn ich in Wirklichkeit nicht Gebrauch davon machen kann, weil es überall mit Fußangeln und Wolfsgruben umgeben ist, so ist auch die Meinungsfreiheit gar nichts wert, die auf dem Papiere steht. Das ist keine Meinungsfreiheit, wenn sofort, sobald einer den Mund auftut, um etwas zu sagen, was den andern nicht gefällt, diese andern wie ein Rudel Wölfe über ihn herfallen und ihn abschnappen (Sehr richtig!) und alles thun, was nur geeignet sein kann, ihn abzuschrecken. Ein so gestaltetes Recht ist ungefähr so viel wert wie das militärische Beschwerderecht. (Sehr gut!) Da heißt es auch: Du darfst Dich beschweren, wenn Du es aber thust, dann soll Dich der Teufel holen. (Sehr gut!) Diese Beschränkung der Meinungsfreiheit wird gerade Bernstein gegenüber von gewissen Leuten systematisch praktiziert und in einer Weise, die mich seit langer Zeit anwidert. (Sehr gut!) In einem Artikel eines Genossen, der nicht auf meiner Seite zu stehen pflegt und mit dem ich mich kaum zwei- oder dreimal zusammengefunden habe, ist der Satz enthalten, es gebe in der Partei Leute, die sich als Antipoden Bernsteins fühlen, alles, was Bernstein verkehrt denke, das müßten sie umgekehrt denken. Ich wiederhole, daß alle diese Vorgänge nur geeignet sein können, das Gefühl der Meinungsfreiheit aufzuheben, und ich denke, dazu sind wir Socialdemokraten (Zustimmung), um den Parteigenossen nicht die Lust zu nehmen, weiterhin offen ihre Meinung zu sagen. Das ist also der Grund, warum ich in München gesprochen habe, nachdem die Sache gegen meinen Willen und sehr zu meinem Unbehagen zur Sprache gebracht war. Ich habe gesprochen, obwohl ich genau wußte und es meinen näheren Freunden, die gerade in meiner Nähe waren, im voraus sagte, nun ist die ganze Geschichte schon verpatzt und verpfuscht. Ich fühlte mich zum Reden verpflichtet, nicht nur, weil meine Münchener Genossen mich dazu aufgefordert hatten, sondern vor allem auch, weil ich es war, der bereits vor fünf Jahren, nach den Wahlen von 1898, die Sache in der Fraktion betrieb.

Ueber die Präsidentenfrage will ich mich, wie die Dinge jetzt stehen, erst recht auf ganz wenige Bemerkungen beschränken. Es ist von einigen gesagt worden — ich habe dabei nicht Bebel im Auge —, u. a. in einer Berliner Versammlung: Ja, die Revisionisten, wie man das Ding so nennt, suchen jetzt plötzlich die Sache so ganz klein darzustellen, um sich aus der üblen Lage, in die sie gekommen sind, herauszuziehen. Vor Tische, wie Bebel in seinem Artikel sagt, hatte man's ganz anders gelesen, da sei es als hochwichtige Aktion hingestellt worden. Da ich weiß, wie dieser Parteitag schon mehr als sein Magen eigentlich vertragen kann, mit Personalien der unangenehmsten Art beschäftigt worden ist, so will ich meinerseits aus Respekt vor dem Parteitage mich enthalten, auf diese Anschuldigungen, soweit sie mich betreffen, als ob ich aus Mangel an Mut hinterher eine andre Stellung einnehmen würde, diejenige Antwort zu geben, die ich bisher gewohnt war, jedem zu geben, der etwas derartiges sich mir gegenüber herausgenommen hat. Indes will ich mich darauf beschränken, Ihnen zu beweisen, daß diese Behauptung, soweit sie mich betrifft, absolut unwahr ist. Ich habe in der ganzen Angelegenheit diese einzige, Ihnen gedruckt vorliegende Münchener Rede gehalten, ich habe weder ein Wort darüber in einer Zeitung geschrieben, noch ein weiteres Wort hinzugefügt, außer in der Versammlung, die unmittelbar vor diesem Parteitag zur Wahl der Delegierten stattfand, wo ich in der Diskussion sprach. Und nun gestatten Sie mir, daß ich Ihnen ganz kurz zeige, wie ich die Sache dort behandelt habe, damit wir die Thatsachen feststellen. Es heißt in meiner Rede:

„Nun ist so viel gewiß, daß die Frage keine solche erster Ordnung, keine weltbewegende ist, und ich bin wahrlich der letzte, der ihr eine übertriebene Bedeutung beilegen und unsre Teilnahme am Präsidium als unter allen Umständen wertvoll erklären möchte.“

Ich habe dann die Angelegenheit besprochen, und nachdem ich die verschiedenen Seiten beleuchtet habe, so wie ich glaubte dies thun zu müssen, fahre ich fort:

„Wie immer sich die besprochenen und andere parlamentarische Fragen gestalten mögen, so muß unsre Aufgabe unter allen Umständen die sein, mit verstärktem Eifer unermüdlich alle realen Machtfaktoren auszunutzen zur fortschreitenden Ausdehnung unsres Einflusses und der Eroberung der politischen Macht.“

Und ich fügte dann weiter noch hinzu, daß unsre ganze parlamentarische Thätigkeit nicht isoliert sei, sondern daß das wichtigste die Agitation und Organisation sei, damit wir Wurzel in der Bevölkerung haben. Ich glaube, daß eine größere Deutlichkeit nicht möglich ist, und ich meine, daß jeder, den nicht Voreingenommenheit unfähig gemacht hat, oder der — was ich ja nicht annehmen will — etwa die Absicht hat, nicht sehen zu wollen, daraus ganz deutlich entnehmen kann, daß für mich diese Frage eine solche war, wie sie dutzendweise in den Parteiversammlungen auftauchen, eine unter den vielen, die den Diskussionsgegenstand bilden, und in Bezug auf die ich es für meine Pflicht gehalten habe, meinen Wählern und Parteigenossen gegenüber die Gründe für und gegen anzuführen, denn wer meine Rede gelesen hat, der sieht, daß ich auch Gründe dagegen angeführt habe. Aber aus eben dieser Pflicht der Objektivität habe ich es allerdings auch für notwendig gehalten, darauf hinzuweisen, daß die Frage, wenn auch nicht weltbewegend, so doch nicht gleichgültig ist; denn ich bin der Meinung, daß jede derartige Position, auch wenn sie von Hause aus und bis jetzt noch nicht den Einfluß zu geben im stande war, den wir wünschen können, bei entsprechender Behandlung dazu ausgestattet werden kann, einen Einfluß zu geben, der bei unsern verhältnismäßig geringen Einfluß im Reichstag keineswegs gleichgültig ist. Nun ist das ja allerdings bestritten und gesagt worden, es sei eine ganz gleichgültige Sache. Ich will eine Gegenfrage stellen: Wenn es in Wirklichkeit eine ganz gleichgültige Sache ist, warum beanspruchen wir denn alle mit einander den Posten des Vicepräsidenten ohne repräsentative Pflichten? (Zuruf: Weil es unser gutes Recht ist!) Ach, das ist gar nicht unser gutes Recht in dieser Sache, es kommt auf die praktische Wirksamkeit an. Wäre die Teilnahme am Präsidium in der That so wertlos, so wäre doch das einzig Folgerichtige, daß wir den Anspruch, so lange wir nicht größere Macht haben, überhaupt nicht erheben. Es muß also doch an der Geschichte etwas sein. Diejenigen, die sagen, daß gar nichts daran ist, haben zu viel beweisen wollen. Aus diesen Gründen war ich der Meinung, daß man sich an derartigen repräsentativen Fragen nicht stoßen dürfe. Ich verstehe es vollkommen, daß die Gemüter in einem Teil des Reichs sich über diese Frage mehr oder minder haben erregen können. Gerade das, was Bebel gestern angeführt hat wegen der betreffenden Person und deren Aeußerungen gegen uns, habe auch ich in Erwägung gezogen, aber ich habe mich daran gewöhnen müssen, im politischen Leben sehr häufig den Gefühlsstandpunkt zurückzustellen, und da bei mir vielleicht das Gefühl weniger ausgeprägt ist, als bei andern, so habe ich die Sache kühler betrachtet. Ich sehe diese Frage, gerade wie es Auer in seinem Artikel gethan hat, als eine ganz untergeordnete Formalie an; ich bin der Meinung, daß irgend ein Princip dabei gar nicht in Frage kommt. Eines Tages wird die Partei diese und andre derartige Fragen mit andren Augen ansehen. Indes, es ist ganz unnötig, darüber zu streiten, die Masse der Partei hat jetzt anders empfunden, und damit ist die Sache ohne weiteres entschieden, schon deshalb, weil, wenn es möglich wäre, auf irgend eine Weise eine Mehrheit dagegen zu stande zu bringen, das für die Partei verderblich wäre. Von dem Moment an, wo ein größerer Teil der Partei das als verletzend empfindet, muß das selbstverständlich entscheidend sein. Dazu kommt noch eins: Die Präsidentenfrage ist durch die Art und Weise, wie darüber diskutiert ist, in den andren Parteien weitere uns zu stellende Bedingungen förmlich wie die Feder diktiert sind (Sehr wahr!), unrettbar ein für allemal verpatzt. Ich würde darüber nicht mehr reden, wenn ich es nicht für meine Pflicht hielt, noch einige Bemerkungen daran zu knüpfen, die sich gegen Bebels Darstellung in der „Neuen Zeit“ richten, und die ich auch deshalb sage, damit nicht das dort Geschriebene als bequeme Münze in der Partei weiter gebraucht wird. Bebel behauptet, daß sowohl Göhre als ich gesagt hätten, die Staatsform sei uns nebensächlich, und er entwirft dann schnell ein blühendes Gemälde von allen den Freiheiten und Schönheiten, die wir in Deutschland haben würden, wenn eine auch noch so blaue Republik vorhanden wäre. Nach seiner Darstellung wäre dann eigentlich so ziemlich alles, was im zweiten Teile des Programms steht, wenigstens von demokratischen Forderungen, erfüllt. Mich wundert nur, daß gerade Bebel, der Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung, das sagen kann; denn ob Kaiserreich oder blaue Republik, die jetzige Mehrheit ändert sich darum nicht, die Mehrheit, die ihre Klasseninteressen vertritt und die infolgedessen auch gegen eine Ausdehnung der politischen Freiheit ist, würde doch, auch wenn wir heute in Deutschland eine Republik hätten, in Bezug auf alle diese Forderungen genau so stimmen wie jetzt, ja, man kann sich sogar denken, daß sie das dann noch energischer thun würden, weil sie ja dann die unmittelbar herrschende Macht wäre. Aber ich gehe darauf nicht weiter ein. Das Thema der Republik ist ja hochinteressant und es ist kein Mensch hier, dem das etwas Gleichgültiges wäre; aber ich glaube, es giebt auch niemand, der etwa behaupten wollte, daß dies Kapitel für uns besonders aktuell ist, und namentlich kann so etwas nicht nebenbei erledigt werden. Ich will deshalb nicht weiter darauf eingehen, sondern nur das richtig stellen, was ich in Wirklichkeit in meiner Rede gesagt habe. Nachdem ich eine Reihe andrer Gründe dafür angeführt hatte, daß Principien bei der Vicepräsidentenfrage nicht in Betracht kommen, fahre ich fort:

„Und dann sind wir doch keine bürgerlichen Republikaner, deren Denken sich in der Staatsform erschöpft, sondern uns sind wichtiger noch die gesellschaftlichen Einrichtungen.“

Ich frage Sie, ob gegen diesen Wortlaut selbst der strengste Obercensor, der Tag und Nacht mit dem Rotstift herumläuft (Heiterkeit), etwas einwenden kann. Das heißt doch nur: Die Entwicklung der Staatsform ist zweifellos etwas Wichtiges, denn sonst wären wir keine Demokraten, aber sie ist nicht das Primäre, denn sonst wären wir keine Socialisten. Würde sich Bebel, bevor er Angriffe gegen mich schleudert, solche Dinge erst genau ansehen,

---

139. Der Parteitag mißbilligt auf das entschiedenste das Verhalten des Genossen Wolfgang Heine in seiner Erklärung im „Vorwärts“ vom 12. August 1903, in welcher es wörtlich heißt: „Der Grund des Lärms ist einfach, daß die Marburger Genossen, die für Stimmenthaltung votiert haben, fühlen, daß sie sich blamiert haben. Ich begreife, daß sie das ärgert, aber sie sollten, anstatt krankhaft nach einem Sündenbock zu suchen, die Schuld an ihrer peinlichen Lage bei sich selber finden und dankbar sein, wenn man sie davor bewahrt haben sollte, sich und die ganze Partei in weit höherem Grade dadurch zu blamieren, daß sie einem Reaktionär wirklich zu einem Reichstagssitz verholfen hätten.“

Hierdurch hat Genosse Heine die Behauptung aufgestellt, **daß die Marburger Genossen sich und die ganze Partei durch Befolgung eines Parteitagsbeschlusses „blamiert“ hätten.**

Die Haltung des Genossen Heine ist um so mehr zu verurteilen, als er die Taktlosigkeit besessen hat, zu Gunsten eines ihm persönlich befreundeten politischen Gegners unsrer Partei durch telegraphische Uebermittelung einer gegen die socialdemokratische Lokalorganisation in Marburg gerichteten „Vorwärts“-Notiz einzugreifen.

Dr. Robert Michels und 24 Genossen.

140. Der erste Absatz der Resolution Nr. 130 ist in folgender Weise abzuändern: „Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vicepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstage durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische oder sonstige Verpflichtungen zu übernehmen, die nicht durch die Reichsverfassung oder die Geschäftsordnung des Reichstages begründet sind.“

Bebel. Kautsky. Singer.

141. Beantrage, in der Resolution Nr. 130 die beiden Worte „revisionistischen“ zu streichen, im letzten Absatz an Stelle „Weltpolitik“ „Weltmachtspolitik“ zu setzen und der Resolution im letzten Absatz folgenden Zusatz zu geben: „und für den Ausbau der Socialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.“ C. Legien.

142. Abänderungsantrag zur Resolution Nr. 130. Im letzten Absatz die Zeilen von: „Die Interessen der Arbeiterklasse“ bis zum Schluß zu ersetzen durch:

„Die unermeßliche Schöpferkraft des demokratischen und socialistischen Princips für die aktuelle Gesetzgebung fruchtbar zu machen. Zu diesem Zweck sind Gesetzentwürfe über die großen socialpolitischen, politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse auszuarbeiten; denselben sind umfassende Begründungen und Denkschriften beizugeben und es ist dafür zu sorgen, daß eine gewaltige Propaganda für die jeweilig aktuellen Vorlagen in den breiten Massen des arbeitenden Volkes in die Wege geleitet wird, um dadurch die Gesetzgebung und Regierung zu zwingen, die bisherige unfruchtbare Flickarbeit auf diesen Gebieten aufzugeben. Von den Gegenständen, die in erster Reihe durch solche positive, socialdemokratische Gesetzentwürfe zu bearbeiten wären, sind zu nennen: Achtstundentag, Koalitionsrecht, Reichsfinanzreform, Militärreform (Soldatenmißhandlungen), Ministerverantwortlichkeit, Reichs-Schulgesetz, Revision des Strafrechts.

Der Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, gegen jede Zoll- und Handelspolitik, durch welche die Lebenshaltung des Volkes verschlechtert wird, für die Erweiterung und Sicherung der Volksrechte im Reich, Staat und Gemeinde ist mit höchster Energie weiterzuführen.“

J. Timm und 22 Genossen.

dann hätte ihm eine solche Entgleisung mir gegenüber nicht passieren können, um so mehr, als er in seinem Artikel genau dasselbe sagt, nur mit etwas andren Worten, und als meine Darstellung die Auffassung der Partei von ihren Anfängen an bis heute geblieben ist. Damit will ich das Kapitel verlassen, ich wiederhole, die Sache ist jetzt durch den Lauf der Dinge für mich, wie für jeden andren erledigt, und wenn Sie dieser Erledigung einen sachgemäßen Ausdruck geben wollen, so ist das nur natürlich, und die Behandlung dieser Frage kann darum sehr schnell abgeschlossen werden. Nun ist aber offenbar ein derartiger, natürlicher Abschluß der Sache · manchem zu nüchtern und undramatisch, es könnte ja sonst das Unglück passieren, daß dieser Parteitag um ein nervenanregendes Schauspiel ärmer wäre (Sehr gut!) und Zeit gewonnen hätte, die durch das Ergebnis der Reichstagswahl uns gewordenen Aufgaben ruhig zu behandeln. Und wie es im gewöhnlichen menschlichen Leben vorkommt, daß die Leute, die an periodischem Aufregungsbedürfnis leiden (Heiterkeit) und die um das einfachste alltägliche Vorkommnis so viel Sums zu machen suchen, daß schließlich eine große Staatsaktion oder ein sogenannter Grundsatz daraus wird, so ist es auch in der Partei. Und nicht erst seit heute! Leute, die das Bedürfnis — natürlich in bester Absicht — und die die Kunst haben, jede beliebige Sache auf die Höhe einer erhabenen Principienfrage hinaufzuheben und denen nicht wohl ist, wenn sie nicht die Partei in Gefahr erblicken, damit sie sie daraus zu retten wissen (Heiterkeit). Es ist neulich schon der Gedanke ausgesprochen worden, daß es eigentlich schade sei, daß wir noch keine Geschichte der Taktik haben. Ich bedaure, daß wir noch keine Geschichte der Versumpfung der deutschen Socialdemokratie haben. (Sehr gut!) Es würde außerordentlich interessant sein, daraus zu sehen, was bei uns alles als Verwässerung, Principienverleugnung, Traditionsverletzung, Aufgabe des Klassenkampfstandpunktes usw. verdammt worden ist, und wie dann regelmäßig bald, nachdem ein solches Verdammungsurteil ergangen war, die Socialdemokratie den vermeintlichen Giftbecher getrunken und sich hinterher sehr gut dabei befunden hat, worauf man denn die alte Giftetiquette schleunigst einem neuen Glase umgehängt hat. (Heiterkeit.) Da auch heute das zarte Parteigewissen durch gleiche Schreckworte geängstigt ist, so wollen Sie mir wohl erlauben, ein paar Beispiele anzuführen aus der viel berufenen Parteitradition, die manche von uns anscheinend mit den Augen der Konservativen ansehen, nämlich als etwas, das nicht geändert werden könne und das immer so gewesen sei, wie sie es sich im Augenblick vorstellen. Es ist neulich zwischen Bebel und dem „Vorwärts" eine kleine Meinungsverschiedenheit ausgebrochen über die politische Stellung der Partei zu Beginn der Parteibewegung. Ich will darauf nicht eingehen, aber eins möchte ich doch sagen: Bebel hat in der „Neuen Zeit" gesagt, daß der „Vorwärts" zu dichten anfinge, wenn er behaupte, daß damals beschlossen worden sei, unsre Partei habe sich an der praktischen Arbeit nicht zu beteiligen. Bebel erklärt, daß das absolut unrichtig sei. Er muß doch aber, und zwar genauer noch als alle andren Leute, die Liebknechtsche Schrift über die parlamentarische Thätigkeit der Socialdemokratie kennen. Es ist allerdings wiederholt gesagt worden, daß Liebknecht sich nicht in Uebereinstimmung mit der Partei befunden habe. Aber die Liebknechtsche Broschüre ist revidiert und wiederholt herausgegeben worden, Zehntausende von Parteigenossen haben sie gelesen. Da wäre es doch Pflicht gewesen, wenn eine ganz positive Unwahrheit in der Schrift gewesen wäre, sie zu berichtigen. Wie spricht sich nun Liebknecht in dieser Schrift aus. Streifend will ich darauf hinweisen, daß er darin mitteilt, er habe den Vorschlag in der kleinen Fraktion gemacht, mit Protest in den Reichstag einzutreten und dann sofort das Lokal zu verlassen. (Heiterkeit.) Er sagt: „Mit dieser Ansicht blieb ich in der Minorität, es wurde beschlossen, daß die Vertreter der Demokratie jede ihnen passend dünkende Gelegenheit benutzen könnten, um im „Reichstag" ihren negierenden und protestierenden Standpunkt geltend zu machen, daß sie sich aber von den eigentlichen parlamentarischen Verhandlungen fernzuhalten hätten." Der „Vorwärts" hat das alles durchaus richtig angeführt. Und weiter heißt es in der Liebknechtschen Schrift: „Dieser negative Standpunkt darf nicht aufgegeben werden, denn sonst giebt die Partei ihr Princip auf." Ja, Liebknecht äußert sich darin, daß er sogar die Unterstützung des ersten Arbeiterschutz-Gesetzentwurfs von Schweitzer abgelehnt hat. (Fischer-Hamburg: Die Partei doch aber nicht!) Und weiterhin erklärt er sich dagegen, daß bei der Beratung der Gewerbe-Ordnung, die Bebel gestern als ein gutes Werk bezeichnet hat, einige Parteigenossen im Interesse der Arbeiter und zu propagandistischen Zwecken eine Ausnahme machen zu müssen geglaubt hatten. Er sagt: „Die Socialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht. Mit principiellen Gegnern verhandeln, heißt sein Princip opfern. Principien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste principielle Konzession ist die Aufgebung des Princips. Wer mit den Feinden parlamentelt, parlamentiert; wer parlamentiert, paktiert ... Die Socialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Die Beteiligung an den Parlamentsdebatten bringt nicht den geringsten Nutzen ..."

Jemand hat mir vorhin dazwischen gerufen: Liebknecht, aber nicht die Partei. Soviel habe ich auch schon gewußt. Es handelt sich darum, darauf hinzuweisen, was man früher alles als Verrat bezeichnet hat. Liebknecht hat noch lange Jahre vom „Sumpfe des Parlamentarismus" gesprochen und davor gewarnt, hineinzusteigen.

Darauf will ich nicht eingehen, aber noch einen andren Punkt, den Auer in den „Socialistischen Monatsheften" berührt hat, erwähnen. Es handelt sich um die bekannte Frage der Teilnahme am Seniorenkonvent, die 1884 gespielt hat. Die älteren Parteigenossen werden sich erinnern, und diejenigen, denen der Züricher „Socialdemokrat" zugänglich ist, werden es darin bestätigt finden, daß sich damals eine gewaltige Bewegung — heute würde man sagen: alles flammte auf im deutschen Lande (Heiterkeit. Zuruf: Volksseele!) erhoben hat gegen die Fraktion, daß sie zum erstenmal in eine inoffizielle Körperschaft, den Seniorenkonvent, gegangen ist. Ich erinnere an den Frankfurter Protest, worüber förmlich eine Urabstimmung in der Partei stattgefunden hat, denn fast alle Partei-Orte traten in Erklärungen teils für teils gegen die Frankfurter auf. In dem Protest war die Teilnahme am Seniorenkonvent bezeichnet als eine tiefe Verletzung des revolutionären Princips, als eine Beleidigung der Würde des freien Mannes, als eine Komödie. Anstatt, so heißt es darin, das Land mit Gewalt von der Gewalt zu befreien, läßt man sich auf diplomatische Verhandlungen ein, die eine Aussöhnung bewirken sollen. Ganz interessant ist es, daß schon damals das Wort fiel: „Dadurch wird uns der ganze Wahlerfolg verekelt". (Hört! hört!) Und daran schließt sich die Drohung: „Das Proletariat wird erwachen und wird den Weizen vom Unkraut zu säubern wissen". Im Verlauf einer Auseinandersetzung zwischen Bebel und Frohme hat sich dabei herausgestellt, daß Bebel in Frankfurt war, als der Beschluß gefaßt wurde, und auch in jener Versammlung; er schreibt nämlich, daß er eben in die Versammlung gekommen sei, als die Erklärung beschlossen war. Aber, fährt er fort: Es sei nicht wahr, daß die Versammlung aus wütenden Anarchisten bestanden habe, sondern er bestätige, daß es die besten und ältesten Genossen gewesen seien, daß die Versammlung vom besten Geiste beseelt war, wenn er auch die Aeußerung der Frankfurter nicht in allen Punkten billige.

Seit der Zeit haben wir uns auch an diese Sache gewöhnt. Viel ist bei der Beteiligung am Senorienkonvent übrigens nicht herausgekommen, aber er ist wertvoll als Informationsquelle. — Erinnern will ich nur noch kurz an den bekannten Marxschen Brief über unser Gothaer Einigungsprogramm. Dieses Programm nennt Marx „verwerflich, demoralisierend, principienschädigend"; es sei ein Beweis, daß das socialistische Princip Deutschland noch nicht unter die Haut gedrungen sei. Darauf will ich nicht näher eingehen.

Ich wende mich zu einer andren Gruppe von Fragen, die mit dem Gewerkschaftswesen in Zusammenhang stehen. Manche Gewerkschaftler werden sich sehr unliebsam an die Debatten über die Gewerkschaften in Köln erinnern. Damals ist es auch Bebel gewesen, der sich über die Sache außerordentlich aufregte. Es war damals die Zeit, in der die sogenannten paritätischen Arbeitsnachweise namentlich in Süddeutschland in Aufnahme kamen. Als die erste Tagung von Vertretern solcher Arbeitsnachweise stattfand, beteiligten sich außer bürgerlichen auch einige socialdemokratische Vertreter daran. Da fuhr nun Bebel los und erklärte, sich mit politischen Gegnern über gleichgültige Dinge wie die Arbeitsnachweise zu unterhalten, das sei Wadenstrümpfelei und führe zur Versumpfung. (Heiterkeit.) In solchen Zusammenkünften an die allgemeine Menschenfreundlichkeit der bürgerlichen Klassen zu appellieren, stehe in direktem Gegensatz zur Auffassung vom Klassenkampf. Die Konsuln mögen wachen! (Bebel: Sehr richtig!) Interessant ist nun, daß ein Jahr darauf (Bebel: zwei Jahre darauf!) derselbe Bebel an einem derartigen menschenfreundlichen Kongreß sich mit bürgerlichen Vertretern in Zürich beteiligt hat. (Heiterkeit.) Ich war auch dabei, ich hatte ja die Wadenstrümpfe schon, aber Du (zu Bebel) mußtest sie erst dort erwerben. (Heiterkeit.) Dann kam die Frage der Tarifgemeinschaften. Wie sind die bekämpft worden, als die erste Tarifgemeinschaft der Buchdrucker abgeschlossen wurde. Da wurde die Gewerkschaft der Buchdrucker die königlich preußische Gewerkschaft genannt und als solche angefeindet. Dadurch werde der Klassenkampf (Unruhe) — Sie werden nachher reden können — abgestumpft. Und heute ist das Bestreben der Gewerkschaften allgemein dahin gerichtet, nach Möglichkeit solche Tarifgemeinschaften einzuführen. Man hat eben eingesehen, daß solche Tarifgemeinschaften ein vortreffliches Instrument seien zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und um Ordnung in den gewerkschaftlichen Kampf zu bringen. Ueberhaupt, wie oft ist nicht die Eifersüchtelei zwischen politischer Socialdemokratie und Gewerkschaften zu Tage getreten! Wie oft hat man in der Partei gefürchtet, es könnte am Ende die Partei geschädigt werden, und es hat sich sogar eine talentvolle Schriftstellerin gefunden, die seiner Zeit ausführte, die Thätigkeit der Gewerkschaften sei nur eine sehr beschränkte, von der Möglichkeit einer socialen Ausgestaltung der Gewerkschaften könne gar keine Rede sein, und die Gewerkschaften gingen überhaupt ihrem Niedergange entgegen. Sie wissen alle, was davon eingetroffen ist, und wie wir heute die Freude haben, zu sehen, daß die gewerkschaftliche Bewegung immer größer wird und in einem großen Aufschwunge begriffen ist als jemals zuvor, und ich wünsche nicht nur im Interesse des gewerkschaftlichen Kampfes, sondern auch der politischen Partei und ihrer praktischen Bethätigung, daß die Thätigkeit der Gewerkschaften und ihr Einfluß möglichst stark werde. (Beifall. Zuruf: Das wollen wir alle!) Ich habe ja nicht das Gegenteil gesagt.

Es wäre nun verlockend, auf eine Gruppe von Fragen einzugehen, die nicht in der Oeffentlichkeit, sondern mehr in der Fraktion gespielt haben, und ich hätte um so mehr Anlaß dazu, als Bebel gestern ja bereits ein Beispiel davon erwähnt hat. Ich will nur sagen: als wir im Reichstage die Novellen zu den Versicherungsgesetzen, zu den Arbeiterschutz-Gesetzen kamen, standen wir vor der Frage, ob wir insofern eine andre Stellung einnehmen wollten, daß wir uns bei der Abstimmung nicht in jedem Fall negierend verteilten, sondern abwogen, ob das Schlechtere oder Bessere überwog, und in letzterem Fall uns bereit erklärten, für das Gesetz zu stimmen. Darüber haben viel lebhafte Kämpfe in der Fraktion abgespielt. Bebel hat uns gestern einen Geschmack davon gegeben. Diese Kämpfe haben nicht in einer, sondern in drei, vier, wenn nicht fünf verschiedenen Sitzungen stattgefunden, kurz: man sah eine große principielle Entscheidung darin. Ich weiß noch sehr wohl, wie uns von einflußreichster Seite gesagt worden ist, „es sei ganz unmöglich, eine Aenderung unsres Standpunktes vorzunehmen und den Gesetzen zuzustimmen, denn wer würde es noch wagen, draußen in den Arbeiterversammlungen sich sehen zu lassen, die ganze Schärfe der Agitation und die traditionelle Stellung der Partei würde vollkommen aufgegeben." Es hat nichts genützt, wir sind für mehrere dieser Gesetze eingetreten, und ich frage Sie: Hat die Schärfe der Agitation darunter gelitten, hat sich einer von Ihnen deswegen geschämt, in Arbeiterversammlungen aufzutreten? Ich glaube, Sie haben den Genossen recht gut begreiflich machen können, aus welchen Gründen wir dafür gestimmt haben. (Sehr gut!)

Noch einen gerade jetzt aktuellen Punkt: der ganze Komplex der Wahlbeteiligungsfragen. Ich habe mir unsre ganze Parteilitteratur, namentlich die periodische Presse, ganz genau daraufhin angesehen und kann Ihnen darüber ein ziemlich lückenloses Bild geben. Was die Gemeinderatswahlen anlangt, so haben die Berliner in einem 1884 gefaßten und im Züricher „Socialdemokrat" inserierten Beschluß sich gegen die Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen ausgesprochen. Es heißt dort zur Motivierung:

„Die Beteiligung an den Klassenwahlen ist gegen das Programm und fördert die Entwicklung der Arbeiterpartei in keiner Weise; man befördert vielmehr ein Sichbreitmachen des Strebertums, wodurch korrumpierend gewirkt wird."

Ich glaube, gar nicht lange danach haben sich die Berliner gerade wie andere Leute an den Stadtverordnetenwahlen beteiligt; ich habe vom Strebertum — vielleicht macht das die Entfernung (Heiterkeit) — nichts bemerkt, vor allen Dingen nichts von Korruption, und keiner der Berliner wird noch behaupten, daß es dem Parteiprogramm widerspricht, obwohl das Programm in dieser Beziehung nicht geändert worden ist. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, da ich die inneren preußischen Angelegenheiten wenig kenne, wie Sie die bayrischen Angelegenheiten genau kennen (Sehr gut! und Große Heiterkeit.) — aber es ist in einer Versammlung behauptet worden, daß die Berliner Stadtverordneten mit großem Stolz eine Amtskette trügen, auf welcher das Bildnis Friedrich Wilhelms III. sich befinde. (Große Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob es wahr ist, aber es hat im „Vorwärts" gestanden, da wird es wahrscheinlich wahr sein. (Zuruf: Es ist wahr!) Na, denkt einmal: die Wadenstrümpfe sollen mir die Waden verbrennen, aber das Königsbild auf der Brust darf man tragen! (Große Heiterkeit.)

Die Frage der Landtagswahl-Beteiligung ist zum erstenmal in München aufgetaucht, woher ja bekanntlich alles Schlechte kommt. (Heiterk.) 1886, als wir in München vor der Wahlbeteiligung standen, erschien in einem demokratischen Hamburger Blatt die Nachricht, daß die Liberalen zu einer Verständigung mit den Socialdemokraten bereit seien, falls die Socialdemokraten soviel Wahlmänner aufbrächten, daß sie bei der Wahl ausschlaggebend zwischen den beiden Parteien seien. Darauf ist am 28. Oktober 1886 ein gewaltiger Artikel im „Socialdemokrat" erschienen, bei dem alles dafür sprach — und es wird uns wohl bestätigt werden —, daß er von Bebel hergerührt hat. Dabei hofft der Verfasser, „daß die Genossen sich niemals zu einem so schmählichen Kompromiß hergeben würden. Das widerspreche alten Traditionen der Partei". Sie sehen: mit einer rührenden Gleichmäßigkeit sind es so ziemlich immer wieder dieselben Worte. „Wir dürfen niemals Kampfgenossen andrer Parteien sein, sondern nur selbständig kämpfen. Das wäre ein Parteiverrat, selbst wenn die Gegner uns ein Mandat anzubieten die Frechheit hätten. (Große Heiterkeit.) Wir dürfen nie ein Mandat den Gegnern verdanken, sonst ist das korrumpierend für die Genossen, lähmend für die Gewählten." Hier sei die schiefe Ebene, hier sei eine erbärmliche Taktik. „Genossen, seid auf Eurer Hut!" (Hört! hört!) Wir waren nicht ausschlaggebend damals, deshalb sind wir nicht in die Lage gekommen, diesem Artikel entgegenzuhandeln. Wären wir es gewesen, hätten wir es jedenfalls gethan.

Nun kommt Köln 1893. Damals hat ja Bernstein bekanntlich den Vorschlag gemacht, sich an den preußischen Landtagswahlen zu beteiligen. Alles ist über den „weltfremden Ede" hergefallen, nur nicht so bissig wie jetzt, und es hat in der Presse geheißen — die Leute, die diese Aeußerungen gethan haben, sitzen um mich herum —, das sei Korruption, Verwässerung der Zielpropaganda, Kompromißschacher usw. Bebel trat als Referent auf und bewies haarscharf: „Ein Kompromiß mit feindlichen Parteien muß notwendig zur Demoralisierung führen." (Ruf: Das thuts auch!) Es sei ein Kompromiß im schlimmsten Sinne des Worts, darum sei es eine Pflicht, sich der Wahl zu enthalten. Der alte Liebknecht sagte noch deutlicher: Kompromiß — Verrat. Verrat, in dem die Principien geopfert werden! Jeder Pakt mit andren Parteien wirke förmlich demoralisierend. — Die Beteiligung ist abgelehnt worden, „Ede" hat seinen Rüffel bekommen. Aber nach einigen Jahren haben die Leute in der Partei nach dem „Gifttrank" auf einmal ein gewisses Sehnen verspürt. Die Geschichte hat sich gewendet. Freilich gab es immer noch Leute, die sich dagegen ausgesprochen haben, unser Freund Zubeil z. B. (Heiterkeit; Zurufe Zubeils) — können Sie (zu Zubeil) denn gar net a wenig warten? Sie haben ja gestern beim Bebel so lange warten müssen! (Heiterkeit.) — Zubeil hat gesagt, er möchte den sehen, der mit dieser Resolution, die die 1893er Resolution aufhob, agitatorisch thätig sein wolle. Bebel aber hat auf einmal gar keine Gefahr mehr darin gesehen; er hat gesagt, er habe seine Stellung geändert. Ja, er bedauere, daß er in Köln den Gründen für die althergebrachte Taktik der Abstention so starke Ausdrücke gegeben habe, die besser unterblieben wären. (Hört! hört!) Dann sagte er: „Was ist ein Kompromiß? Ein Kompromiß ist nur, wenn man einen politischen Grundsatz preisgiebt; solche Verträge mit politischen gegnerischen Parteien vor aller Welt sind aber kein Principienverrat und Unterstützung mit Gegenleistung ist kein Schade." Der Kölner Beschluß ist darauf aufgehoben worden, wenn auch nur unvollkommen, und vor drei Jahren in Mainz ist die Sache gründlich beendet worden. Bebel sagte damals, 1900, es sei Pflicht, sich zu beteiligen. Abmachungen mit bürgerlichen Parteien sollten insofern gestattet sein, als sie an die Zustimmung des Parteivorstandes gebunden seien. Sie kennen ja den Beschluß. Bebel meinte, das Wort „Kuhhandel" klinge recht landwirtschaftlich, es sei eben aus dem landwirtschaftlichen Bayern hergeholt (Heiterkeit); dann fährt er fort: „Was ist ein Kompromiß?" — ich bitte, sich diese Definition zu merken, sie gehört eigentlich in ein deutsches Sprachlexikon —: „Kompromiß ist eine Vereinbarung mit einem andren, sich gegenseitig zu unterstützen, um etwas zu erreichen, was man aus eigner Kraft nicht erreichen kann! „Und darum" — fährt er fort — „so großes Geschrei? Es handelt sich ganz einfach darum, was in Bayern und Baden schon geschehen ist, auf die preußischen Verhältnisse zu übertragen. Nun, seit einiger Zeit haben die Parteigenossen in Preußen auf diesem Wege schon so hübsche Fortschritte gemacht, daß sie uns Bayern nahezu eifersüchtig machen können. (Heiterkeit.) Denn wir in Bayern haben wenigstens niemals an andre Wahlbündnisse gedacht als an solche, die erst mit dem zweiten Wahlakt in Kraft treten. Ich habe aber im „Vorwärts" selbst schon die Frage auftauchen, besprechen und auch befürworten sehen, daß man, wenn etwas bei den preußischen Landtagswahlen herauskommen solle, eigentlich schon vor dem ersten Wahlakt, vor der Urwahl, Verabredungen treffen müsse, denn dadurch könne man in gewissen Wahlkreisen, wo für die Socialdemokratie nichts zu holen sei, ohne weiteres für die Freisinnigen eintreten.

Entschuldigen Sie diese historische Auseinandersetzung, aber sie war notwendig. Sie sehen daraus, daß unsre Bewegung nicht etwas Feststehendes, sondern in fortwährendem Fluß begriffen ist. Unsre Meinungen haben sich sowohl über prinzipielle Fragen, Programmfragen, als auch über die Taktik fortwährend in einer allmählichen Umgestaltung befunden. Dieser Prozeß ist noch heute nicht zu Ende, und er wird auch nie zu Ende gehen. (Vielfaches Sehr richtig!) Denn das muß doch auch wohl einmal gesagt werden: Zwischen heute und dem Endziel liegt noch so manches, wovon unsre Schulweisheit sich nichts träumen läßt. (Rufe: Sehr wahr!) Man hätte doch aus der Parteigeschichte lernen und vorsichtiger werden sollen, um nicht jede neue Ansicht ohne weiteres mit einem Verdammungsurteil zu belegen und immer wieder in den alten Gespensterschreck zu verfallen. Statt dessen aber wieder das gerade Gegenteil. Kaum hatte die Partei die große Aktion des Wahlkampfes mit so großem Erfolge durchgefochten, jene Aktion, in der sich gezeigt hat, daß wir niemals einiger und energischer im gemeinsamen Kampf gewesen sind, in der sich in allen praktisch-politischen und taktischen Fragen volle Uebereinstimmung gezeigt hat — kaum war das vorbei, da ist das alte thörichte Geschrei, daß die Partei in Gefahr sei, mit frischen Kräften wieder erhoben worden. Nach meiner Ueberzeugung hat dies Geschrei niemals — wenigstens niemals seit dem Socialistengesetz — so jeder Spur von Berechtigung von Grund aus entbehrt als gerade jetzt. Niemals ist ein Principienstreit unnötiger vom Zaun gebrochen worden als jetzt. (Zustimmung. Widerspruch.) Ich kann das beweisen mit Bebels Worten selbst.

Am 27. Juli habe ich meine Rede gehalten; spätestens Anfang August wird Bebel davon gehört haben. Er hat darauf in der „Stuttgarter Tagwacht" eine Erklärung veröffentlicht, in der er über meine Rede sehr kühl urteilt. Er hat wörtlich gesagt:

„Seine (Vollmars) Ausführungen über die Präsidentenfrage haben für mich gar nichts Neues enthalten, weil sie schon 1898 in gleicher Weise von ihm gemacht worden sind, ohne daß die Mehrheit der Fraktion Veranlassung nahm, sie anzunehmen."

Ich habe sogar schon 1895 die Sache in der Fraktion behandelt; auch Auer und unser Grillenberger haben sie damals vertreten, letzterer gerade in Bezug auf die höfische Repräsentation mit einer Wendung, die sehr interessant war, sich aber für die Oeffentlichkeit und gerade in Sachsen nicht eignet. (Große Heiterkeit.) Wenn diese Ansicht in der Repräsentationsfrage wirklich so etwas abgrundtief Verwerfliches ist, so hätte man doch wahrhaftig das schon 1895 und 1898 in der Fraktion aussprechen können. (Bebel: Ist geschehen!) Ach was, geschehen! Man hat gesagt: Darauf gehen wir nicht ein, aber von schmählich und unerhört ist gar keine Rede gewesen. Wir haben uns in aller Gemütlichkeit darüber auseinandergesetzt. (Fischer-Hamburg: Es hat aber damals auch nicht in den „Soc. Monatsheften" gestanden!) Ich habe 1898, als die Sache abgelehnt wurde — ich gehöre nicht zu denjenigen, die schreien, als wenn sie am Messer stäken, wenn ihnen ihr Wille nicht geschieht (Oho! und Heiterkeit), ich unterwerfe mich der Mehrheit, wie andre das auch thun sollen — ich habe damals gesagt: die Sache ist vorbei, im nächsten Reichstag werden ich oder ein andrer sie wieder anregen.

Also Bebel sagte erst, die Sache ist gar nichts Neues, und einige Wochen später kommt derselbe Bebel mit der Ansicht, durch Vollmar sei die Präsidentenfrage zu einer Haupt- und Staatsaktion geworden (Bebel: In der Partei!), sie enthalte ein gutes Stück, ja das Hauptstück der Frage nach einer neuen Taktik.

Wie ist es denn möglich, daß eine Sache einmal etwas ganz Unbedeutendes, gar nicht Interessantes ist und dann sozusagen über Nacht zum Hauptstück einer funkelnagelneuen Taktik wird? Ich kenne ja die privaten Vorgänge nicht, aber wir haben gerade in den letzten Tagen gehört, daß sie eine große Rolle in der Partei spielen. Ich muß aber sagen, da ich auch ein Seebewohner bin wie Bebel (Heiterkeit), wenn auch in einer andern Gegend: mir scheint, daß der wohlthuende Einfluß, den die Seeluft auf die politischen Nerven ausübt, bei Bebel durch einen etwas zu häufigen Briefwechsel beeinträchtigt wird. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Noch eins: wenn diese Frage das Hauptstück der sogenannten neuen Taktik ist, wo sind dann die übrigen Stücke? Ich habe in meiner Münchener Rede über die einzuhaltende Taktik ausgeführt, welche Aufgaben sich nach meiner Meinung aus unsre neuen Machtstellung ergeben. Nun ist ja Bebel allerdings mit diesen Ausführungen insofern nicht zufrieden, als er meint, dieser Teil über die Taktik sei zu kurz ausgefallen, aber er sagt dann in seiner Erklärung gegen die Fürstenwalder Genossen sofort, daß er in diesem Punkt der Taktik kein Wort gegen das von Vollmar Vorgebrachte einzuwenden habe, und in dem bewußten Artikel der „Neuen Zeit" sagt er noch deutlicher: „Enthält dieser kurze Abschnitt (über die Taktik) das neue Programm, so kann ich mich zur Gefolgschaft Vollmars zählen. (Hört! hört!) Was Vollmar in seiner Rede als Aufgabe fordert, haben wir bereits redlich gethan, aber es lag nicht an uns, wenn der positive Erfolg nicht auf unsrer Seite war." Und das soll nun die neue Taktik Vollmars sein, die Haupt- und Staatsaktion der Revisionisten, die Erweiterung der Kluft innerhalb der Partei, das Ende der Partei-Einheit und wie die Dinge alle lauten! Ich suche vergeblich nach einer Erklärung für eine derartige plötzliche Wendung Bebels, wie eine derartige Frage in Verbindung mit meinem Namen überhaupt aufgeworfen werden kann. Bebel hat wiederholt davon gesprochen, daß innerhalb der Partei eine große Aufregung aufgelodert sei. Das klingt sehr großartig, aber

ich bin zu ketzerisch, um solche allgemeinen Wendungen ohne weiteres gläubig aufzunehmen. Ich habe ja schon verschiedene solche Ausbrüche der Volksseele mitgemacht. Aber ich habe auch diesmal gesehen, nicht nur aus der „Münchener Post" — ich lese zu meinem gar nicht großen Vergnügen eine ganze Reihe andrer Partei-Organe — daß man an manchen Orten die Sache auch sehr kühl behandelt hat. Und ich weiß ferner und habe es aus mündlichen Aeußerungen vernommen, wie viele Leute an Orten, wo es so auflodert, bisweilen dabei gewesen sind. Noch eins! Ich bin der Meinung, daß eine Schmeichelei genau ebenso verwerflich ist, ob ich sie an einen Potentaten richte oder an das Volk (Heine: Sehr richtig!), und als solche Schmeichelei betrachte ich es, wenn es so dargestellt wird, als ob das Gefühl der Massen untrüglich und unfehlbar sei. Ich habe keine geringe Meinung von der Masse und dem Volksempfinden, aber das hat mich die Geschichte aller Volksbewegungen gelehrt und zugleich auch die Geschichte unsrer Partei, daß dieses Volksgewissen sich täuschen oder auch getäuscht werden kann. Das Empfinden des Volkes ist ebenso Irrtümern unterworfen, wie das des Einzelnen, also mit diesem vagen Begriff kann ich mich nicht abfinden lassen. Ich muß mich schon an konkretere und faßbarere Dinge halten. Also ich suche vergeblich nach einer Erklärung dafür, weshalb die Sache so aufgebauscht werden konnte. Oder vielmehr: Ich würde vergeblich suchen, wenn ich etwa erst seit gestern Bebel kennen würde. Ich gehöre nicht zu den Menschen — das weiß Bebel und das kann mir der größte Feind nicht vorwerfen — der irgendwie persönlich zu beleidigen sucht und persönliche Dinge in den Vordergrund drängt, so lange es nicht aus sachlichen Gründen absolut notwendig ist. Es ist mir deshalb außerordentlich angenehm, daß Bebel in den letzten Tagen in einer seiner Reden selbst ausgeführt hat, daß sein Temperament ihm schon manchen Streich gespielt habe, daß er manchen Schnupper gemacht habe. Er hat dann hinzugefügt: Er beanspruche aber, daß man stets an die Ehrlichkeit seines Wollens glaube. Das hätte er gar nicht zu sagen brauchen, das ist ganz selbstverständlich, aber es ist, wie ich wenigstens annehme, das Recht jedes einzelnen unter uns, das zu verlangen. Wir haben verschiedene Temperamente, und infolgedessen sehen wir ein und dieselbe Sache verschieden an. Ich bin nicht derjenige, der so verliebt in sein Temperament wäre, daß er es für das beste hielte. Ich könnte eher sagen: Im Gegenteil. Ich habe viel zu oft gesehen, und erst in den letzten Tagen gesehen, daß ein konzentrierter Wille, der um jeden Preis die Gemüter sich unterwerfen will, der aufgeht in einem einzigen Punkt, ganz andre Resultate erzielt, als wenn man mit ruhiger Besonnenheit und Ueberlegung an die Dinge herantritt. Aber die Sache ist nun mal so: wir haben verschiedene Temperamente, und das ist sehr gut, denn das möchte eine nette Zucht werden, wenn wir alle miteinander gleich durch das Dach fahren würden! (Heiterkeit.) Ja, ja, lieber Bebel, wenn ich nur ein Zehntel von der Art hätte loszugehen wie andre, dann hätten wir schon ganz andren Krach gehabt. Also diese Verschiedenheit ist sehr nützlich, und Bebel wird wahrlich nicht sagen können, daß jeder einzelne in der Partei nicht Rücksicht auf die unvergleichliche Stellung und die Verdienste Bebels nimmt. Aber eins muß angesichts der Bescherung, die hier angerichtet worden ist, gesagt werden, und namentlich von einem Manne, der wie ich seit Jahren von Bebel und andren angegriffen worden ist, und der bisher kein einziges Mal den Kopf gerückt, geschweige denn erwidert hat. Ich erinnere nur daran, wie Bebel in München mit direkter Beziehung auf meine Person sagte, die Situation in der bayrischen Wahlrechtsfrage sei verdorben, verführt durch den Geist der Staatsmännischkeit. Wen er da ungefähr gemeint hat, kann man sich denken. Ich sagte mir: Bebel hat eine andre Ausdrucksweise wie andre Leute. In der Musik giebt es ja auch Leute, die immer Fortissimo spielen. (Heiterkeit.) Aber ich sage, es muß einmal gesagt werden gerade von einem, der den Beweis geliefert hat, daß er keine Neigung zu solchen Auseinandersetzungen hat, dem aber doch schließlich auch einmal der Geduldsfaden reißt. Man mag auf die einzelnen Temperamente noch soviel Rücksicht nehmen: einen Freibrief für alles und jedes kann dieses Temperament doch nicht geben. (Lebhafter Beifall eines Teils der Versammlung. Bebel ruft: Verlange ich auch nicht!) Und wenn in der Presse gesagt worden ist, man brauche nicht jeden Einfall eines Revisionisten zu folgen — worin ich vollständig beistimme, erstens weil ich gar nicht weiß, was das für ein Ungetüm ist, zweitens weil niemals eine derartige Forderung erhoben worden ist — ich sage: wenn die Partei nicht dazu da ist, jedem Einfall eines Revisionisten zu folgen, dann soll sie ebenso wenig der Spielball der überstiegenen Einbildungskraft und Nervosität einzelner Menschen sein. (Lebhafter Beifall eines Teils der Versammlung. Große Unruhe und Zischen.) Wie immer der Einzelne stehen mag: innerhalb einer demokratischen Partei kann eine solche Ausnahmestellung unter keinen Umständen eingeräumt werden. Ungezügeltes Temperament schadet nicht nur auf Fürstenthronen, sondern auch auf Parteithronen. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Unruhe.) Und wer Dinge und Menschen lenken will, der muß verstehen, sich selbst zu beherrschen. (Zischen. Beifall bei einem Teil der Versammlung.) Und wer so empfindlich gegen die leiseste Berührung seiner Person, wie, nicht immer, aber bisweilen, Bebel ist, der sollte sich umsomehr hüten, gegen andre, die ihm gerade augenblicklich unbequem sind, mit einer Wahllosigkeit der Sprache und Mittel loszufahren, wie es in dieser Debatte geschehen ist. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Unruhe und Zischen.) Bebels Nerven sind schon irritiert durch Edes einfachen Artikel; der hat ihm nach dem über alles Erwarten großen Wahlsieg die Freude verekelt! Ja, fällt denn Bebel, der so leicht zu verekeln ist, gar nicht einen Augenblick ein, wie seine Art zu debattieren und vorzugehen auf andre Parteigenossen wirken muß? Bebel hat viel gethan und thut viel für die Partei. Aber das muß ich doch sagen und das wird er selbst nicht bestreiten: Allein thut er doch auch nicht alles für die Partei; es giebt doch auch noch andre Leute — zu denen ich mich selbst zuletzt rechne —, die ihr Sein, ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Zeit opfern und die beanspruchen können, daß man ihnen nicht ihre politische Thätigkeit vor den Gegnern verekelt, (Beifall bei einem Teil der Versammlung), daß man ihnen nicht die Lust nimmt, für die Partei zu wirken, sich allen Schlägen auszusetzen. Bebel sagt in seinem Artikel im Anschluß an das Kapitel über die Republik: Nachdem wir uns, wie er glaubt, im Socialismus schon länger nicht verstanden hätten, verständen wir uns jetzt auch über die Demokratie nicht mehr. Das scheint so, denn sonst wäre es ganz unmöglich, daß in solchem Ton zur Partei gesprochen würde, wie es in der letzten Zeit von manchem geschehen ist und zwar nicht zuletzt, sondern zuerst von Bebel. Bebel urteilt über alles und jedes, über jede Person, über Männer und Frauen, und nicht nur über ihre politische Thätigkeit und ihren politischen Charakter, sondern er maßt sich an, über sie persönlich als Männer und Frauen zu urteilen. Er erteilt hochmögende Censuren nach allen Richtungen, er wendet sich persönlich nicht nur an die Parteigenossen, sondern auch an die Gäste, die anwesend sind; er nimmt sich jeden einzelnen vor, wie gestern den „Vorwärts"-Redakteur, erteilt Verwarnungen, sagt ihm, was er anstreben wird, was er gegen ihn thun wird, und teilt die Parteigenossen in solche erster und zweiter Güte ein (Widerspruch, Beifall.), jawohl, in die wahren und die halben oder falschen Socialdemokraten. (Hofmann-Hamburg: Er sagt, wie es ist!) Was ist gestern in der Richtung gesagt worden! Bebel hat über die Akademiker gesprochen. Die Akademiker, so sagte er vor einigen Tagen zu ihrer Verteidigung, sind Leute, denen man es hoch anrechnen muß, daß sie zur Partei gekommen sind, weil sie schwere Kämpfe durchzumachen haben. Aber wenn einer von den Akademikern mit ihm nicht einverstanden ist, dann versteht er nichts von der Socialdemokratie, dann steckt er noch im Bürgertum drin, womit er sogar Leute gemeint hat, die Jahrzehnte in der Partei sind. Die Arbeiter haben den untrüglichen Klasseninstinkt und auf ihr Gefühl muß man sich verlassen. Wenn sich aber ein Arbeiter untersteht, andrer Meinung zu sein — wie man jetzt immer sagt: revisionistischer Meinung —, dann hat er auf einmal den untrüglichen Klasseninstinkt verloren. Die gehobene Lebenslage gewisser Arbeiter hat sie verdorben! Auch das ist ein Argument, das schon früher aufgetaucht ist und das sehr wesentlich zur Verschärfung der Gegensätze in unsren Reihen beigetragen hat. Ich erinnere daran, wie Bebel ganz dasselbe Grillenberger vorwarf; ich weiß, daß Grillenberger deswegen unversöhnt mit Bebel aus dem Leben geschieden ist, weil er das nicht hat verwinden können. Merkwürdig nur, daß sich bei andren Leuten auch die Lebenslage gehoben hat, die ihren Klasseninstinkt nicht verloren haben. Aber Bebel begnügt sich nicht, einzelne Genossen in dieser Weise einzureihen, sondern er erlaubt sich, ganze Teile des Reiches in dieser Weise zu qualifizieren. Es ist nicht lange her — genau kann ichs im Augenblick nicht behaupten, aber ich kann dann ja berichtigt werden, wenn's nötig ist —, da hatte Bebel einen Streit mit den Badensern und da hat er, so viel ich mich erinnere, den sehr poetischen Ausdruck gebraucht: das ganze badische Ländle sei nicht mehr wert, als es in den Sack zu werfen und in den Bodensee zu schmeißen. (Bebel: Nein, das habe ich nicht gesagt.) So? Na dann ist es nachher aufgeklärt worden, ich habe es jedenfalls in der Parteipresse gelesen. (Bebel: Nein, das hat nicht in der Parteipresse gestanden! Zuruf: Es war in Lübeck!) Es kann ja dann klar gestellt werden. Jetzt kommen wir Münchener daran und das Capua Deutschlands, wo man im Bier und Wein — da man in München nicht sehr viel Wein trinkt, meint er damit wohl das übrige Deutschland — ersäuft, wo die politische Gesinnung verdirbt oder wo man, wie er sich ausdrückte — es ist nämlich merkwürdig, daß ihm in diesen Tagen besonders Bibel-Reminiscenzen gekommen sind (Große Heiterkeit. Bebel: Du meinst wohl, ich fange gar an, fromm zu werden?) — mit Leib und Seele zu Grunde geht. (Bebel: Ich habe gesagt: Mit Seele und Geist!) Na, mit dem Leib geht man denn doch am Bier zuerst zu Grunde. (Heiterkeit.) Nachdem Bebel also zunächst den Zustand der Münchener auf Bier und Wein — was unzweifelhaft eine geistvolle, völkerpsychologische Auffassung ist — zurückgeführt hat, meint er weiter, die Sache käme daher, weil wir in wirtschaftlicher Beziehung zurückgeblieben seien. Es war mir interessant, das von Bebel zu hören, und zwar deswegen, weil ziemlich das nämliche von Bismarck gesagt worden ist. Bismarck hat einmal das Wort von der fauligen Zuchtlosigkeit des Südens gebraucht, auf welche die preußischen Junker natürlich herabsehen. Ja, aber Bebel, es kann doch nicht jeder Mensch Preuße sein! (Große Heiterkeit.) Und auch das genügt ja nicht, daß man Preuße ist. Auch die Preußen werden, wenn sie nach München kommen, verdorben! Und es wird kurz nach mir ein Originalpreuße erscheinen und Ihnen Aufschluß geben, wie es seiner Seele oder seinem Geist in München ergangen ist. (Große Heiterkeit.) Es hätte eigentlich nur gefehlt, daß Bebel noch gesagt hätte, er bedaure, daß München und Süddeutschland überhaupt für die Partei gewonnen worden sei. Denn wenn München einen so schlechten Einfluß ausübt, dann muß das doch auf die gesamte Partei ungünstig wirken. Ich wundere mich nur über eins: wenn Bebel so über uns denkt, warum hat er denn diese Charakteristik nicht im vorigen Jahr auf dem Münchener Parteitag mitgeteilt? Da war der geeignetste Boden, um eine solche Strafpredigt zu halten. Ich habe nicht gesehen, daß Bebel in München ein principiell saures Gesicht gemacht hätte (Große Heiterkeit); im Gegenteil, er war sehr vergnügt (Heiterkeit. Bebel ruft: was, ich auch!) und er schien sich in diesem Sumpf ganz behaglich zu fühlen. Ebenso hat sich Bebel im vorigen Jahr gehütet, die Weisheit über die bayrische Wahlrechtsfrage zum besten zu geben, die er gestern hier vorgetragen hat. Und hier muß ich ein ernstes Wort darüber sagen! Erinnern Sie sich, wie im vorigen Sommer Bebel wegen der Wahlrechtsgeschichte über uns herfiel, daß durch diese Sache die ganze Wucht des Kampfes für das allgemeine gleiche Wahlrecht zerstört sei, und wie er schließlich erklärte, auf dem Münchener Parteitag werde sich das weitere finden. Das sagte nicht nur Bebel; in einer ganzen Reihe von Partei-Organen war es zu lesen, speciell in der „Leipziger Volkszeitung", die ja immer der große Blasebalg für Gewissensfeuer ist. (Heiterkeit.) Sie hat natürlich auch damals zu hetzen versucht so viel wie möglich. Schließlich waren wir in Bayern ganz ängstlich geworden, was man denn eigentlich in München mit uns anfangen würde. Um so erstaunlicher war es, daß auf dem Münchener Parteitag, wie Sie wissen, kein Mensch ein Wort geschnauft hat über die ganze Geschichte! Ich sagte Bebel noch zu Beginn des Parteitages: Werden wir nun gesotten oder gebraten werden? Da antwortete er mir: Ich bin der Meinung, jetzt ist einmal die Sache so weit verfahren; da warten wir lieber mal ab, was weiter wird. (Bebel: Das war etwas andres!) Du hast es dem Sinne nach so gesagt; ich erinnere mich noch, daß Du zufügtest, Du wüßtest nicht, ob nicht vielleicht ein andrer sprechen wollte, Du aber hättest keine Veranlassung dazu. Nun, ich meine, damals war der Zeitpunkt, über diese Sache zu sprechen. Damals war der Parteitag vorbereitet auf diese Frage. Damals schwieg man und jetzt plötzlich wirft Bebel diese Frage auf, über die ich allein einige Stunden sprechen müßte, wenn ich näher darauf eingehen wollte. Ich bin selbstverständlich überzeugt, daß Bebel die bayrischen Dinge bis in die kleinste Specialität so genau kennt als wir Bayern selbst. Darüber habe ich gar keinen Zweifel, darf ihn nicht haben. (Heiterkeit.) Aber das eine muß ich ihm doch sagen: Er hat mit seiner gestrigen Anzapfung der Propaganda in Bayern und unsrem Wirken sicher einen außerordentlich großen Dienst erwiesen! Und er hat dadurch die Sammlung seiner Urteile, deren Anführung fortwährend das Waffenarsenal unsrer Gegner gegen uns bildet (Sehr richtig!), um einen fetten Brocken vermehrt! (Sehr richtig!) Die Münchener werden ihm dafür sicher ganz besonders dankbar sein, namentlich deswegen, weil die Münchener von Haus aus für ein von oben herab absprechendes, hochmütiges und herrschsüchtiges Wesen ein ganz besonderes Faible haben (Sehr gut!), aber lassen wir das mal bei seite. Ich frage Sie: in welchem Ton hat man zu uns gesprochen, „Ich werde das nicht dulden", „Ich werde Euch den Kopf waschen", „Ich hoffe meinen Freunden und meinen Feinden noch manche schwere Stunde zu bereiten", „Ich habe die Massen hinter mir." „Ich werde Abrechnung halten." Ich, ich, ich, ich! Ist das nicht die Sprache eines Diktators? (Große Unruhe, lebhafter Beifall, heftiger Widerspruch und Zischen.) Parteigenossen, lesen Sie einmal die Geschichte der englischen Revolution. So hat der Lordprokurator Cromwell zu den Seinen gesprochen. (Große Unruhe.) Ich meine, nachdem Bebel am allerwenigsten einen von uns geschont hat, mußte das auch einmal gesagt werden. (Zuruf: Es war höchste Zeit!)

Nun hat Bebel, um seine Auffassung, daß Gefahr vorhanden sei, zu belegen, alles vorgeholt, was seit zwölf Jahren je an Meinungsverschiedenheiten vorgekommen ist. Ich kann mir wirklich nicht, schon mit Rücksicht auf Ihre Zeit, die Mühe nehmen, auf alle diese Dinge einzugehen. Zum Teil sind sie entweder längst von früheren Parteitagen erledigt, oder verkehrt dargestellt worden oder sie betreffen ganz unbedeutenden Kleinkram, der bei einer solchen Angelegenheit gar nicht ins Gewicht fallen kann. Ich will also die Ingredienzien dieses politischen Tendenzprozesses nicht weiter untersuchen und nur auf zwei Punkte eingehen. Bebel hat sich auf Vorgänge auf zwei Parteitagen berufen: dem Erfurter 1891 und dem Frankfurter 1894. Ich habe das Protokoll von Erfurt nachgesehen, und habe daraus, da ich ja wünschte eine Richtschnur zu bekommen, um das Parteigewissen richtig zu verstehen und entsprechend zu handeln, ganz besonders die Reden von Bebel nachgelesen. Damals stand ich ja ganz allein an dem Indianerpfahl gebunden, die Geschosse sind von allen Seiten auf mich gefallen, und es hat sich dann das Merkwürdige gezeigt, daß, während man wähnte, ich stände ganz allein, die Zahl derer, die Beifall für meine Reden gehabt haben, immer größer wurde, so daß Bebel schließlich ganz unerbaut davon war und seine äußerste Entrüstung darüber erklärte, daß die Rede Vollmars mehr Beifall gefunden habe „als ich erwartete". Es müsse deshalb konstatiert werden, eine wie große Zahl von Delegierten mit Vollmar einverstanden sei. Klarheit müsse herrschen. Wenn es sich herausstellen sollte, daß die Mehrheit für Vollmar ist, so müsse diese Richtung die Leitung der Geschäfte in die Hand nehmen. Das heißt also, dann dankt er ab. Und dann fügte er hinzu: „Aber dann, wenn Ihr Delegierte heimkommt, dann werdet Ihr die Rebellion zu Hause haben, und ich werde der erste sein, der die Fahne der Rebellion erhebt." (Zuruf von Bebel!) Jawohl, wie immer, wenn die Leute mit Dir nicht einverstanden sind. So steht die Geschichte. Nun kam das Jahr 1894, wo es sich um die bayrische Budgetfrage handelte, sie ist erst später in Lübeck entschieden worden. Erinnern Sie sich, wie Bebel damals für die absolute Verweigerung jedes Budgets eintrat? Es wurde ihm entgegen gehalten, daß unsre Genossen in Hessen einmal in die Lage gekommen seien, für das Budget stimmen zu müssen, weil sonst ein höherer Steuersatz, so wie ihn die Erste Kammer bewilligt hatte, angenommen wäre. Darauf hat Bebel frischweg erwidert: Das hätte mich gar nicht abgehalten, denn dann wäre nicht ich verantwortlich gewesen, sondern die andern. In Lübeck dagegen hat er selbst eingesehen, daß es Ausnahmefälle geben kann. Damals war es gerade der unerwartete Ausfall jener Abstimmung über die Bayernfrage, die Bebel so entrüstete, daß er sofort in eine öffentliche Parteiversammlung in Berlin ging und Anklagen der schwersten Art gegen den Parteitag richtete, von dem er eben erst kam. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, sondern nur eine Stelle aus Bebels Rede in jener Versammlung mitteilen. „Endlich," sagte er, „muß Klarheit geschaffen werden, ob die Partei ferner die alte Fahne weiter trägt oder ob eine neue an ihre Stelle treten soll, auf der die Verleugnung des alten Klassenkampf-Standpunktes und der Opportunismus gegenüber den rückständigsten Elementen entfaltet werden soll." Also genau dasselbe, was wir heute unter ganz andren Umständen wieder bekommen! Weiter hat Bebel gestern erklärt, wir hätten schwere Kämpfe in der Fraktion gehabt, es sei notwendig, daß Remedur geschaffen wird. Gewiß, fast in jeder einzelnen Fraktionssitzung sind verschiedene Meinungen aufgetaucht, es kann auch nicht anders sein, und wenn das verboten werden sollte, so lassen Sie uns doch gleich eine Uniform anschaffen oder besser ein Zwangshemd! (Sehr gut! Heiterkeit und Rufe: Wer will denn das?) Nein, das ist ja der Vorzug, daß jeder sagt, was er denkt; frei im Rat, einig in der That! Und da frage ich Auer, Blos und andre, ob unter dem Socialistengesetz nicht gerade so, ja mehr gestritten ist in der Fraktion als jetzt. Es ist nicht richtig, daß schwerere Kämpfe principieller Art in der Fraktion aufgetaucht sind als früher. Das einzige ist, daß im Laufe der Jahre Bebel öfter in die Minderheit gekommen ist als früher. (Bebel: Das ist kein Grund!) Es müßte denn also das der eigentliche Grund sein, warum die Partei in Gefahren wäre und worüber sich der ganze Streit entsponnen hätte. (Lebhafter Widerspruch.) Daß eine große Fraktion schwerer zu dirigieren, daß da nicht so leicht Einmütigkeit herbeizuführen ist als in einer kleineren Fraktion, wie wir sie früher hatten, das ist ja ganz selbstverständlich. Wenn man die Sache auf eine reine Formel zurückbringen wollte, so müßte die Formel dahin lauten, daß die Partei leider zu groß geworden ist. (Widerspruch und Zustimmung.) Ich bin sehr geneigt, in dieser Größe das zu erblicken, was man unter Gefahr versteht. Gerade Bebel hat es ja früher einmal ausgesprochen, er hat gesagt: „Wir werden jetzt groß. Krethi und Plethi kommt zu uns." Ja, wenn man eine Sekte will, so ist das etwas sehr Schönes und Gutes, aber wenn wir die Welt erobern wollen, so müssen wir Macht bekommen, und Macht bekommen wir nur durch eine große Menge. (Sehr richtig!) Im übrigen welch ein Widerspruch! Auf der einen Seite wird ausgesagt, die sogen. Revisionisten — früher sprach man von Opportunisten, Optimisten und ich weiß nicht was alles für Isten — also die Revisionisten seien eigentlich garnichts. Dann wieder heißt es, man muß sich vor ihnen in acht nehmen, sie könnten die Mehrheit in der Fraktion kriegen. Auf der andern Seite wieder heißt es, die Masse steht dem Revisionismus entgegen. Ja, zum Kuckuck, wer wählt denn die Abgeordneten? Wählt die nicht die Masse? Und wenn die Masse wirklich solchen Schrecken vor den Revisionisten hat, warum wählt sie denn solche Leute? Dann wäre es richtiger, einen Index aufzustellen, auf dem nur die Zehnmalgesiebten enthalten sind, die kandidieren dürfen.

Nun hat Bebel gestern nach einer Einleitung über alle die Schrecken des Revisionismus auch auf den Millerandismus hingewiesen. Er war dann so liebenswürdig, meine Eigenschaften hervorzuheben und zu sagen, daß er mich Millerand gewachsen hält — nebenbei bemerkt, protestiere ich dagegen, ich kenne Millerand, ich weiß, daß ich ihm in den Eigenschaften, auf die es ankommt, nicht gewachsen bin. Bebel hat dann gesagt, ich sei der richtige Millerand für Deutschland. Dafür muß ich mich allerdings bedanken, schon weil die Regierung in Berlin sitzt. (Große Heiterkeit.) Ich weiß mir einen angenehmeren Aufenthalt. (Heiterkeit.) Also Bebel warnt vor dem Millerandismus. Da muß ich Sie doch an die Etatsberatung dieses Jahres im Reichstage erinnern. Der Kanzler brachte da bekanntlich eine Depesche vor, welche vom deutschen Botschafter in Paris ausging, in welcher über eine Unterredung mit Millerand berichtet wird, in der die deutschen Arbeiterschutz-Gesetze sehr günstig beurteilt werden. Bei dieser Gelegenheit hat der Kanzler ausgeführt, es stehe darin, daß leider die französische Bourgeoisie zur Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht geneigt sei. Ich glaube, es war Bebel selbst, jedenfalls aber aus unsren Reihen ertönte der Zwischenruf: „Gerade wie bei uns." Darauf erwiderte der Reichskanzler: „Es ist mir sehr interessant, daß dasselbe Wort von dem Kaiser an den Rand geschrieben ist", und er schloß mit den Worten: „Ich wünsche Ihnen einen Millerand." Nun werden Sie mir doch zugeben, wenn der Millerandismus wirklich so gefährlich für Deutschland wäre, so hätte das Bebel damals in der klarsten Weise vor der ganzen Welt aussprechen und sagen müssen, wie wir darüber denken. Statt dessen hat er wörtlich gesagt: „Ich weiß nicht, ob der Kanzler hat sagen wollen, daß er, wenn jemand bei uns bereit wäre die Rolle eines Millerand zu spielen, geneigt wäre, ihn als Kollegen in das preußische Ministerium zu nehmen." Bebel machte dann eine Pause und erwartete eine Antwort. Diese erfolgte nicht und er fuhr fort: „Nun, ich kann Ihnen nur das eine sagen: wenn dieser deutsche Millerand in ein Ministerium käme — Socialdemokrat müßte er bleiben, sonst würde er von uns gerade so schlecht behandelt, wie die andern Minister". (Hört! hört!) Ich meine, wäre die Gefahr wirklich so groß, wie Bebel meint, so hätte eine entschiedenere Antwort gegeben, dann hätte gesagt werden müssen: daran ist gar nicht zu denken, darüber ist gar nicht zu verhandeln. (Lebhafte Zwischenrufe.) Ja, aber reicht denn Ihr ruhiges Gehör nur für Bebel hin und nicht auch für mich? (Sehr gut!) Aus derselben Rede möchte ich noch eine andre Stelle anführen. Der Kanzler hat damals ein sehr merkwürdiges socialpolitisches Programm zum besten gegeben, dem Sinne nach hat er gesagt: weil die verschiedenen Gesellschaftsklassen ungern Opfer zu Gunsten andrer Gesellschaftsklassen bringen, so ist es Pflicht des Staates und der Monarchie, ausgleichend einzugreifen! Er hat die Arbeiter gewarnt, Dinge zu verlangen, die die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigten oder die Gesellschaftsordnung erschütterten. Gleichzeitig aber hat er auch die Unternehmer aufgefordert, kräftig mitzuwirken, damit die Klassenunterschiede mehr und mehr zusammenschrumpfen und die ärmeren Klassen immer wohlhabender werden, mit andern Worten, er ist für den socialen Aufschwung eingetreten. Ein wunderbares Programm! Bebel citiert es und fährt dann fort: „Ein schönes Programm, Herr Kanzler, und wenn der Kanzler seinen Einfluß benutzen will, um dies Programm zu verwirklichen, dann wären wir Socialdemokraten die besten und treuesten Bundesgenossen." (Hört! hört! Bebel: Ich weiß doch, was ich gesagt habe!) Ich weiß es auch. Wem so etwas im Laufe des parlamentarischen Lebens passiert, der soll nicht an die Reden andrer mit dem Rotstift herangehen! (Sehr wahr!) Hätte ich das gesagt, dann möchte ich mal fragen, wie dann der Deibel losgegangen wäre! (Sehr richtig!) Dann hätten wir ganz andre Diskussionen bekommen, dann wäre der Klassenkampfstandpunkt nicht vermindert und abgestumpft, sondern schon verraten gewesen. (Sehr wahr!) Bebel liebt leider in seiner Polemik auch das Mittel, das Lob der Gegner einem auf sein Conto zu schreiben. Er sagt zwar, wie er es auch gestern gethan hat, Vollmar und Konsorten sind daran ganz unschuldig, aber er verliest doch das Lob und ruft dadurch einen gewissen Eindruck hervor. Es wäre besser, Bebel wäre gegen Lob und gegen Tadel der Gegner so abgestumpft, wie ich es bin, und würde nicht Aeußerungen so gleichgültiger Art, wie er sie aus der „Frankf. Zeitung" vorgetragen hat, eine so außerordentliche Bedeutung beimessen. Er hat gestern gesagt: wie kommt es denn, daß gerade Vollmar

und seine Freunde in der gegnerischen Presse gelobt werden, ich werde nicht gelobt! (Bebel: So habe ich das nicht gesagt.) Wer z. B. die Wählerversammlungen bei uns in Bayern kennt, der wird wissen, daß Bebel für unsre Gegner der Mustersocialdemokrat ist (Zustimmung), der, wenn ein Streit entsteht, immer gelobt wird als der ehrliche und aufrichtige Mann.

Uebrigens, weil er ein Lob gegen mich vorgelesen hat, möchte ich ihm nur zwei Zeilen aus einem Lobe der allerletzten Zeit vorführen. Denn er hat uns gestern geraten, wir sollten mit einem Donnerwetter dreinfahren und sagen, wir verbitten uns ein solches Lob. Vor etwa acht Tagen hat im Berliner „Tag" ein Artikel über den Parteitag gestanden, der ein einziger Lobeshymnus auf Bebel war. Es wird da gesprochen von Bebel, „dessen wilder Fanatismus den Pöbel und den Aestheten gleich entzücken muß, der nicht einer Revolution von Undankbaren zum Opfer fallen darf, die sein Arm in die Höhe gehoben hat." (Hört! hört! Bebel ruft: Das ist ein Lob!) Darüber ist gar nicht zu reden. (Bebel: Ein Skandal ist es.) Also wir sind die Undankbaren, die Dein Arm in die Höhe gehoben hat, und Du bist der, der das Entzücken des Pöbels und der Aestheten hervorruft! Mir wäre es nicht im Traume eingefallen, das anzuführen, wenn nicht Bebel schon seit längerer Zeit auf das schriftliche Lob der Gegner hingewiesen hätte. Wenn er das Lob in der gegnerischen Presse aber verabscheut, dann müssen auch wir alle protestieren gegen den widerwärtigen Byzantinismus in der eignen Parteipresse. Lesen Sie nur einmal den skandalösen Artikel in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung": Bebels Tag. (Bebel: Sehr richtig! Den habe ich aufs schärfste verurteilt!) Aber Du hast es hier nicht gesagt. (Bebel: Das kann ich nachholen; ich habe es zu verschiedenen meiner Freunde gesagt.) Ja, aber ich konnte es nicht wissen; mich rechnest Du dabei nicht zu Deinen Freunden.

Nun, Genossen, zu einem andern Punkt. Bebel wirft den Revisionisten Schädigung der Partei vor. Oh ja, die Partei wird geschädigt. Nur frage ich Sie, kann es etwas Aergeres für die Partei geben, als wenn man den drei Millionen socialdemokratischer Wähler, die uns ohne Unterschied der Person und ohne Unterschied der sonstigen Meinung ihre Stimme gegeben haben, weil sie uns im gemeinsamen Kampfe für gemeinsame Interessen gefunden haben — kann es, sage ich, etwas Schlimmeres geben, als wenn man diesen drei Millionen plötzlich zuruft, daß wir bisher ein gegenseitiges Komödienspiel getrieben haben, das nun zu Ende gehen müsse? (Zustimmung und Widerspruch.) Vielleicht hat Bebel einen andren Sinn damit verknüpft, aber er hat ja andren gesagt, wenn man einen Artikel schreibe, so müsse man genau wissen, daß kein Mißverständnis darüber entstehen kann. Welche Vorstellung müssen die Wähler gewinnen von einer Partei, auf die sie ihr ganzes Vertrauen gesetzt haben, von der sie die Erlösung aus wirtschaftlicher, socialer und politischer Unterdrückung erhoffen und deren Führer ihnen dann in einer häßlichen Fratze gezeigt werden! Denn die Gegner kennen natürlich nicht das Temperament Bebels, sie wissen nicht, daß er manchmal plötzlich etwas sagt, wovon sein Herz nichts weiß. Wo und wann ist ein derartiges Komödienspiel verübt worden? Ich kann ja den Reichstagsverhandlungen leider nicht so viel beiwohnen, wie ich möchte, weil ich im Landtag bin, aber das muß ich doch sagen: ich habe von solchem Komödienspiel niemals etwas gesehen, und ich möchte hoffen, daß auch andre nicht etwa fühlen, daß sie ein derartiges Komödienspiel ihrerseits ausgeübt haben. Welchen Sinn kann ein solches Wort haben, welcher Sinn muß ihm beigelegt werden? Doch nur der, daß es Leute giebt in der Partei, die sich mit dem Plan tragen, durch die Unschädlichmachung von Kollegen, die ihnen im Augenblick unbequem sind, die Alleinherrschaft ihrer speciellen Auffassung, die sie für die Auffassung der Partei und für die richtige halten, zu proklamieren, die aber so lange nicht damit herausgerückt sind, als sie meinten, daß die Gelegenheit nicht günstig sei (Sehr gut!), die so lange nichts davon verraten, sondern den Glauben haben aufkommen lassen, daß wir alle Brüder sind, die aber dann plötzlich im gegebenen Moment die Maske abwerfen und über uns herfallen. Ich sage nicht, daß das die Auffassung ist, aber was kann man sich draußen im Lande anders für eine Vorstellung von dem Wort machen? Und weil dem so ist, protestiere ich auf das allerentschiedenste gegen diesen Ausdruck und sage, daß er ein Schaden ist — natürlich gegen den Willen Bebels — wie er seit lange schwerer der Partei nicht zugefügt ist. (Zustimmung und Widerspruch.) Wenn es eine Gefahr in der Partei giebt — ich glaube nicht an eine solche —, so besteht sie lediglich darin, wenn Leute glauben, ihre eigne Ansicht um jeden Preis durchsetzen zu müssen, wenn sie eigensinnig auf dieser Ansicht beharren, wenn sie streitsüchtig sind, wenn sie suchen, autoritär zu wirken nicht bloß durch die Mittel der Ueberzeugung, von andern Dingen gar nicht zu sprechen. Ich hätte nämlich gute Lust, auf Dinge, die außerhalb der hier Anwesenden, aber innerhalb der Partei geschehen sind, einzugehen. Das sind die Drohungen mit der Gewalt, die immer noch nicht ausgestorben sind, und die um so thörichter sind, wenn sie in einer Zeit fallen, wo immerhin die Gefahr bestand. Ich meine jenen blöden Artikel „Auf des Messers Schneide" aus der Zeit des Obstruktionsfeldzuges. Aber ich gehe darauf nicht ein.

Nun spielt auch Kautsky in diesem Drama eine Rolle, ich betrachte bei der ganzen Geschichte nicht Bebel, sondern Kautsky als die Hauptperson, vor allem weil er den Vorteil für sich hat, konsequenter zu sein. Kautsky ist der Fanatiker der Theorie, der Partei gewordene deutsche Professor (Heiterkeit), der lieber die Welt und womöglich die Partei zu Grunde gehen läßt, als daß er aus seinem schönen Lehrgebäude auch nur einen Spahn herauszieht. (Zustimmung und Widerspruch. Ruf: Das ist ja Unsinn!) Damit überzeugen Sie mich nicht. Ich werde Beweise liefern.

Kautsky hat uns oft gezeigt, was er von der Denk- und Meinungsfreiheit in der Partei denkt. Er hat einmal in dem famosen Artikel gegen Bernstein: „Der Rückzug der Zehntausend" gesagt: „Dieselben Forderungen, die wir an den Staat in Bezug auf Denkfreiheit und dergleichen stellen, auch an die Partei richten zu wollen, ist lächerlich." (Hört! hört!) Die „Neue Zeit", sagte er — ich glaube, es war in Lübeck — ist nicht dazu da, um die verschiedenen in der Partei vorhandenen Meinungen und Gedankenrichtungen sich produzieren, sich geistig messen zu lassen, sondern sie hat die Einheitlichkeit der Partei zu verfechten. Die Einheitlichkeit der Partei, das heißt die Alleinherrschaft seiner Meinung. (Sehr richtig! Lebhafter Widerspruch. Kautsky ruft: Davon steht nichts drin. Fortgesetzte Unterbrechungen.) Ich werde ruhig abwarten, bis Sie zeigen, daß wenigstens hier noch ein ganz klein wenig Meinungsfreiheit ist. Ich denke, wenn Ihr Bebel angehört habt, dann habt Ihr auch die verdammte Pflicht, mich anzuhören. (Lebhafte Zustimmung.) Denn sonst sähe es so aus, als ob Ihr terrorisieren wolltet. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Singer: Ich habe wiederholt gebeten, die Zurufe zu unterlassen, weil ich ganz genau weiß, daß daraus nachher erregte Scenen sich ergeben. Im übrigen möchte ich betonen, daß die Mahnung nach beiden Seiten hin recht nötig ist. (Zustimmung.)

v. Vollmar (fortfahrend):

Also die Einheitlichkeit der Partei, das heißt, seine eigne wissenschaftliche als allein berechtigt aufgefaßte Meinung! Darum dreht es sich. Kautsky hat ausdrücklich einmal das Wort gebraucht, daß die neue Methode — das ist das, was man jetzt Revisionismus nennt und was alle Jahre anders heißt — eine Auflehnung sei. Diese Auflehnung niederzuwerfen, die reine echte Glaubenseinheit in der Partei herzustellen, darauf ist seit Jahren der Sinn Kautskys gerichtet und er hat schon wiederholt auf Parteitagen gemeint, jetzt sei es soweit, daß es dahin käme, wo er wolle. Bisher allerdings vergeblich. Nun glaubt er, die Gelegenheit ist jetzt günstig. Er sagt sich, die Stimmung der Partei gegen Ede, den ewigen Unruhestifter, ist genügend verbittert, jetzt oder nie; jetzt ist die Gelegenheit da. Er hat ja schon früher privatim gesagt, daß er Ede nicht mehr als Genossen ansieht. (Widerspruch.) Und da es Leute giebt, die so verworfen sind, daß sie Bernstein, seinem wissenschaftlichen Widersacher, nicht ohne weiteres in allem verdammen, daß sie manches von ihm — soweit es mich betrifft, ziemlich selten — wenn nicht für richtig, so doch für beherzigenswert halten, während sie sich in anderem nicht einverstanden erklären, — der Mythe muß doch ein Ende gemacht werden, als habe man Bernstein zugejubelt, als sei er, wie gestern Bebel sagte, wie ein neuer Messias angesehen worden. (Bebel: Von Dir nicht, dazu bist Du zu kalt!) Das freut mich, aber warum spricht Ihr denn immer von den Revisionisten, Ihr wollt doch auch mich darunter verstehen. (Bebel: Gewiß, Du bist das Haupt.) Ich weiß, daß Heine Bernstein entschieden bekämpft hat. Er hat einen Artikel gegen sein Buch geschrieben. Also mit diesen Dingen bleibt uns hübsch vom Halse. Ich habe ein oder zweimal über Bernstein gesprochen. Einmal auf dem Hannoverschen Parteitag, und zweitens in einer Versammlung in München nach Lübeck, und wer sich jener Reden erinnert, der wird genau wissen, daß es mir gar nicht eingefallen ist, ihm zuzujubeln, sondern daß ich sehr viel an seinen Anschauungen auszusetzen hatte. Nun habe ich mich auf das entschiedenste dagegen verwahrt, daß man ihm so in die Waden fährt.

Kautsky und diejenigen, die ihm gleich denken, glauben, man könne die „Revisionisten" gleich mit Bernstein zusammen in einem Prozeß abthun. Kautsky hat sich lange bemüht, eine Formel zu finden, worin denn eigentlich das Verbrechen des Revisionismus bestehe. Er hat in drei Artikeln — ich glaube zwei in der „Neuen Zeit" und einen in einer Beilage der „Leipziger Volkszeitung" — dies Verbrechen folgendermaßen charakterisiert: „Die neue Taktik besteht also darin, daß sich die Socialdemokratie zum Mitglied einer Majorität machen will." Die Revisionisten wollten eine Anlehnung an bürgerliche Parteien u.s.w. An einer andren Stelle: „Die Revisionisten sagen, daß die Partei sich bequemen müsse, sich mit den benachbarten Parteien zu vereinigen, um mit ihnen zusammen eine regierungsfähige Mehrheit zu kriegen." An einer andren Stelle: „Die Revisionisten haben die Einbildung, die liberale Bourgeoisie werde uns die Kämpfe für die primitivsten Rechte des Proletariats abnehmen, indem sie, die Bourgeoisie, in einem großen Aufschwunge zum Siege gelange." Das sei ein Aufgeben des Klassenkampfes, quod erat demonstrandum. Ja, Parteigenossen, das wäre es, und mich hat es gefreut, daß endlich diese Formel so rein gefunden worden ist, weil man hier aus den Allgemeinheiten heraus zu etwas Greifbarem kommt. Nun frage ich Sie und bitte um eine Antwort darauf: Wo und von wem ist irgend einer dieser Grundsätze, die hier stehen, in Deutschland und für Deutschland befürwortet worden? In meiner Münchener Rede habe ich über die bürgerliche Linke gesagt: „Praktisch ist die Lage heute die, daß für den bürgerlichen Liberalismus mit diesen Wahlen die letzte Möglichkeit auf Zurückgewinnung des verlorenen Einflusses vorüber ist. (Hört! hört!) Das soll nicht heißen, daß für die wirklich freigesinnten Elemente des Bürgertums, soweit dieselben nicht bereits in das Lager der Socialdemokratie übergegangen sind oder noch weiter übergehen, gar keine Aufgaben mehr vorhanden wären." Und uns Socialdemokraten könnte es nur freuen, wenn jene (die wirklich freigesinnten Elemente des Bürgertums) sich aufraffen und wenigstens im Kampfe gegen die Reaktion auf politischem und geistigem Gebiete mit uns wetteifern würden; aber im übrigen müßten sie sich klarmachen, daß die Dinge sich in Deutschland offenbar ähnlich wie in Belgien abspielen würden und daß der Vorkampf der Opposition fortan der Socialdemokratie gehört, an deren Seite und unter deren Führung die Linksliberalen zu handeln haben würden.

Bebel hat ja auch ausdrücklich gesagt, daß er sowohl mit meinen taktischen Folgerungen, als mit der Kritik der Parteien einverstanden sei. Das ist das einzige, was ich über diese Frage jemals geäußert habe. Ich wiederhole die Forderung, daß man, wenn man uns beide einen politischen Tendenzprozeß schlimmster Art macht (Sehr richtig! und große Unruhe), uns wenigstens die Beweise dafür beibringt.

Ebenso unglaublich wie das, was Kautsky nach dieser Richtung geleistet hat, sind die Ideen, die er über das fernere Vorgehen innerhalb der Partei geäußert hat; schon vor einem und zwei Jahren und jetzt noch zuletzt. Zuletzt hat er sich dahin geäußert, die Kritik müsse für eine Zeit zurückgedämmt werden, das Anzweifeln der augenblicklich herrschenden Meinung, der Taktik müsse aufhören. (Große Unruhe. Hört! hört!) Das „Anzweifeln!" — wirklich dies Wort! Ich habe es mir gemerkt, weil es mich an die Religionsstunde in der Jugend erinnert hat. (Zuruf: Ist das wörtlich? Große Unruhe.) „Das Anzweifeln muß zurückgestellt werden!" Suche Dir selber die Stelle heraus! (Bebel: Aha! Zuruf: „Zurückgestellt" steht da!) Also das ist es: Die Meinungsfreiheit ist nicht verboten, sondern vertagt! (Sehr gut! Heiterkeit und fortdauernde Unruhe.) Die Kritik wird nicht verboten, aber für eine Zeitlang eingestellt! (Zuruf: Zurückgestellt!) — Das ist, so weit ich deutsch verstehe, dasselbe! — Ja, das können Sie beim Papst und in der katholischen Kirche auch haben. (Vielfache Rufe: Sehr gut! und Unruhe.) Da wird auch die Bibelkritik solange eingestellt, bis der Papst eine Kommission einsetzt, die die Sache untersucht, dann kann auch kritisiert werden, bis das neue Dogma festgestellt wird nach einer andren Richtung.

Nein, Parteigenossen! Das Recht der Meinungsfreiheit, der Kritik existiert ganz oder überhaupt nicht (Sehr richtig!), es existiert ohne Vorbehalt oder gar nicht. Auch die Denkfreiheit und Lehrfreiheit des heutigen Staates steht auf dem Papier, aber in der Praxis muß sie mit Anstand geübt werden, da darf kein öffentliches Aergernis erregt werden! (Unruhe.) Nein, so haben wir nicht gewettet und es ist einfach beschämend, daß eine solche Ansicht in Bezug auf die Socialdemokratie nicht nur ausgesprochen, sondern auch nur gedacht ist! (Sehr richtig!) Denn wenn es eine Wesensgrundlage, eine Lebenswurzel der Socialdemokratie giebt, ist es die absolute Freiheit des Denkens, des Forschens, der Untersuchung der Grundsätze, der Ziele, der Taktik nach jeder Richtung! Wer da auch nur die geringste Einschränkung machen will, wer das auf ein, zwei Jahre, auf sechs Wochen einschränken will, der will die Partei aus einer großen Kulturbewegung zu einer Kirche, zu einer Sekte machen! (Sehr gut!) Mir ist es nicht zweifelhaft, daß eine Bewegung von der Größe der socialdemokratischen auch dann noch eine Zeitlang äußerlich sehr imposant dastehen würde. Ja, sie würde vielleicht in den Augen der Gegner noch imposanter sein, weil sie komplett, uniformiert einer Meinung wäre. Aber die notwendige Folge wäre die Verknöcherung der Partei (Sehr richtig!), die Absperrung jedes frischen Luftzuges und dadurch der weiteren Entwicklungsmöglichkeit. Dann wäre es das allerbeste, daß man aus unsrem Namen das Wort „demokratisch" striche (Bebel: Jawohl, wenn es dahin käme!) und man darauf verzichtete, selbständige, freie, mit warmem Blut begabte Menschen bei sich zu sehen. (Bebel: Du siehst selbstgeschaffene Gespenster!) — So? Das ist ein Gespenst?

Singer (unterbrechend): Ich bitte, die Zwiegespräche zu unterlassen! (Zuruf: Sag's Bebel!)

Vollmar (fortfahrend):

Das sage ich Ihnen: wenn man mir einen Maulkorb zumutet, dann ist es mir ziemlich gleichgültig, ob es ein polizeilicher, ein kirchlicher oder ein sogenannter demokratischer Maulkorb ist. (Beifall und Zischen.) Das wäre mir wahrlich der Mühe wert, mein Leben einzusetzen und zu kämpfen (Bebel: Leben einzusetzen? Wo?!) — mein Leben einzusetzen (Bebel: Wo?!) — opferst Du (zu Bebel) Dein Leben nicht der Partei, stellst Du Dein Leben nicht in den Dienst der Partei? (Bebel: Davon rede ich ja gar nicht!) Glaubst Du, das thun andre nicht auch? — Nein, sein ganzes Sein einzusetzen und zu kämpfen, alte Autoritäten umzustürzen, um einen neuen Götzen an ihre Stelle zu setzen, dazu wären nur Fanatiker bereit zu finden! (Bebel: Sehr richtig!) Wenn eine solche Gefahr auch nur entfernt auftaucht, muß sie genau bezeichnet werden, und eine Partei, die nicht nur eine wissenschaftliche, sondern auch eine politische ist, wird sicher in derartigen Dingen nicht mitthun.

Damit komme ich zu der Resolution. Ueber den ersten Punkt habe ich gar nichts zu sagen. In dem Augenblick, wo die Partei entschieden hat, was sie bereits gethan hat, ist die Sache erledigt. Darüber ist also gar nicht zu reden. Ich bin vollkommen einverstanden.

Absatz 2: „Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen." — „Schon indem ich dieses niederschreibe" — wie es im „Faust" heißt. Was heißt: „revisionistische Bestrebungen"? Mit solchen vagen Begriffen ist gar nichts anzufangen. Ich habe mich sicherlich weder jemals als einen Bernsteinianer noch einen Bebelianer bezeichnet, ich habe mich auch noch nie einen Marxisten genannt; ich habe keine Neigung und Talent zu solchen „ismen" und „anern". Mir genügt vollkommen, daß ich Socialdemokrat bin. (Sehr gut!) Ich habe mich auch nie einen Opportunisten oder etwas ähnliches genannt. Ich halte also diesen Ausdruck für etwas Verkehrtes. Der Ausdruck ist nichts, wie überhaupt die folgenden Sätze ein Popanz sind, eine Sache, die sich der Verfasser zurecht gemacht hat, um auf sie schlagen zu können. Was sagt er? „. . . die revisionistischen Bestrebungen, unsre bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt."

Wann habe ich oder einer meiner Freunde jemals eine derartige Forderung vertreten? In meiner Rede ist auf das allerdeutlichste von der Eroberung der politischen Gewalt durch die Socialdemokratie die Rede.

Dann heißt es weiter: „Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre" usw. Ja: „Wäre!" Ich will für solche „Wenn" und „Aber" kein triviales Sprichwort anführen; wenn eben solche Taktik vorhanden wäre, so müßte natürlich die Folge eine sehr kräftige sein.

Schließlich kommt der Satz: „Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern." Das ist schon ein Rückzug gegenüber jenen Aeußerungen, die ich Ihnen aus Kautskyschen Schriften vorgetragen habe. Aber ich frage hier wieder: Wer hat diese Forderung erhoben? Wenn Bebel gesagt hat: „Dich habe ich nicht verdächtigt, daß Du Ede zugejubelt hast" (Zuruf Bebels.) — Du hast darauf gesagt: „Dazu bist Du viel zu kühl!" Also, nicht wahr: ich habe ihm nicht zugejubelt. Aber man kann sich hier nicht gegen Schemen wenden, sondern man müßte Personen hervorziehen und sagen: „Du hast das und das gesagt!" und es tadeln. Aber so halte ich diese drei Absätze für außerordentlich verkehrt, weil ich niemand weiß — jedenfalls bin ich's nicht —, der jemals etwas von dem hier Behaupteten vertreten hätte, weil ich nicht weiß, daß der Revisionismus darin besteht, daß diese Forderungen vertreten werden. (Sehr richtig!) Wenn ich ein Aesthetiker wäre, so müßte ich von dieser Resolution wegen ihrer Schönheitsfehler sagen: „Absolut unannehmbar", aber im praktischen politischen Leben urteile ich nicht nach ästhetischen Grundsätzen, sondern einfach nach dem gesunden Menschenverstand und da sage ich: ich halte die Sätze für falsch, vor allem mindestens die zweimalige Wiederholung des Wortes „Revisionismus", weil Sie, indem Sie dies Wort mit bestimmten Begriffen verbinden, damit aussprechen, daß sie unter Revisionismus etwas verstehen, was nicht richtig ist. Wären die Worte weg, würde es insofern klüger und vernünftiger sein, weil dann bestimmte Dinge verurteilt sind, von denen man annimmt, dieser oder jener habe sie — vielleicht in seinem Herzkämmerlein — begraben. Indessen mag ich nicht über Worte streiten. Ich halte es ganz einfach für falsch. Wenn es aber der Partei oder einer großen Menge der Parteigenossen eine Beruhigung gewähren kann, Grundsätze, die ich als existent gegenwärtig gar nicht kenne, von denen die Verfasser oder die Partei aber annehmen, daß sie vielleicht irgendwann einmal zum Vorschein kommen könnten, von vornherein zu verurteilen und ihnen einen Riegel vorzuschieben, so habe ich nichts dagegen einzuwenden. (Hört! hört!) Ich glaube, nach den Grundsätzen der parlamentarischen Interpretation wird niemand dagegen etwas einzuwenden haben.

Im letzten Satz gefällt mir allerdings die Resolution gar nicht. Die Verfasser der Resolution scheinen so außerordentlich geschäftig gewesen zu sein, Begriffsbestimmungen für den Revisionismus, die sich überhaupt nicht finden lassen, zu finden, daß ihnen da, wo für die Partei das wichtigste Stück gekommen ist, die Kraft ausgegangen ist, denn anders kann ich mir es nicht vorstellen, daß der ganze Absatz derart wortreich, aber inhaltsarm gediehen ist. Mir, einem bösen „Gemäßigten" (Heiterkeit), ist dieser Absatz nicht radikal genug. (Sehr gut! Heiterkeit.) Besonders stört mich, daß, nachdem man einen großen principiellen Anlauf genommen, man nichts andres zu sagen weiß, als: die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten", das blasseste Wort, das überhaupt zu denken ist, das wir unter dem Socialistengesetz angewendet haben, wenn wir die Auflösung einer Versammlung befürchtet haben. Ich weiß ja nicht, welche Amendements etwa während meiner Redezeit eingereicht sind, aber hier müßten doch die specielleren Aufgaben der socialpolitischen Gesetzgebung hineingeschrieben werden.

Noch eins. Bebel that eben erstaunt darüber, daß ich auf einmal radikal sei. (Bebel: Ganz mißverstanden!) So? (Bebel: Du wärest ja dann nur, was Du früher warst!) Im Französischen giebt es ein Sprichwort: „On est toujours le réactionnaire de quelqu'un." Es giebt immer einen Menschen, der noch radikaler oder noch konservativer ist, und keiner soll sich einbilden, daß er innerhalb einer Partei auf der äußersten Rechten oder auf der äußersten Linken steht. Man kann in Bezug auf verschiedene Gesetze sehr verschiedener Meinung sein. Ich hole hier etwas nach, was mir Bebel und die Fraktion bestätigen wird. Man kann merkwürdigerweise keine Gelegenheit nennen, wo im Reichstage in der praktischen Politik die sog. Revisionisten — d. h. diejenigen, die man tax- und stempelfrei dazu ernannt hat — auf der einen Seite, die „Radikalen" auf der andern Seite gestanden hätten (Hört! hört!), sondern stets war eine Mischung vorhanden. Bebel wird mir bestätigen, daß mehr als einmal Bebel und ich einer Meinung gewesen sind gegenüber Links oder Rechts. (Vielfache Rufe: Hört! hört!) Da können Sie sehen, daß der Revisionismus nichts als Popanz ist.

Merkwürdig ist auch, wenn man jemandem wie Kautsky, der andre als Opportunisten bezeichnet, plötzlich auf den Pfaden des Hyperopportunismus begegnet. In einem seiner letzten Artikel in der „Neuen Zeit" widerrät er, für eine Neueinteilung der Reichstags-Wahlkreise einzutreten, weil sonst das Wahlrecht in Gefahr kommen kann. (Hört! hört!) Wir stellen in allen Wahlversammlungen das jetzige Unrecht der Wahlkreiseinteilung als einen Schimpf und eine Schande hin und haben die Aenderung dieser Einteilung im Reichstage immer und immer wieder beantragt; wir würden jetzt geradezu unser Recht aufgeben, wenn wir, wo wir im Reichstage unsre neue Macht zeigen wollen, auf einmal diese Forderung ganz in die Tasche stecken wollten. (Bebel ruft: Selbstverständlich kann davon gar keine Rede sein.) Aber vorgeschlagen hat er es. (Bebel: Ich stimme Dir bei.) Es ist doch bezeichnend, daß Leute, die hinter jeder Aeußerung von uns ein Abschwächen der Gegensätze sehen, uns angesichts unsrer neuen Machtstellung solche Vorschläge machen. (Sehr gut!)

Ich bin am Ende. Wenn Sie ein allgemeines Urteil aussprechen wollen über das Ding, das Ihnen nicht gefällt und das Sie Revisionismus nennen, und zwar mit Begriffsbestimmungen, die ich als unzutreffend erkenne, so ist das eine Sache für sich. Wenn Sie aber eine sachliche Erledigung wollen, wenn Sie solche Grundsätze, die Ihnen verderblich erscheinen und die ich ebenfalls für verderblich halte, als nicht berechtigt erklären wollen, dann ist die Sache sachlich erledigt.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Anders natürlich wäre es, wenn es Ihnen um persönliche Zwecke zu thun sein sollte. Ich unterstelle nicht mit einem einzigen Worte den Verfassern der Resolution — ich gebe Ihnen mein Wort darauf — daß sie derartige Zwecke verfolgen. Das geht nicht aus der Resolution hervor und darf infolge dessen nicht hineininterpretiert werden. Aber das eine muß ich sagen: in den Tagen, die jetzt vorangegangen sind, von dem ersten Moment meines Eintretens in diesen Saal, ist mir von verschiedenen Seiten gesagt worden, es gehe die Absicht dahin, die Sätze derartig zu fassen, daß sie bestimmten Personen unannehmbar würden. (Hört! hört! Große Unruhe und lebhafte Zurufe.) Darf man denn nicht mehr sagen, was man im Saale hört! Eine ganze Reihe von Genossen hat das direkt gehört und uns gesagt. Um so besser, wenn es nicht richtig ist! Denn wenn es richtig wäre, so wäre es ja ganz offenbar, daß es sich da nicht mehr um eine sachliche Entscheidung handelte, sondern um den Versuch, bestimmte Personen, die einem unbequem sind, hinauszudrängen. (Sehr richtig! Unruhe.) Wer das wollte, müßte dann ja auch gleich die Konsequenzen ziehen und Namen nennen, er müßte sagen, die und die Personen sind angeklagt, dann wäre diesen die Wahl gestellt, sich zu unterwerfen oder das Lokal zu verlassen. Das wäre die richtigste Konsequenz. Dann wüßte man im deutschen Lande, worum es denen, die etwa solche Absichten haben sollten, zu thun ist, dann wäre der Nebel geschwunden, man stände vor dem Abgrunde und könnte sich entscheiden.

Nun vermag ich in der Resolution eine derartige Absicht nicht zu entdecken. Ich nehme vielmehr bestimmt an, daß sie nicht darin enthalten ist. Ich kann mir gar nicht denken, daß sie darin enthalten wäre. Denn ich habe ja bereits erklärt, daß ich die Bestrebungen, die darin als bösartig erklärt werden, selbst für verwerflich halte. Wenn dem also so ist, dann habe ich nichts weiter hinzuzufügen und komme zum Schluß.

Das ist meine Auffassung. Ich bin z. B. der Meinung, daß ein großer Teil der Unzufriedenheit daher rührt, daß Genossen, die man früher kaum gekannt hat, plötzlich über Nacht sozusagen in Ehrensitze gekommen sind; eine Ansicht, die ich bei aller Achtung vor den betreffenden Personen vollkommen teilen kann, weil die Genossen sich mit Recht sagen: bevor einer die Offiziersepauletten bekommt, soll er den gewöhnlichen Truppendienst durchmachen (Zustimmung), wobei ihnen allerdings entgegengehalten werden kann: Ja, zum Kuckuck, warum stellt ihr denn solche Leute als Kandidaten auf? (Vielfache Zustimmung.) So hat einer unsrer ältesten Wahlkreise in Sachsen eine solche Aufstellung vorgenommen. Ja, wenn die Unzufriedenheit vorhanden ist, trifft das zum größten Teil eben jene organisierten Parteikreise, die derartige Dinge gemacht haben. In meiner Weltabgeschiedenheit da oben in den bayrischen Bergen habe ich mir das auch ganz gut vorstellen können, namentlich als ich die Berliner Versammlungsreden gelesen habe. Ich sagte mir: es sind da eine Anzahl von Unzufriedenheiten vorhanden, die sich gesammelt haben, das hat sich allmählich gespannt und eine Explosion gefordert. Wie es bei solchen Explosionen ist, wo die dünnste Stelle ist, da bricht der Kessel durch. Deshalb haben wir die großen Debatten bekommen. Jetzt erscheint es vielen wegen Dingen, die früher als einzelne gar nicht so schlimm erschienen wären, als ob die Partei in Gefahr wäre. Nachdem wir uns darüber ausgesprochen haben werden, sollte der Parteitag zu der Ueberzeugung kommen, daß dem nicht so ist, daß die Dinge von beiden Seiten aufgebauscht worden sind. Ich leugne nicht, daß von beiden Seiten, auch von mir, Fehler gemacht worden sind — ich bin nicht so, daß ich unter allen Umständen recht haben will. (Bebel: Willst Du mir das sagen?) Nein, ich bin weit entfernt! (Große Heiterkeit.) Ich will sagen, daß, wenn die Resolution — nicht ganz in der vorliegenden Gestalt — angenommen wird, alles gethan ist, was zur Beruhigung und Klärung gewünscht werden konnte, und daß der Zweck damit erfüllt ist. Ich glaube weiter, daß der Parteitag finden wird — und ich sage im Gegensatz zu dem, was gestern Bebel ausgeführt hat — daß zu keiner Zeit in der Partei weniger Anlaß zu einem wirklichen principiellen Streit gewesen ist, als gerade jetzt, daß nach meiner Auffassung und Beobachtung die Einheit und Einheitlichkeit in der Partei in Wahrheit nicht geringer, sondern größer geworden ist als früher. (Zustimmung und Widerspruch.) Angesichts der Aufgaben, die jetzt in höherem Maße als je an uns herantreten, ist es höchste Zeit, diesem thörichten Brudergezänk Einhalt zu thun. (Sehr wahr!) Wir haben eine Aufgabe vor uns, die alle Kräfte erfordert, eine Aufgabe, für die wir nie zuviel Kräfte haben können. Jede dieser Kräfte kann an ihrer Stelle das Richtige wirken. Bebel hat Ihnen gestern erzählt, daß unser Verkehr, unsre persönliche Achtung nicht gelitten hat. Jeder kann eben nach seiner Auffassung der Partei dienen; man dient, wie es in der Bibel heißt, Gott auf die verschiedenste Weise. Man kann in Industrie-Orten der Partei anders dienen als in bäuerlichen Bezirken, im Süden anders als im Norden. Im ganzen ist es vollkommen ein und dieselbe Sache. Ich sollte meinen — ich persönlich bin davon wirklich sehr wenig betroffen —, daß wir alle diese Kräfte redlich gebrauchen könnten und uns nur bestreben müssen, daß diese verschiedenartigen Kräfte nicht einander zuwiderwirken, sondern zusammenwirken, jeder an seinem Platz. Ich meine, der Parteitag wird nach dieser unerquicklichen, aber notwendig gewordenen Aussprache die richtige Entscheidung zu finden wissen, indem er jeden etwa noch auftauchenden Versuch zurückweist, anstatt auf sachliche Weise auf persönliche, verletzende oder vergewaltigende Weise etwas unternehmen zu wollen — was ich niemand imputiere. Er wird das Richtige finden, indem er jeden Genossen und indem er die Führer von links und rechts auf ihre Posten zurückweist, auf den Posten vor dem Feind zum gemeinsamen Kampf! (Lebhafter Beifall.)

Singer teilt mit, daß noch ein Amendement zur Resolution 130 eingelaufen sei, das als Drucksache 143*) verteilt werde.

Es liegt der Antrag vor, die Redezeit nunmehr auf 10 Minuten festzusetzen.

Neuber-Solingen spricht für diesen Antrag. Wir haben das pro und contra ausführlich gehört. Es muß allen Genossen die Möglichkeit geschaffen werden, hier auszusprechen, wie ihre Wahlkreise denken. Das ist nur durch Beschränkung der Redezeit möglich.

Kolb-Karlsruhe wendet sich gegen den Antrag. Es fehlte gerade noch, daß uns jetzt die Möglichkeit verschränkt würde, frei auszusprechen, was wir denken, nachdem man uns so lange Zeit vorgeworfen hat, wir hielten damit zurück. Von den vier Tagen, die der Parteitag zusammen ist, hat Bebel bisher allein für sich anderthalb Tage in Anspruch genommen. Wir bleiben da und setzen uns auseinander. Es scheint die Meinung vorhanden zu sein, der Parteitag sei bloß für die Berliner Parteigenossen da. (Lebhafter Widerspruch. Rufe: Wir sind ja gegen den Antrag! Große Unruhe.)

Singer: Der Parteitag ist um sich selber da. (Bravo!)

Der Antrag auf Zehnminuten-Redezeit wird abgelehnt.

Singer bittet wiederholt um Ruhe, die fortwährenden Störungen aus den Reihen der Mitglieder des Parteitages verhindern ein weiteres Verhandeln.

Ledebour (zur Geschäftsordnung): Angesichts des eben gefaßten Beschlusses kann es nicht zweifelhaft sein, daß wir in dieser Woche nicht fertig werden. Es ist notwendig, jetzt sofort uns darüber schlüssig zu werden, ob wir unsre Verhandlungen in der nächsten Woche fortsetzen wollen, damit die Delegierten ihre Dispositionen treffen können. Ich stelle den Antrag, zu beschließen, die Verhandlungen nach Ablauf dieser Woche am Montag fortzusetzen. Wann wir sie schließen wollen, darüber können wir uns am Montag schlüssig werden. Genosse Kolb irrt, wenn er annahm, daß die Berliner Genossen für die Zehnminuten-Redezeit gewesen sind —

Singer: Aber die Sache ist ja erledigt, der Antrag ist abgelehnt.

Ledebour: Wir wünschen eine gründliche Aussprache, und die wird nicht einmal bis Sonnabendabend erledigt sein.

Singer: Jetzt ist der unpassendste Moment, darüber zu beschließen, ob wir auch noch am Montag sitzen wollen. Lassen Sie uns doch ruhig weiterarbeiten. Rauben Sie uns doch nicht jetzt die Zeit mit unnötigen Anträgen.

Stücklen-Altenburg bittet den Antrag Ledebour abzulehnen. Bereits am Dienstag fragten die Genossen: Wer hat sich denn zum Punkte „Taktik“ gemeldet? und wenn man sie fragte: Sollen wir Sie einzeichnen? dann antworteten die meisten: Nein wir wollen erst-warten, bis sich dieser oder jener vor uns gemeldet hat. (Heiterkeit.) Nun haben sich die kleinen Geister zuerst eingeschrieben und die großen kamen hinterher. (Stürmische Heiterkeit.)

Singer: Einen solchen Unterschied kennen wir nicht. (Erneute Heiterkeit.)

Stücklen: Ich nehme den Ausdruck zurück.

Der Antrag Ledebour wird abgelehnt.

Die Mittagspause tritt ein. — 12¾ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

8 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

In der wieder eröffneten Diskussion über Punkt 4 erhält das Wort

Kolb-Karlsruhe: In der heute hier verteilten Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ ist ein Artikel zu lesen mit der Ueberschrift: „Parteimoral“. Hierin heißt es: „Bisher hat man als die beliebtesten geistigen Waffen der Revisionisten die gegenseitige Lobhudelei und Beweihräucherung kennen gelernt. Jetzt scheint das Arsenal des Revisionismus durch einige neue Stücke bereichert werden zu sollen: die Denunciation und die Ehrabschneiderei. Bisher hatte man sich damit begnügt, sich selbst mit Lobeshymnen auf seine eigne höhere Einsicht zu feiern und die gegnerische Richtung als starre Dogmatiker und fanatische Marxisten zu verhöhnen; jetzt geht man dazu über, den guten Glauben der Andersgesinnten und ihre Motive zu verdächtigen und sie durch „Enthüllungen“ aus ihrer Vergangenheit mundtot zu machen.“

Und zum Schluß heißt es:

„Der Schwerpunkt der bisherigen Verhandlungen des Parteitages liegt nicht in dem „Fall Mehring“, sondern in der Parteimoral, die von einzelnen Vertretern des Revisionismus Wandel geschaffen werden; hier kann nur eine öffentliche Kennzeichnung des frivolen Treibens vereinzelter Parteiverderber helfen, das das gesamte Parteileben zu korrumpieren droht.“

Der Artikel ist unterzeichnet G. J. — Gustav Jaeckh. Wer ist dieser Gustav Jaeckh? Ist er berufen, in dieser Weise vorzugehen . . .

Singer: Ich will nicht untersuchen, ob der Redner mit seiner Vermutung über den Verfasser recht hat. Genannt ist er jedenfalls nicht, und wir haben keinen Anlaß, uns weiter damit zu befassen.

Kolb: Ich will von diesem Artikel absehen. Aber ich weiß, daß Gustav Jaeckh wiederholt in Artikeln auf das schärfste Stellung genommen hat zu den Parteigenossen, die als sogenannte Revisionisten gelten; er ist das ganze Jahr auf der Patrouille, um zu fahnden, wem mangelhafte Principienfestigkeit nachzusagen ist. Nun, Gustav Jaeckh war bei uns in Karlsruhe Redakteur und er war Revisionist. Dann ging er nach Stuttgart und arbeitete an bürgerlichen Blättern mit, in denen er monatelang die revisionistische Taktik verbreitete. In einer Erklärung in der „Leipziger Volkszeitung“ hat Jaeckh behauptet, daß der „Karlsruher Volksfreund“ verschiedene Artikel von ihm abgedruckt und ihn wiederholt aufgefordert habe zur Mitarbeit. Ich konstatiere, daß das nicht wahr ist. Ich habe nur einen Artikel von Jaeckh veröffentlicht. Wie Jaeckh aber schon in Leipzig war, bot er mir einen Artikel an für die Budgetbewilligung. (Hört! hört!) Ich habe verschiedentlich moniert, daß er den Artikel nicht schickte, aber dann nicht mehr moniert, weil ich sah, wie Jaeckh in Leipzig schnell seine Ansicht änderte. Noch am 2. März 1901 hat der Mann direkt gegen die Partei geschrieben; ich führe dies nur an, um zu zeigen, wie wenig diese Leute berufen sind, jetzt den Zionswächter zu spielen. Das geschah in Stuttgart, wo zur Zeit der Kohlennot im Gemeinderat von unsern Genossen der Antrag gestellt wurde, der Gemeinderat möge an die armen Leute Coaks zu billigem Preise abgebe. Jaeckh war dagegen und schrieb, wenn heute der Stuttgarter Gemeinderat eine socialdemokratische Mehrheit bekäme, so würde entweder alles beim alten bleiben oder es würden auf Kosten der Allgemeinheit kostspielige Experimente gemacht werden. Dasselbe gelte, wenn die Socialdemokratie im ganzen die Macht bekäme. Entweder es bliebe dann wie vorher, oder es müßte mit beispielloser Verschwendung von Kraft und Mitteln eine neue Organisation des Produktions- und Verteilungsprozesses geschaffen werden, wobei es mehr als fraglich sei, ob der Organismus solch eine Neuordnung überhaupt vertragen kann. (Hört! hört!) Es sei eine politische Kinderkrankheit in Deutschland, von den öffentlichen Institutionen die Lösung von Aufgaben zu verlangen, welche der Natur der Sache nach der privaten Initiative vorbehalten sein sollten. (Hört! hört!) Als Jaeckh das schrieb, war er Parteimitglied, und kurze Zeit darauf kam er an die „Leipziger Volkszeitung“, um den Kampf gegen die Revisionisten aufzunehmen. (Zuruf: Feine Familie!)

Nun zur Sache! Seit Wochen ist ja für diesen Parteitag die entscheidende Abrechnung angekündigt worden. Ich bestreite aber ganz entschieden, daß in der Partei überhaupt solche Revisionisten vorhanden sind, wie man sie sich hier vorstellt. Der ganze Streit ist nichts andres als ein Streit um die Frage, ob ungelegte Eier ausgebrütet werden dürfen. Es handelt sich um nichts als eine theoretische Katzbalgerei, die für die gegenwärtige Arbeit gar keine große Bedeutung hat. Wie wenig Klarheit über den Begriff des Revisionismus besteht, beweist ja die Resolution. Welche Verwirrung da herrscht, habe ich noch vor einigen Tagen gesehen. Ich hatte da zu einem badischen Genossen gesagt, er solle doch nicht so radikal thun, er hätte ja eben erst bei den Offenburger Gemeindewahlen ein Kompromiß abgeschlossen. Der Genosse war darüber sehr entrüstet, er warf mir vor, ich hätte die Unwahrheit gesagt. Die Sache liegt so: In Offenburg hatten vor den Gemeindewahlen die Socialdemokraten mit den Demokraten und Nationalliberalen ein Kompromiß geschlossen. Infolge dieses Kompromisses kamen zwei unsrer Genossen in den Gemeinderat. Ich konnte also wohl behaupten, daß ein Kompromiß abgeschlossen worden sei. Zu allen Zeiten hat es in der Partei Revisionisten gegeben, d. h. Leute, die über einzelne theoretische und manchmal auch taktische Fragen eine besondere Auffassung hatten. Nur hat der Streit bisher nie solche Formen angenommen wie jetzt. Je größer die Partei wird, desto mehr werden auch diese Diskussionen in die Erscheinung treten, die Hauptsache ist nur, daß man nicht in jeder Meinungsverschiedenheit einen Principienverrat wittert.

Nun zur Vicepräsidenten-Frage! Es hat geheißen, diejenigen, die im Sinne Bernsteins sich ausgesprochen hätten, hätten auf einmal gebremst, als sie sahen, daß es in der Partei lichterloh brannte. (Sehr richtig!) Nein, das ist nicht wahr. Ich habe von Anfang an die Frage als außerordentlich unwichtig bezeichnet. Um was es sich für mich handelte, das war die Art, wie man glaubte, die Ablehnung der Bernsteinschen Forderungen begründen zu müssen. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an den Artikel des „Vorwärts“ über die Taktik. Ich habe den Eindruck, als steckte hinter diesem Artikel ein Stück Bosheit. Es wird darin geschildert, wie auch in früheren Jahren immer derselbe Spektakel erhoben wurde, wie heute, wenn es sich um eine Aenderung der Taktik handelt. Was z. B. in der Berliner Resolution über die Beteiligung an den Gemeindewahlen gesagt ist, das ist genau dasselbe, was heute gegen die Vicepräsidenten-Frage vorgebracht wird. Die Vicepräsidenten-Frage ist eine sehr untergeordnete. Wenn man erklärt, daß man den Posten besetzen will, dann darf man nicht um die Formen einen solchen Spektakel anfangen. Wir haben uns bisher niemals an der Form gestoßen und werden das hoffentlich auch in Zukunft nicht thun. Nun wird gesagt, es sei ein großer Unterschied, ob die Form gesetzlich vorgeschrieben sei, oder ob wir uns freiwillig fügen. Ich behaupte, wir fügen uns gar nicht freiwillig. Denn ob das Gesetz uns etwas vorschreibt oder die Mehrheit, das kommt in der Praxis auf dasselbe heraus. Ein Zwang ist es unter allen Umständen. Das giebt sogar Parvus in seinem neuesten Artikel zu.

Was nun die Frage der Taktik betrifft, so reduciert sie sich auf die Formel: wie und auf welche Weise erringen wir die politische Macht. Es ist ja nicht nur eine Erscheinung in der deutschen Partei, sondern eine internationale Erscheinung. In allen Ländern haben wir die Revisionisten und Antirevisionisten. Es besteht eine verschiedene Auffassung über den Gang der Entwicklung. Für das, was wir im Augenblick zu thun haben, aber hat dieser Streit nicht den Wert, daß wir uns in jedem Jahre auf den Parteitagen damit unsre Zeit wegnehmen. Kautsky hat in einem Artikel nach der Wahl die Frage aufgeworfen: Was nun? Ich habe mich vergeblich gefragt, wo denn die Antwort auf diese Frage ist. Das was Kautsky auseinandersetzt, ist rein theoretisch, aber für das, was jetzt im Reichstage zu thun ist, hat er keine Antwort gegeben. Er sagt, ob die Regierung einlenkt oder nicht, ist ganz gleichgültig, wir werden unter allen Umständen siegen. Ja, um diese Antwort zu geben, brauchte man den Artikel nicht zu schreiben. Es ist charakteristisch für die Auffassung von Kautsky, daß er uns eine derartige negative Antwort giebt. Ich habe auf den Artikel erwidert und nun sagt Kautsky, ich hätte einmal klargelegt, was die Revisionisten wollen. Um aber zu solcher Behauptung zu kommen, hat er einen Saltomortale vornehmen und das Gegenteil von dem herauslesen müssen, was ich geschrieben habe. Ich habe nicht geschrieben, daß wir eine neue Taktik brauchen, sondern daß wir auf dem Boden der bisherigen Taktik stehen. In letzter Linie ist der Streit ein Streit um die Frage, ob wir die Kautskysche Zusammenbruchstheorie oder die Entwicklungstheorie von Bernstein acceptieren wollen. In der Praxis kommt das nicht in Betracht, in der Praxis haben wir uns immer auf den Boden der Entwicklungstheorie gestellt. Ich habe mit Interesse die revisionistische Rede von Vahlteich gelesen, die dieser vor einigen Monaten in Leipzig gehalten hat, aber auffallenderweise hat man nie etwas davon gehört, daß der Mitbegründer der Partei auch ein Revisionist sein soll. Vielleicht hat die „Leipziger Volkszeitung“ nur darum keine Konsequenzen gezogen, weil man sich sagte: Ach, der wird uns nicht gefährlich, der geht ja doch wieder nach Amerika! Der Revisionismus ist ein Gespenst, das in Wirklichkeit noch niemals existiert hat, es ist dasselbe wie der Richtersche Zukunftsstaat, der erst konstruiert werden mußte, um dann auf den angeblichen socialistischen Zukunftsstaat loshauen zu können. Die sogenannten Revisionisten stehen auf dem Standpunkt, daß das Ziel unsrer Bestrebungen das Resultat einer organischen Entwicklung sein wird, daß wir alle Kräfte anstrengen müssen, um Einfluß zu gewinnen und nach und nach ans Ziel zu kommen. Kautsky steht auf demselben Standpunkt, er meint aber, was wir erreichen wollen, kann nur dadurch erreicht werden, daß der kapitalistische Staat zusammenbricht, er meint, es muß zu einem Zusammenbruch kommen. Wir dagegen sagen, es braucht nicht dazu zu kommen. (Lebhafte Zurufe: Da haben wir es ja!) Ja gewiß, darum dreht sich der ganze Streit. (Ruf: Na also!) Haben nicht alle unsre Führer erklärt, wir wollen auf gesetzlichem Wege das Ziel erreichen? Immer und immer wieder betonen wir das. Aber dann müssen wir auch den Mut haben, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wir dürfen nicht sagen, es muß zum Zusammenbruch kommen, denn wenn es zum Zusammenbruch kommen muß, dann muß der Augenblick kommen, wo die Gewalt entscheidet und nicht das Gesetz. Im Gegensatze zu Kautsky stehe ich auf dem Standpunkte, daß wir schon lange mitten in der socialen Revolution stehen, daß sie sich vor unsren Augen vollzieht und daß es unsre Aufgabe ist, diese sociale Revolution zu beschleunigen. Wer recht hat, das wird die Zukunft lehren. Jedenfalls wünscht wohl jeder von uns, daß wir auf gesetzlichem Wege unser Ziel erreichen können. Kautsky sagt, wir können die politische Macht nicht erschleichen, sondern wir müssen sie erobern. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich stehe ganz auf demselben Standpunkt, wir müssen sie erobern, es kommt nur darauf an, was man unter dem Wort „erobern“ versteht. (Rufe: Aha!) Wenn es einmal dahin kommt, daß einer unsrer Genossen in die Regierung berufen wird, dann ist das kein Erschleichen der politischen Macht, sondern dann haben wir sie erobert, denn wir bekommen sie nicht, wenn die Gesellschaft nicht gezwungen ist, sie uns zu geben. Wir bekommen von der herrschenden Gesellschaft überhaupt nichts freiwillig, wir müssen alles erobern, und was wir bisher erhalten haben, das haben wir erobert. Es handelt sich nur um einen Streit um Begriffe. Liebknecht hat in einem nach seinem Tode vom „Vorwärts“ veröffentlichten Fragment zwei Eventualitäten bezeichnet, unter denen wir die Posten besetzen können.

(Schluß im Hauptblatt.)

*) **143. Amendement zur Resolution Nr. 130.** (Hinter Absatz 3 einzufügen:)

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten.

2. Daß die Socialdemokratie einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

J. Scheib und 40 Genossen.

Sociales.

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Der preußische Kultusminister hat an die Universitätskuratoren folgenden Erlaß gerichtet:

„Die Gefahren der Geschlechtskrankheiten für die Gesundheit und die Verbreitung, welche die Erkrankungen glaubwürdigen Nachrichten zufolge unter der studierenden Jugend erlangt haben, lassen es in hohem Grade erwünscht erscheinen, daß die Studierenden in größerer Ausdehnung als bisher vor diesen Gefahren gewarnt und mit den Maßregeln zu ihrer Bekämpfung in eindringlicher gemeinverständlicher Weise bekannt gemacht, wie auch auf die ethische Seite der Frage nachdrücklich hingewiesen werden. Dies hätte am zweckmäßigsten in kurzen öffentlichen Vorlesungen für Studierende aller Fakultäten zu geschehen, wobei neben Dozenten der medizinischen Fakultät auch geeignete Vertreter der Philosophie oder Theologie beteiligt werden könnten. Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst um baldige Vorschläge zu einer möglichst zweckentsprechenden Gestaltung dieser Vorlesungen.“

Der deutsche Krankenkassentag

debattierte am zweiten Verhandlungstage über die Vorträge von Honigmann und Pring. Es wurden dann folgende Beschlüsse gefaßt:

1. „Hat der in einem Krankenhause Untergebrachte keine Angehörigen, so ist ihm neben freier Kur und Verpflegung ein Krankengeld von 1/4 bis zu 1/2 des durchschnittlichen Tagelohnes zu gewähren."

2. „Da nach der Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 25. Mai 1903 der § 29 eine Aenderung nicht erfahren hat, beschließt der Verband, eine Petition an die Regierung zu richten mit der Bitte, dem Reichstag eine Vorlage unterbreiten zu wollen, wonach es den Krankenkassen gestattet ist, die bei Beschickung von Krankenkassen-Kongressen und Verbandstagen entstehenden Unkosten aus Kassenmitteln decken zu können. Als Verwaltungskosten gelten auch solche, die für Teilnahme an Beratungen, die im allgemeinen Interesse der Krankenkassen erfolgen, aufgewendet werden."

3. Einen Antrag an die preußische Regierung zu richten, in allen Fällen die Genehmigung zur Gründung von Innungskassen zu verweigern, wo sie nicht mehr leisten wie die Ortskrankenkassen.

4. Dem § 82b folgende Fassung zu geben: Arbeitgeber, die den von ihnen beschäftigten Personen auf Grund des § 53 Lohnbeträge in Abzug bringen, sowie Arbeitgeber, die nach § 53, Absatz III, verpflichtet sind, diese Lohnabzüge zu machen, diese Abzüge aber der Kasse vorenthalten, werden mit Gefängnis im Wiederholungsfalle bestraft.

Es wird ein Antrag angenommen, der die Ausdehnung der Invalidenversicherungspflicht auf Hausgewerbetreibende, sofern ihre Krankenversicherungspflicht durch Ortsstatut ausgesprochen ist, verlangt.

Ein weiterer Antrag: „Die geschäftsführende Kasse möge geeignete Schritte einleiten, daß bei Uebernahme des Heilverfahrens durch die Versicherungsanstalten die zu Ueberweisenden nicht wie bisher von einem Vertrauensarzt untersucht und die Ueberweisung von diesem abhängig gemacht wird, vielmehr in den einzelnen Ortschaften Aerztekommissionen zu diesem Zwecke zu bilden sind" wird nach einiger Debatte gegen wenige Stimmen angenommen.

Es wird beschlossen, daß künftig die Jahresversammlung bis zum 31. August stattzufinden hat und die Frist für etwa einzubringende Anträge auf den 1. Juni festgestellt.

Folgende von Brückner-Berlin gestellte Resolution wurde angenommen:

„Die zehnte Jahresversammlung des Centralverbandes deutscher Ortskrankenkassen in Breslau drückt ihr Bedauern darüber aus, daß die Aufsichtsbehörde im Krankenkassenwesen immer aufs neue die Ausgaben der Krankenkassen für die Teilnehmer ihrer Vertreter an den Jahresversammlungen und Kongressen usw. als nicht zulässig inhibiert und die interessirten Vorstände der Krankenkassen verpflichtet, die verausgabten Gelder wieder zurückzuzahlen. In Berücksichtigung dieser Thatsache ersucht die zehnte Jahresversammlung des Centralverbandes die anwesenden Vertreter der staatlichen und kommunalen Behörden, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß endlich auch staatlicherseits die Notwendigkeit der Verbindung aller Krankenkassen Deutschlands anerkannt wird und demzufolge den Vorständen der Krankenkassen auch das Recht zusteht, die Unkosten für derartige Zwecke aus dem Kassenvermögen zu decken."

Ein Antrag Leipzig, zu Organen des Centralverbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands die „Krankenkassen-Zeitung", die „Arbeiter-Versorgung" und die volkstümliche „Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung" zu bestimmen, wird angenommen.

Ferner wird beschlossen, daß die Ortskrankenkassen alle Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben sollen, die den Gewerkschaftstarif anerkannt haben.

Eine Resolution spricht aus, daß die Kassenangestellten anständig zu bezahlen sind. Zur Beratung über die Regelung der Anstellungsverhältnisse der Kassenbeamten wurde eine Kommission aus zwei Unternehmern und vier Arbeitern gewählt, die aus den Herren Steinmetz-Leipzig, Eichhorn-Weimar, Gräf-Frankfurt, Leichsenring-Straßburg, Simanowski-Berlin und Proritzki-Breslau besteht.

Eine Resolution, die zur Hebung der socialen Lage der Arbeiter vor allem die Arbeitszeitverkürzung für nötig erklärt, wird gegen drei Stimmen angenommen.

Eine andre Resolution, die sich mit den Beschlüssen des Krankenkassen-Kongresses einverstanden erklärt und die die Selbstverwaltung beschränkenden Bestimmungen der Krankenkassen bedauert, wird einstimmig angenommen.

Die bisherige geschäftsführende Ortskasse Leipzig ist zurückgetreten wegen der Kritik, der sie ausgesetzt war. Die Ortskasse Dresden ist mit der vorläufigen Fortführung der Geschäfte beauftragt worden.

Im Anschluß an den Verbandstag tagte eine Konferenz der Centralkommission der Krankenkassen Deutschlands. Es wurde beschlossen, einen Verband der Centralkommissionen der Krankenkassen Deutschlands ins Leben zu rufen. Hierzu ist ein Entwurf von Leitsätzen aufgestellt. Der Zweck des Verbandes ist die Förderung aller Angelegenheiten, welche die Krankenkassen, sowie ihre Vereinigungen gemeinsam berühren. Der Verband soll die Centralstelle der gesamten Kassenvereinigungen sein. Der Austausch der Meinungen soll durch ihn herbeigeführt werden. Vor allem soll er ein einheitliches Vorgehen zur gedeihlichen Weiterentwicklung der Krankenkassen, zur Erhaltung und Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit herbeiführen. Der Verband soll ferner im ständigen Verkehr mit den einzelnen Kassenvereinigungen bleiben. Er soll von allen wichtigen Vorkommnissen, welche sich auf dem Krankenkassengebiet ereignen, seitens der zuständigen Vereinigungen informiert werden und andrerseits von diesen Informationen andren Vereinigungen Kenntnis geben. Im besonderen soll der Verband petitionieren und Anträge, soweit dieselben die Allgemeinheit oder auch einen größeren Teil der Kassen betreffen, einheitlich gestalten und dieselben den Behörden und andren Organisationen übermitteln. Ebenso soll der Verband bei Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes usw. danach streben, seitens der Reichsregierung als Vertreter der Kassen gehört zu werden. Die Selbständigkeit der einzelnen Kassenvereinigungen wird durch den Verband in keiner Weise beeinträchtigt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Besprechung der Textilarbeiter-Aussperrung in Crimmitschau hatte der Vorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes am Donnerstag eine Versammlung nach Dräsels Festsälen einberufen. Besonders eingeladen waren die Berliner Grossisten, Konfektionäre, sowie alle Abnehmer der Crimmitschauer Fabrikate. Die einseitigen, vielfach unwahren Darstellungen der Ursachen des Ausstandes, welche die Crimmitschauer Fabrikanten in die Oeffentlichkeit gebracht haben, sind auch von Berliner Zeitungen bereitwilligst verbeitet worden. Diese unwahren Behauptungen zu widerlegen, und ein richtiges Bild von dem Kampf in Crimmitschau zu geben, war der Zweck der Versammlung. Eingeladen waren deshalb auch die Vertreter des Crimmitschauer Fabrikanten-Vereins unter der Zusicherung vollster Redefreiheit. Erschienen waren sie allerdings nicht, sie hatten einen Absagebrief geschickt. Mehrere Kaufleute, Abnehmer der Crimmitschauer Fabrikate, die selbstverständlich auch unter der Aussperrung zu leiden haben, waren in der Versammlung anwesend.

Der Referent gab eine eingehende Darstellung der Ursachen und des Verlaufs der Bewegung in Crimmitschau. Er besprach die verlogenen Berichte, die in der „Vossischen Zeitung", im „Berliner Tageblatt", im „Konfektionär" und andren Blättern über die Aussperrung erschienen sind. Die vom Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes eingesandte Berichtigung hat bis jetzt nur die „Vossische Zeitung" wiedergegeben. Die Forderungen, die die Crimmitschauer Weber an die Fabrikanten gestellt haben, die 10stündige Arbeitszeit und 10 Proz. Erhöhung der Akkordlöhne, bildeten durchaus keine Ueberraschung für die Fabrikanten. Bereits seit 1898 fordern die Textilarbeiter Crimmitschaus die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, und daß die Durchführung dieser Forderung keine Unmöglichkeit ist, beweist der Umstand, daß die 10stündige Arbeitszeit schon in sehr vielen Fabriken der Textilindustrie besteht. Die Arbeiter, die am 21. Juli d. J. zum erstenmal wieder mit dieser Forderung an die Unternehmer herantraten, haben in durchaus ruhiger und sachlicher Weise ihren Standpunkt vertreten. Es ist unnötig, die unsinnige Behauptung der Fabrikanten, die socialdemokratische Partei habe die Arbeiter zum Streik kommandiert, zu widerlegen. Thatsache ist es, und dafür führte der Referent viele Beweise an, daß die Fabrikanten von ihrer Centralorganisation, von der Leitung des Sächsischen Industrievereins zur Aussperrung ihrer Arbeiter kommandiert, und von dem Fabrikantenverein teilweise durch geradezu terroristische Mittel zur Kündigung gezwungen worden sind. Manche Fabrikanten, namentlich die kleinen, werden wohl durch die Aussperrung zum Ruin getrieben werden und vielleicht haben es die großen Firmen auch darauf abgesehen, ihre kleinen Konkurrenten auf diese Weise zu vernichten. Welch ruchloses Spiel hier getrieben wurde, dafür zeugt der Briefwechsel des Vorstandes der Fabrikanten-Vereinigung mit einer Trikotagenfabrik, die die zehnstündige Arbeitszeit schon seit längerer Zeit eingeführt und keinerlei Differenzen mit ihrem Arbeitspersonal hat, und doch schließlich gezwunden wurde, die Kündigung vorzunehmen. Die Firma zog schließlich, um dem Ruin zu entgehen, die Kündigung zurück, und nun soll sie von der Fabrikantenvereinigung zur Zahlung einer Konventionalstrafe, die 5 Proz. der gesamten Arbeitslöhne betragen soll, gezwungen werden. — Der Referent erklärte am Schluß seiner Ausführungen, daß die Arbeiter nach wie vor bereit sind, mit den Fabrikanten zu verhandeln, um einen Kampf zu beseitigen, der für die ganze Stadt Crimmitschau verhängnisvoll ist und auch schädigend für die Kaufleute und Konfektionäre, an dessen Beendigung nicht nur die Arbeiterschaft sondern auch die Handelswelt interessiert ist. Selbstverständlich bestehen jetzt die Textilarbeiter Crimmitschaus darauf, daß nun ihre berechtigten und bescheidenen Forderungen durchgeführt werden. —

Der Ertrag der Tellersammlung wurde für die Ausgesperrten bestimmt.

Zur Lohnbewegung der Putzerträger. Die Putzerträger-Versammlung, die gestern abend in den Industrie-Festsälen tagte, änderte den in der Sonntagsversammlung gefaßten Beschluß aus taktischen Gründen in der Weise ab, wie in folgender Resolution, die mit allen gegen 6 Stimmen angenommen wurde, dargelegt wird:

„Die Forderung der Putzerträger ist sofort, spätestens aber am Montag, den 21. September, früh, auf allen Bauten, die gegenwärtig in der vierten, dritten oder zweiten Etage begriffen sind, dem Unternehmer zu unterbreiten. Bei etwaiger Ablehnung der Forderungen ist der Ortsverwaltung sofort Mitteilung zu machen; doch darf die Arbeit, bevor die von dem Mitgliede der Ortsverwaltung zu unternehmenden Einigungsversuche gescheitert sind, nicht niedergelegt werden. Alle Bauten, die in der ersten Etage oder dem Erdgeschoß begriffen sind, sind zu den alten Bedingungen fertig zu stellen, doch darf die Arbeit nicht über den 5. Oktober hinaus dauern. Alle neu anzufangenden Bauten dürfen nur zu den neuen Bedingungen angefangen werden. Bis zum 5. Oktober muß die Forderung auf der ganzen Linie gestellt sein. Alle Bauten, wo bereits zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird, sind sofort der Ortsverwaltung schriftlich anzuzeigen."

Zur Lohnbewegung der Omnibusangestellten. Der Vorstand des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hat den Auftrag, den ihm die Versammlung der Angestellten erteilte, ausgeführt, und der Direktion der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft die Forderungen der Angestellten eingereicht. Der Vorstand ersuchte gemäß dem Versammlungsbeschluß um Antwort bis zum 22. d. M. und fügte hinzu, daß er bereit sei, mit der Direktion mündlich zu verhandeln. — Darauf erhielt der Verbandsvorstand von der Direktion folgende Antwort:

„Auf Ihr gefl. Schreiben vom 17. cr. erwidern wir Ihnen ergebenst, daß wir bedauern, uns mit Ihnen in keine Verhandlungen einlassen zu können, da wir keinem Dritten das Recht einräumen können, sich zwischen uns und unsre Angestellten zu stellen. Wir sind aber gern bereit, die Wünsche unsrer Angestellten von denselben direkt entgegenzunehmen."

Wie uns mitgeteilt wird, will die Lohnkommission nun die Probe aufs Exempel machen, indem nur diejenigen ihrer Mitglieder, welche bei der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft beschäftigt sind, um Verhandlungen bei der Direktion nachsuchen. Der nach Ansicht der Direktion unberufene Dritte ist demnach ausgeschaltet, und es wird sich zeigen, ob es ihr ernst ist mit der Versicherung, daß sie gern bereit sei, die Wünsche ihrer Angestellten von denselben direkt entgegenzunehmen.

Der Streik der Metalldrücker macht weniger schnelle Fortschritte als der der Gürtler. Es ist das jedoch, wie Cohen gestern vormittag in der Streikversammlung der Metalldrücker ausführte, durchaus kein schlechtes Zeichen für den Stand des Streiks. Die Situation ist für die Streikenden ausgezeichnet. Die Streikenden lassen sich weder durch Lockungen noch durch die Drohungen der Arbeitgeber in Briefen und Postkarten wankelmütig machen. Bewilligt haben bis jetzt 33 Firmen; (bei den Gürtlern sind es dagegen schon 72 Firmen mit über 500 Arbeiter, die bewilligt haben). Die Unternehmer, die nicht bewilligt haben, behaupten durchaus nicht, daß die Forderungen der Metalldrücker unberechtigt seien, sie möchten wohl auch gerne bewilligen, scheuen sich nur ihre Unterschrift zu geben. Hierauf müssen aber die Arbeiter nach den Erfahrungen, die sie mit dem „Ehrenwort" der Unternehmer gemacht haben, unbedingt bestehen. Einzelne Arbeitgeber versuchen ihre Arbeit bei solchen Firmen, die bewillt haben, herstellen zu lassen. Selbstverständlich weigern sich die Arbeiter, derartige Arbeiten zu übernehmen, und die betreffenden Arbeitgeber haben denn auch bis jetzt die Berechtigung solcher Weigerung anerkannt. Das Verhalten der Unternehmer beweist übrigens, daß sie durchaus nicht einig sind unter einander. In ihren Versammlungen beschlossen sie einstimmig, nicht zu unterschreiben, und dennoch werden die Forderungen von einer immer wachsenden Zahl von Unternehmern unterschrieben. Die Firma Erich u. Grätz in der Elsenstraße in Treptow, ist eine derjenigen Firmen, die am eifrigsten durch zahlreiche Annoncen nach Arbeitskräften suchen, um Ersatz für die Streikenden zu finden. Die nächste Streikversammlung der Metalldrücker findet Dienstagvormittag statt. — In dem gestrigen Bericht über den Gürtlerstreik ist irrtümlich von der Firma Wabisch die Rede, es soll heißen Webisch.

Stukkateure! „Wie wird unser Tarif gehalten und wer durchbricht denselben?" Diese Frage soll neben vielen andren Punkten in der regelmäßigen Mitgliederversammlung am Montag, den 21. d. M., besprochen und beantwortet werden. Es ist daher Pflicht aller organisierten Kollegen, daß sie schon am Sonntag in sämtlichen Zahlstellen Berlins Vorbesprechungen pflegen um alle Mißstände zu sammeln, welche sich trotz unsres Tarifvertrags wieder eingeschlichen haben. Wird uns doch durch einen Brief der Unternehmer der Vorwurf gemacht, unsren Tarifvertrag schnöde gebrochen zu haben! Die Unternehmer planen weiter durch Anträge an die Schlichtungskommission tarifliche Verschlechterungen vorzunehmen! Es muß also die Beantwortung obiger Frage von einer so zahlreich besuchten Versammlung gegeben werden, daß die Unternehmer sehen, wir sind auf der Hut, wir stehen für unsre Interessen. Auch die sonstigen Angelegenheiten, welche in der Versammlung behandelt werden, sind von großer Wichtigkeit. Da, wie aus der Annonce zu ersehen, eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen ist, so wird Punkt 8 Uhr eröffnet und erwartet alle Kollegen zur rechten Zeit

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Die Tarifbewegung der Buchbinder kann nunmehr als beendet angesehen werden. Die neueste Nummer der „Buchbinder-Zeitung" teilt mit, daß die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeber in einer Sitzung, die am 7. d. M. in Leipzig stattfand, offiziell zum Abschluß gekommen sind. Das Verlangen der Stuttgarter Unternehmer, daß sie nur dann an die Durchführung des Tarifs gebunden sein sollten, wenn derselbe nachweislich von allen Stuttgarter Firmen gezahlt werde, wurde vom Vorsitzenden der Arbeitgeber-Organisation als nicht mit deren Beschlüssen übereinstimmend bezeichnet. Dieser Stein des Anstoßes war also beseitigt und konnte deshalb die Einigung nicht mehr hinderlich sein. Nach den getroffenen Abmachungen sind alle aus dem Tarif entstehenden Streitigkeiten einem aus je sechs Prinzipalen und Gehilfen bestehenden örtlichen Schiedsgericht zu unterbreiten. Wenn vor dem Schiedsgericht keine Einigung erzielt wird, so ist die Entscheidung des Tarifamtes anzurufen. Dasselbe hat seinen Sitz in Leipzig und besteht aus je drei Vertretern beider Parteien. Unter andern hat das Tarifamt die Maßnahmen zur allgemeinen Durchführung des Tarifs zu treffen, statistische Erhebungen über Lohn-, Arbeits- und Lehrlingsverhältnisse vorzunehmen, einen Kommentar zum Tarif zu schaffen ꝛc.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste!

Achtung! Parteigenossen, Gewerkschaften, Vereine. Das **Lokal Scheruchs Festsäle, Rüdersdorferstr. 45, ist nach wie vor gesperrt.** Versehentlich ist in die gestrige Nummer des „Vorwärts" von der Expedition eine Annonce dieses Lokals aufgenommen worden, ohne daß die **Lokal-Kommission** hiervon etwas wußte und ihre Zustimmung zur Aufnahme gegeben hat. Wir betonen nochmals, daß Scheruchs Festsäle, Rüdersdorferstr. 45, nach wie vor als gesperrt zu betrachten sind, und ersuchen die **Gewerkschaften, Vereine** usw. hiervon Notiz zu nehmen und das Lokal streng zu meiden. Als **frei** gelten nur diejenigen Lokale, welche in der Lokal-Liste aufgeführt sind oder nachträglich von der Kommission unter der Rubrik „Berliner Parteinachrichten" als **frei** bezeichnet werden.

Die Lokal-Kommission.

Lokales.

Die Furcht vor den Wohlthaten des Achtuhr-Ladenschlusses verführt die Herren Geschäftsinhaber zu Ungerechtigkeiten, durch die sie ihren ohnehin bedenklichen Bestrebungen selber den schlimmsten Schaden zufügen. Diese Herren, die sich zu einem „Verein selbständiger Geschäftsinhaber aller Branchen zur Abwehr des Achtuhr-Ladenschlusses" zusammengethan haben, hatten zum Donnerstagabend eine öffentliche Versammlung nach den Industrie-Festsälen in der Beuthstraße einberufen. Während zu den vorangegangenen sechs sogenannten Wanderversammlungen des Vereins zwar selbständige Geschäftsleute, die Anhänger des Achtuhr-Schlusses sind, als Gäste zugelassen, aber von jeglicher Debatte ausgeschlossen wurden, war diesmal den Gegnern von vornherein in der Einladung volle Redefreiheit zugesichert. Diese Zusicherung erwies sich aber als trügerisch, denn nachdem der Vorsitzende und verschiedene Vereinsmitglieder in längeren Ausführungen ihren Standpunkt dargelegt und die Einführung des Achtuhr-Schlusses aufs heftigste bekämpft hatten, wurde plötzlich, als sich Gegner zum Wort meldeten, die Redezeit auf fünf Minuten festgesetzt. Kaum aber hatte der erste Gegner begonnen, seine abweichende Meinung zu begründen, als der Lärm begann. Zwischenrufe und die Glocke des Vorsitzenden hinderten ihn immerfort am Weiterreden, so daß er kaum zwei Minuten ungestört gesprochen hatte, als seine Redezeit abgelaufen war. Noch summarischer verfuhr man mit dem nächsten Befürworter des Achtuhr-Schlusses, dem nach den ersten Worten das Wort entzogen wurde. Protestrufe „zur Geschäftsordnung!" wies der Vorsitzende einfach zurück mit den Worten: „Hier giebt's keine Geschäftsordnung, wir sind im Verein!" Nach weiteren Lärmscenen brachte der Vorsitzende kurzerhand eine Resolution zur Abstimmung, die in der Einführung des Achtuhr-Schlusses den Ruin der kleinen Geschäftsleute erblickt. Die Resolution wurde gegen eine kleine Minderheit angenommen.

In seiner gestrigen Sitzung wählte der Magistrat zum Direktor der Victoriaschule den von der Schuldeputation vorgeschlagenen Oberlehrer an der städtischen höheren Töchterschule zu Potsdam und des dortigen Lehrerinnen-Seminars Dr. Heydtmann. Zum Oberlehrer an der 2. Realschule wurde der wissenschaftliche Hilfslehrer Baumgarten und zum Oberlehrer an der 9. Realschule der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Knicke auf Vorschlag der Schuldeputation gewählt. Der Magistrat hat, wie schon berichtet, beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zu übersenden wegen Errichtung von Schulpavillons (Baracken) zur Unterbringung schulpflichtiger Kinder, weil die vorhandenen Gemeindeschulen im Osten, wo vier neue im Bau sind, schon überfüllt sind. Es sollen acht solcher Pavillons nach zwei verschiedenen Systemen mit je zwei Klassen versuchsweise auf dem städtischen Grundstück an der Thorner- und Olivaerstraße, nahe dem Friedrichshain, das einen Flächeninhalt von 7800 Quadratmeter hat, errichtet werden.

Ueber ihre Schwebebahn-Projekte macht uns die Kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg, welche die Elberfelder Schwebebahn erbaut hat, allerhand Mitteilungen. Wir entnehmen daraus, daß die Gesellschaft auch mit dem Gedanken umgeht, die Berliner Vororte in das Netz der Schnellbahnen hineinzuziehen. Zunächst ist hierbei an die südwestlichen Vororte und den Grunewald gedacht. Diese Arbeiten beziehen sich zum Teil auf eine Anregung der Stadt Schöneberg und haben zum Zweck, Schnellbahnlinien zu schaffen, welche von geeigneten Stationen der bestehenden Hoch- und Untergrundbahn oder der Stadtbahn ausgehen, wobei jedoch die Möglichkeit einer selbständigen Weiterführung in das Stadtinnere von vornherein gewahrt bleiben soll. Die Gesellschaft hat sich im voraus des Interesses und der principiellen Unterstützung aller zunächst beteiligten Verwaltungen vergewissert und, soweit eine Anschneidung oder Berührung des Grunewalds in Frage kommt, die Genehmigung zur Vornahme von Vorarbeiten im Grunewald erhalten. Von den weiteren Verhandlungen und vor allem von dem Entgegenkommen der Vororts-Gemeinden wird es abhängen, welche von den vielen an sich gleich guten und zweckmäßigen Linienführungen, die zum Teil unter-, zum Teil oberirdisch geplant sind, und deren jede einzelne für sich durchgearbeitet sind, Aussicht auf Verwirklichung bietet und deshalb zur weiteren Verfolgung geeignet erscheint. Alle Linien bezwecken eine weitere Erschließung der mächtig aufblühenden Gemeinden zwischen der Anhalter Bahn einerseits und der Stadtbahn und Wetzlarer Bahn andrerseits. Hierbei wird von dem Princip einer 30 bis 50 Kilometer betragenden Durchschnittsgeschwindigkeit und, im Gegensatz zu den bestehenden Vorortbahnen, einer schnellen Zugfolge bei der Verwendung kurzer Züge ausgegangen.

Mahlitz bleibt im Dienst. In der bekannten Disciplinarsache gegen den Berliner Gemeindebeamten Mahlitz, in der der Bezirksausschuß auf Dienstentlassung erkannte, hat Freitag das Ober-Verwaltungsgericht die Vorentscheidung in geheimer Sitzung aufgehoben und nur auf 100 M. Geldstrafe erkannt. Mahlitz wurde durch Rechtsanwalt Bahn vertreten.

Ausstellungserfolge. Die Große Berliner Kunst-Ausstellung, deren Schluß am Sonntag, den 4. Oktober, bevorsteht, wird finanziell sehr gut abschneiden. Der Besuch war im allgemeinen, trotz der vielfach ungünstigen Witterung, recht lebhaft, und auch die Verkäufe haben sich auf einer ansehnlichen Höhe gehalten. Jetzt, wo die Ausstellung ihrem Ende entgegengeht, ist die Nachfrage besonders rege. Da die Zahl der Bilder gegenüber den Vorjahren erheblich zurücksteht, so konzentriert sich die Aufmerksamkeit der Käufer vielfach auf die gleichen Werke. Ein Unikum ist wohl, daß ein Gemälde, die Arbeit eines Düsseldorfer Künstlers, nicht weniger als achtmal verkauft worden ist. — Wie sich jetzt bereits übersehen läßt, wird die Deutsche Städte-Ausstellung zu Dresden einen namhaften Ueberschuß abwerfen, der es gestatten dürfte, die seitens der deutschen Städte für die Ausstellung gemachten Aufwendungen zum größten Teil zurückzuerstatten. Seitens des Ausstellungskomitees ist jedoch der Vorschlag gemacht worden, den Städten anheimzustellen, den überschüssigen Betrag für die Ausstellung deutscher Städte auf der Weltausstellung zu St. Louis zu verwenden. Mit dieser Angelegenheit dürfte sich bereits die nächste Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen.

Opfer der Eitelkeit. Das Polizeipräsidium teilt mit: Trotz der vielfachen durch die Presse veröffentlichten Warnungen finden sich doch immer wieder Personen, die den gewerbsmäßigen Vermittlern von Titeln sowie den Veranstaltern von schwindelhaften Winkelausstellungen ins Garn gehen. Vor kurzem ist der Eigentümer einer großen Pianofortefabrik von einem derartigen Schwindler in Wien eingefangen und um ein Pianino und 1000 M. geschädigt worden. Das Instrument und die 1000 M. hatte er hergegeben, um ein Hoflieferantenprädikat zu erhalten, 3000 M. sollte er noch zahlen, wenn (!) er den Titel erhalten hätte, diese Stipulation hatte jedoch nur den Zweck, den Fabrikanten vertrauensselig zu machen, denn zur Verschaffung des Titels war der Schwindler selbstverständlich nicht im stande.

Den Bauernfang treiben ferner wieder der Unternehmer einer Winkelausstellung in Lorient (Frankreich) und einer „International Exhibition London, New Croß Hall". Beide Ausstellungen, die trotz der breitspurigen Bezeichnung als „internationale" selbst in nächster Nähe ganz unbekannt sind, sind das Werk von Privatspekulanten, denen es leider gelungen ist, einige sonst ganz achtbare Männer für ihr „Ausstellungskomitee" einzufangen, mit deren Namen und Titeln sie dann prunken. Die Ausstellung in Lorient (Morbihan) ist nach zuverlässigen Nachrichten vor einigen Tagen von dem Erbauer der Ausstellungsräumlichkeiten wegen Zahlungsunfähigkeit des Ausstellungsunternehmers mit Beschlag belegt worden, — die Ausstellung in London, New Croß, hat es gar nicht zu eignen Räumen gebracht, sondern nur in einem öffentlichen Gebäude einige mit Kreidestrichen abgegrenzte Räume für ihre Zwecke genietet, ist auch gar nicht zur Eröffnung gekommen, die Unternehmer haben aber die ihnen zugesandten Ausstellungsgegenstände, soweit sie eß- und trinkbar waren, für sich in Beschlag genommen und verzehrt. Im allgemeinen kann vor der Beschickung derartiger „Ausstellungen" wegen der ihnen gänzlich fehlenden Bedeutung nur gewarnt werden, zumal die gewerbliche Ausnutzung der auf ihnen „erworbenen" Preismedaillen und „Diplome" unter Umständen Anlaß zur strafrechtlichen Verfolgung wegen unlauteren Wettbewerbs geben kann.

Die gärtnerischen Arbeiten zur Neuregulierung der Straße „Unter den Linden" haben rund 60 000 M. gekostet. Für die Herstellung von Spiel- und Sitzplätzen sowie Fußwegen im Plänterwald sind im vergangenen Jahre rund 20 000 M. verausgabt worden, und für die Herstellung von Schmuckstreifen in der Frankfurter Allee, Thaer- und Proskauerstraße als erste Rate rund 14 500 M.

Entsprungen sind wieder einmal zwei „wilde Männer", der 27 Jahre alte Falschmünzer Josef Gelhaus und ein Einbrecher Max Haß. Gelhaus gehörte zu einer großen Falschmünzerbande, die den Osten und Westen Preußens mit falschen Staatspapieren überschwemmte, bis sie zum Teil in Posen und zum Teil hier ergriffen wurde. Gelhaus, dessen Bruder in Amsterdam verhaftet worden war, wurde mit dem 30 Jahre alten Buchdrucker Oswald Lache in der Hermannstraße zu Rixdorf in der Wohnung einer Schneiderin festgenommen. Er hatte einen geladenen Revolver bei sich, um einen Kriminalbeamten, der ihn von früheren Verbrechen her kannte, und von dem er wußte, daß er hinter ihm her war, zu erschießen. Da aber auch der Beamte von dieser Absicht Kenntnis hatte, so ging man bei den Beobachtungen sehr vorsichtig zu Werke und überraschte den gefährlichen Burschen bei der Festnahme dermaßen, daß er von der Waffe keinen Gebrauch machen konnte. Gelhaus und Lache wurden nach längerer Untersuchungshaft zur Beobachtung ihres Geisteszustandes nach der Charité gebracht. Gelhaus, der sich hier seit dem 14. August befand, lag in einem Pavillon zusammen mit einem ebenfalls zur Beobachtung eingelieferten Arbeiter Max Haß, einem gewerbsmäßigen Einbrecher, der mit Zuchthaus schon wiederholt bestraft ist. Als Donnerstagabend um 7¾ Uhr die Aerzte ihren Rundgang machten, war noch alles in Ordnung. Bald darauf aber bemerkten Wärter, daß Gelhaus und Haß fehlten. Sofort wurden nun sämtliche Gebäude der Charité abgesucht, auch alle Neubauten, aber von den Entwichenen fand man keine Spur. Gelhaus hatte seine Hausschuhe zurückgelassen. Wie die Flüchtigen entkommen sind, steht noch nicht fest, aber es unterliegt kaum einem Zweifel, daß sie von außen Hilfe bekommen haben. Gelhaus hat einen großen Bekanntenkreis. Aus diesem hat es wahrscheinlich jemand verstanden, unter dem Vorwande, einen nicht gefangenen Geisteskranken besuchen zu wollen, sich gestern während der Besuchszeit Einlaß in die Irrenabteilung zu verschaffen und dann auf irgend eine Weise mit Gelhaus in Verbindung zu treten. Ob die Flüchtigen über die Mauer entkommen sind, weiß man auch nicht, möglich ist auch, daß sie jetzt, während der vielen Bauarbeiten, ein Thor nicht gehörig verschlossen fanden. Haß wurde seit dem 20. August beobachtet.

Die Entsprungenen sind nach den Ermittelungen der Kriminalpolizei bereits aus Berlin entkommen. Ein Droschkenkutscher sah sie in der Nacht zu gestern in der Nähe der Sandkrug-Brücke, nicht weit vom Charitégelände. Sie trugen noch Anstaltskleidung und fragten den Kutscher nach dem Wege nach Schönhausen. Als aber der Kutscher die Gegenfrage stellte, was sie in Schönhausen wollten und was sie überhaupt in Anstaltskleidung auf der Straße suchten, da hielten sie sich nicht länger auf, sondern liefen nach Charlottenburg zu davon. Bis jetzt hat man ihre Spur noch nicht wiedergefunden.

Im Jahre 1902/03 benutzten 802 676 Personen gegen 1 456 431 Personen im Vorjahre die **städtischen Fluß-Badeanstalten.** Obgleich die Zahlen für dieses Jahr noch nicht vorliegen, kann heute schon übersehen werden, daß diese Zahlen überschritten werden. Der Besuch der Badeanstalten war in diesem Jahre größer als je zuvor. Dies gilt auch für die städtischen Volks-Badeanstalten, in denen der Besuch im ständigen Wachsen begriffen ist.

Ein orthographisches Kuriosum, das an der Halle der Hochbahn-Haltestelle „Kottbuser Thor" zu sehen war und von manchem Benutzer der Hochbahn mit Verwunderung betrachtet wurde, ist nun beseitigt worden. Die Streitfrage „C oder K — Cottbus oder Kottbus" war hier, dank dem blind waltenden Pinsel eines unparteiischen Schildermalers, in einer Weise gelöst worden, daß beide Parteien dabei zu ihrem Recht kamen und leider doch keine befriedigt wurde. Wer von Osten, vom Schlesischen Thor her sich dem Bahnhof näherte, bemerkte an der Stirnseite der Halle ein Schild mit der Aufschrift „Kottbuser Thor". Wer dagegen von Westen, vom Halleschen Thor her kam, dem leuchtete von der Höhe der Bahnhofshalle die Aufschrift „Cottbuser Thor" entgegen. Doch das ist jetzt anders geworden. Sämtliche Namenschilder des Bahnhofs haben nunmehr die Aufschrift „Kottbuser Thor" erhalten, so daß hier endgültig die K-Partei den Sieg davongetragen hat und die C-Partei unterlegen ist.

Die Deutsche Gesellschaft für Volksbäder hat, der ihr gewordenen Einladung nach Kassel folgend und im Einvernehmen mit den städtischen Behörden daselbst, ihren nächsten Jahreskongreß auf den 13. Mai 1904 festgesetzt.

Tod im Elend. Vom Armenvorsteher tot aufgefunden wurde die 57 Jahre alte Arbeiterfrau Emilie Rissel in der Straußbergerstr. 37. Frau Rissel, deren Mann sich seit vier Monaten im städtischen Siechenhause in der Fröbelstraße befindet, ernährte sich durch Mäntelnähen. Da sie in der letzten Zeit ebenfalls kränkelte, so riet man ihr, sich an die Armenverwaltung zu wenden. Der Kommissionsvorsteher Malermeister Klatt bewilligte ihr am Montag auch freie Arznei. Am Dienstag sollte sie den Schein holen, aber sie ließ sich nicht wieder sehen. Als nun der Armenvorsteher sich am Donnerstagnachmittag nach ihr erkundigen wollte, fand er sie in der nicht verschlossenen Kellerwohnung tot in ihren Kleidern auf dem Bette liegen. Ein Arzt stellte fest, daß der Tod schon zwei Tage vorher eingetreten war, vermutlich infolge eines Herzschlages.

Ein doppeltes Unglück. Die Arbeiterfrau Schmidt aus der Görlitzerstraße 60 verlor vor vier Wochen durch den Tod ihren Mann. Da sie sich seitdem durch Mäntelnähen ihren Lebensunterhalt erwerben mußte, so blieb ihre 70 Jahre alte Mutter, die zur Beerdigung ihres Schwiegersohns nach Berlin gekommen war, noch bei ihr, um sich der drei kleinen Kinder anzunehmen. Die bejahrte Frau, eine Witwe Franziska Feile aus Reichenstein, wollte nun vorgestern, Donnerstagnachmittag, eine Anzahl Mäntel dem Schneider abliefern. Dabei brach sie vor dem Hause Andreasstraße 75 plötzlich zusammen, verlor das Bewußtsein und starb auf dem Wege nach der Unfallstation am Grünen Weg in der Droschke. Die Leiche wurde zur Feststellung der Todesursache beschlagnahmt.

Theater. Oktave Mirbeaus im „Theatre français" dargestellte Komödie „Geschäft ist Geschäft" wird als nächste Novität des „Deutschen Theaters" vorbereitet. Die erste Aufführung soll am selben Abend mit der des Wiener „Burgtheaters" stattfinden, voraussichtlich am 2. Oktober.

Aus den Nachbarorten.

In der letzten Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten wurde ein Antrag angenommen, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, wonach für die Ueberschwemmten eine Unterstützung von 5000 M. bewilligt wird. Für einen Antrag des Genossen Vogel, die Summe auf 10 000 M. zu erhöhen, stimmte nur die socialdemokratische Fraktion. Eine längere Debatte knüpfte sich an die Vorlage betreffend Grunderwerb zur Erweiterung der Rieselfelder im Betrage von rund 1 112 000 M. Hierbei mußte vom Magistratsvertreter zugegeben werden, daß die bisherigen Rieselfelder wohl noch für längere Zeit ausreichen würden, wenn nicht die an maßgebender Stelle gewollte schnurgerade Heerstraße nach dem Döberitzer Uebungsplatze über einen Teil der Rieselfelder führte und dieser Teil daher für diesen Zweck abgetreten werden müßte. Die betreffende Vorlage wurde einer Kommission überwiesen, zu der auch Genosse Pasche gehört. Bei dieser Gelegenheit wurde auch angefragt, welches Resultat die Reise des Stadtbaurats für den Tiefbau nach England gehabt habe behufs Kenntnisnahme der Resultate, die man dort mit dem sogenannten biologischen Verfahren zur Unschädlichmachung der Abwässer gemacht habe, zu welcher Reise von der Stadtverordneten-Versammlung 800 M. bewilligt worden waren. Schon damals hatte die socialdemokratische Fraktion allein gegen diese Bewilligung gesprochen und gestimmt, weil sie der Ansicht war, daß dieses biologische Verfahren in seiner Wirkung der unsrer Rieselfelder sehr nachstehe. Der Stadtbaurat antwortete, er habe sich überzeugt, daß die Wirkung unsrer Rieselfelder eine weit bessere sei und daß das biologische Verfahren für unsre Stadt in absehbarer Zeit nicht in Betracht kommen könne.

Rixdorf. Im Feuermeldewesen unsrer Stadt haben sich in letzter Zeit noch verschiedene Mängel gezeigt. Der Magistrat hat daher zur Revision des Feuermeldewesens eine Kommission eingesetzt, zu welcher auch Mitglieder der Feuerwehr herangezogen werden sollen. — Das Kaiser Friedrich-Realgymnasium, dessen neues, prächtig ausgestattetes Schulgebäude an der Kaiser Friedrichstraße erst seit kurzer Zeit in Gebrauch genommen ist, hat sich einer so starken Frequenz zu erfreuen, daß bereits eine Erweiterung in Aussicht genommen werden muß. Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, zu diesem Zwecke ein Nachbargrundstück zum Preise von 49 000 Mark anzukaufen. — Die Stadtverwaltung geht mit dem Projekt um, eine städtische Hypothekenbank zu errichten. Der Magistrat wird sich demnächst mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigen. — Der Humboldt-Akademie sowie dem Verein zur Förderung der Kunst sollen auch im bevorstehenden Winterhalbjahr Räume im Kaiser Friedrich-Realgymnasium unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. — Die hiesige Schuhmacher-Innung hatte an den Magistrat das Gesuch gestellt, Schuhwaren von dem Verkauf auf den Jahrmärkten in Zukunft auszuschließen. Der Magistrat hat dieses Gesuch jedoch abgelehnt.

Der Krankenhausnot in Rixdorf will die Stadtverwaltung abhelfen durch Errichtung eines transportablen Krankenpavillons Döckerschen Systems auf dem Grundstück der städtischen Krankenanstalt bezw. dem benachbarten, demnächst freiwerdenden Gebäude der städtischen Gasanstalt. Der Pavillon soll 2 Krankensäle zur Unterbringung von 50 Kranken (chirurgische Abteilung), einen Operationsraum und die erforderlichen Nebenräume enthalten. Die Verträge mit den jetzigen Aerzten der Krankenanstalt sollen gekündigt und dafür ein leitender Arzt sowie zwei ständige Assistenzärzte angestellt werden. Die Kosten des Krankenpavillons sind auf 40 000 M., die der inneren Ausstattung einschließlich der zur Errichtung des Operationsraumes nötigen Instrumente auf 20 000 M. veranschlagt. Nach Fertigstellung des großen städtischen Krankenhauses in Buckow soll der Döckersche Krankenpavillon dort als Isolierbaracke, Epidemiestation oder dergleichen Verwendung finden. Man hofft, durch Errichtung dieses Pavillons und die Anstellung ständiger Aerzte, darunter eines Chirurgen, dem auf dem Gebiete des Krankenhauswesens vorhandenen Bedürfnis bis zur Fertigstellung des projektierten Krankenhauses in ausreichender Weise genügen zu können.

Potsdam. Die **Urwähler-Listen** zu den Landtagswahlen werden heute, Sonnabend, sowie Montag und Dienstag vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr in unsrem Bureau I, Zimmer Nr. 28 im Rathause, 1 Treppe hoch rechts, öffentlich ausliegen. Etwaige Einwendungen gegen die Richtigkeit dieser Listen können in den bezeichneten Tagen schriftlich eingereicht oder bei dem Herrn Sekretär Dietrich zu Protokoll gegeben werden.

Ueber die Potsdamer Straßenbahn-Gesellschaft schreibt eine Korrespondenz: Bei der Potsdamer Straßenbahn macht sich anscheinend schon eine Art Uebergangsstimmung geltend, weil wahrscheinlich schon zum 1. Januar 1904 das Abkommen wegen Uebernahme der Bahn durch die Stadt Potsdam und Umwandelung des Betriebes in einen elektrischen perfekt wird. Die jetzige Gesellschaft verhält sich seit einiger Zeit ziemlich gleichgültig gegen die Wünsche und Beschwerden des Publikums und ihrer Angestellten und sucht zu sparen, wo es nur geht, selbst auf Kosten der Gesundheit ihres Personals. Volle 17 Stunden stehen die Kutscher auf dem Vorderperron der Wagen und sind, da sie nur einen Mantel geliefert bekommen, abends durchnäßt bis auf die Haut, wenn es so, wie in den letzten Tagen, unausgesetzt regnet. Sechs Wochen hatte die Gesellschaft den Betrieb vor dem Brandenburger Thor eingestellt, weil die Alte Luisenstraße gepflastert wurde. Die Strecke ist nun schon seit dem 12. d. M. fertig, aber noch immer ist der Betrieb auf derselben nicht wieder eröffnet.

Gerichts-Zeitung.

Eine Unglückliche. Die seit dem 23. Mai in Untersuchungshaft sitzende Lehrerin Fräulein v. Lühmann, die Heldin eines sonderbaren Revolverattentats, wurde gestern abermals der 3. Strafkammer vorgeführt. Wie erinnerlich sein wird, hatte das 31jährige Fräulein in dem Hausdiener Gausch, der an Bildung und Umgangsformen ihr nicht das Wasser reichen konnte, ihre „erste Liebe" gefunden. Als sie feststellte, daß ihr Liebhaber ihr ungetreu sei, hatte sie ihn eines Abends vor seiner Wohnung gestellt, ihn gefragt, ob er sein Eheversprechen halten wolle. Als er auswich, beschwor sie ihn, sie nicht der Schande preiszugeben, und als er sie darauf kurz abwies zog sie einen Revolver hervor und gab einen Schuß auf G. ab, der ihm die Mütze vom Kopf riß und dann in die Decke einschlug. Das ursprünglich auf versuchten Mord gerichtete Verfahren ist schließlich auf Bedrohung eingeschränkt worden. Schon in einem früheren Termin hatte sich die Angeklagte gegen die Vermutung, daß sie geistig nicht gesund sei, entschieden gewehrt und erklärt, daß Medizinalrat Dr. Mittenzweig in dieser Beziehung wohl nur von ihren Verwandten, aber nicht von ihr angerufen worden sei. Dr. Mittenzweig hatte begutachtet, daß die Angeklagte zwar nicht geisteskrank, aber doch stark hysterisch sei. Demgegenüber hatte die Angeklagte die Vorladung des Professor Dr. Klemperer verlangt und außerdem erklärt, daß sie auf einen nicht aufgefundenen Augenzeugen nicht verzichten könne. Deshalb mußte der Termin vertagt werden. Jetzt hatte sie sich vorführen lassen, um zu erklären, daß sie sowohl auf Medizinalrat Dr. Mittenzweig als auch auf Professor Dr. Klemperer und den fehlenden Zeugen verzichte und die Sache gern zu Ende gebracht sehen möchte. Sie verstand sich aber nicht dazu, sich der bewußten Bedrohung schuldig zu bekennen, sondern blieb bei der Versicherung, daß sie „aus Verzweiflung" gehandelt habe. Bei dieser Sachlage verblieb der Gerichtshof bei seinem früheren Beschluß. Rechtsanwalt Dr. Schwindt beantragte nunmehr die Haftentlassung, da bis zum Auffinden des fehlenden Zeugen wohl noch längere Zeit vergehen könnte und das Höchstmaß der Strafe nur sechs Monate Gefängnis betrage. Staatsanwalt Langen widersprach der Entlassung, um die auch die Angeklagte mit der sonderbaren Motivierung bat, „daß ihr Leben und ihre Gesundheit durch Einführung von Gas in ihre Zelle aufs höchste gefährdet werde". — Der Gerichtshof lehnte hierauf den Haftentlassungs-Antrag ab.

Vermischtes.

Die Hochwasserkatastrophe in den östreichischen Alpenländern. Die Nachrichten aus den vom Hochwasser heimgesuchten Teilen der östreichischen Alpenländer lauten immer trostloser. Viele Ortschaften sind gänzlich vom Verkehr abgeschnitten, und es tritt daselbst Mangel an Lebensmitteln ein. Zahlreiche Menschen sind in den Fluten umgekommen. Sehr viel Ackerboden ist weggeschwemmt worden. Ueberall ist militärische Hilfe thätig. Die östreichischen Landtage beschäftigen sich mit Notstandsangelegenheiten. Sehr hart mitgenommen ist Uggotritz in Kärnten, wo der Fellabach sich ein neues Bett gesucht hat. Die Wildbäche schleppen Geröll in großen Massen, viele Häuser sind bis an das Dach mit Schutt bedeckt. Eine alte Frau wurde von dem Hochwasser bei dem Herd überrascht und fortgetragen. Aus Spittal an der Drau wird gemeldet, daß auf der Lieser Särge und Leichen treiben. Gmünd ist durch den Einsturz der Lieserbrücke vollkommen abgeschnitten; die Lebensmittel werden den Bewohnern mit Seilen hinaufgeschafft. 30 Personen werden vermißt. In das Elektricitätswerk in Gmünd und in ein Bauerngehöft im Alterweg schlug der Blitz ein. Mit dem Gehöft sind 7 Personen verbrannt. Im Feistritzthal haben die Bewohner ihre Häuser verlassen müssen, irren in Wäldern und auf Berggipfeln umher und schreien um Hilfe. Leoben im Katschthal ist vollständig vernichtet. alle 32 Häuser wurden von den Fluten weggerissen, Särge und Leichen aus dem Friedhof fortgeschwemmt. Gastein ist im vollsten Sinne des Wortes abgesperrt; es kann kein andrer als telegraphischer Verkehr mit Gastein stattfinden. Gessenharters Dependance ist spurlos verschwunden, das Mietshaus Höller, das Oekonomiegebäude Hotel „Zum Hirschen" ist verloren, das Grand Hotel „Gasteinerhof", ein Prachtbau, der eine Million gekostet hat, ist um ein bis zwei Decimeter gesunken, das Hotel Grabenwirt mußte geräumt werden, die elektrische Anlage Gessenharter samt Maschinen ist weggeschwemmt. Das Thermalwasser ist abgesperrt, die Mühle Windischbauer in Badbruck ist zerstört, zehn Brücken, auch die Schreckbrücke über den Wasserfall, sind zerstört.

Eine niedergebrannte Stadt. Wie aus Lemberg gedrahtet wird, ist die Stadt Monasterzyska samt der Vorstadt Folwarki niedergebrannt. 4000 Einwohner sind obdach- und brodlos. Das Elend ist groß. Ebenso steht die Kreisstadt Zloczow in Brand.

Untergang eines Dampfers. Während eines Orkans in Hongkong kenterte der Dampfer „Onling" auf der Höhe von Kwangtschauwan. Hundert Personen sollen ertrunken sein.

Ein schweres Verbrechen ist, wie ein Telegramm aus Moskau meldet, in der Gemeinde Tulpan, Gouvernement Perm, begangen worden. Acht Personen, darunter vier Kinder, sind ermordet worden. Um das Verbrechen zu verbergen, hatten die Verbrecher das Haus in Brand gesetzt. Eine des Mordes verdächtige Person wurde verhaftet.

Die Rettungsstation Prerow der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 17. September von dem hier gestrandeten Schuner „Emblа", Kapitän Person, mit Holz von Abo nach Flensburg bestimmt, 60 Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet.

Briefkasten der Redaktion.

R. 500. Können wir nicht ermitteln.

A. E. 12. Wegen Umschulung Ihres Kindes wenden Sie sich an den Rektor der Schule, und wenn Sie dort abschlägig beschieden werden, an die Schuldeputation im Rathause.

Diskutierklub. Wir können Ihnen im Augenblick nur „Südost" nennen. Jeden Mittwoch bei Tolksdorf, Görlitzerstr. 58.

Discher. Puttbuserstraße. Die Parteitags-Protokolle früherer Jahre sind in unsrer Buchhandlung zu haben.

W. D. Nein. — **R. G.** Uns leider auch nicht bekannt. — **J. R. W.** Das können wir Ihnen auch nicht angeben. — **Gablonz.** Alles ganz gut; allein der Briefkasten ist dafür nicht die rechte Stelle. Was über die „Revision" gesagt werden kann, das ist im politischen Teil des „Vorwärts" geschehen und wird auf dem Parteitag seine Fortsetzung finden. — **E. K. 66.** 1. Das ist möglich, aber nicht bestimmt nachgewiesen. 2. Teils im Wasser, teils in selbst gegrabenen Höhlen und Gängen am Ufer. Ist rötlich und schwimmt vorzüglich. — **145.** Arzt fragen. — **A. B.** Läßt sich ohne Einsichtnahme in die Rechnungen und Bücher nicht sagen. — **K. S.** 1. Nein, nie! 2. Fünf Jahre lang; ausgewiesen 1898. — **A. O.** Antonstraße. Das giebt es im Briefkasten nicht. — **M. G. 139.** Schiffbauerdamm 15.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

— **C. H.** Wenden Sie sich an die Versicherungsgesellschaft. — **A. B. 4.** So weit aus Ihrer Darstellung ersichtlich, müssen Sie das Geld sich holen. — **K. K. 100.** Soweit ersichtlich, ist der Sohn nicht alimentationspflichtig. Er ist nur dann und nur so weit alimentationspflichtig als dies ohne Beeinträchtigung seiner standesgemäßen Unterhaltung und seiner Familie möglich ist. Die Mutter kann keineswegs der Heirat widersprechen. — **F. K.** Soweit ersichtlich, liegt Wahlberechtigung vor. — **U. 2.** Unbestimmt. — **H. F., Albert Fritz.** Ja. — **Franz Radau.** 1. So oft dies erforderlich ist. 2. Nein. — **L. R.** 1., 2. und 4. Nein. 3. Klagen Sie auf Zahlung und lassen siegeln. — **A. B. 48., A. B. 1878., W. B. 66.** Nein. — **B. 100.** 1. Ja. 2. Unverständlich ohne Einsicht in die Steuer-Einschätzung. — **Alfred 23.** 1. Das hängt von der Größe der Wohnung ab. 2. Ja. 3. Nur Einen. — **D., Weißensee.** Sie müssen Zutritt ermöglichen. — **J. P.** Die Partei hat keinen Anlaß Rechtsgeschäfte abzuschließen. — **O. L.** Sie können sich beschweren; die Steuern müssen vierteljährlich gezahlt werden. — **P. M. 100.** 1. Ja. 2 und 3. Nein. — **P. S.** Das hängt davon ab, wann die Listen werden ausgelegt werden. — **Laube.** Kündigung ist nicht nötig. — **A. H. 56.** 1. und 2. Nein. — **H. K. 97.** 1. Das Ober-Landesgericht in Berlin trägt den Namen Kammergericht (Lindenstr. 14). 2. Vermutlich wird Sie Geldstrafe treffen. Ratschläge, wie Sie sich in einem uns nicht bekannten Fall zu verteidigen haben, sind unmöglich. Die juristische Sprechstunde giebt Ihnen die Möglichkeit, Ihren Fall darzulegen. — **Triberg.** 1. Einspruch wäre zwecklos. 2. Wenden Sie sich an den Vorstand der eingetragenen Patentanwalte, Unter den Linden 16. — **S. F.** Was aus Kassenstatuten folgt, ist ohne Einsicht in dieselben zu beantworten unmöglich. — **H. F.** Legen Sie Ihren Fall in der juristischen Sprechstunde dar.

Witterungsübersicht vom 18. September 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	771	NO	2	heiter	14	Haparanda	778	NO	2	Nebel	3
Hamburg	770	NO	2	Nebel	13	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	769	Still	—	Nebel	14	Cork	764	S	6	bedeckt	14
Frankf. a. M.	769	N	2	bedeckt	11	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	770	SW	2	bedeckt	8	Paris	771	ONO	1	wolkenl	7
Wien	769	NW	2	bedeckt	10						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 19. September 1903.

Vielfach heiter, am Tage etwas wärmer bei mäßigen östlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Telephon Amt III, No. 1939.

Kein Laden! Kein Laden!

Unsre Verkaufsräume befinden sich jetzt nur

Spandauer Brücke 7, 1 Tr. (zweites Haus vom Hackeschen Markt.

Cigarren, die durch den Umzug etwas gelitten haben, sowie solche, deren Packungen wir aufgeben, verkaufen wir

zu ausserordentlich billigsten, nie wiederkehrenden Preisen

1000 Stück 40 Mk.

Ferner — soweit der Vorrat reicht — jetzt pro 100 Stück:

Coola, Sumatra Bock	M. 2,50	Patricia, gr. Vorstenland	M. 3,65	St. Andreas Mexico (vorsort.)	M. 4,50
Arca, rein überseeisch	„ 3,—	Buen Aroma, Torpedo	„ 3,90	Ant. Barillas, mild u. fein	„ 5,—
Especial, volle Sumatra	„ 3,40	Amirola, 6 Pfg.-Cigarre	„ 4,—	National, würzig u. voll	„ 5,25
El Deckada, Sum. Regalia	„ 3,50	Flor de St. Felix, kräftig	„ 4,35	La Nobleza, zartester Deli	„ 6,—

Belleza, Deli mit Havana-Mischung, mild und feinblumig, Façon wie obige Abbildung, 100 Stück **Mk. 5.—**

Seltene Gelegenheit! Brema ca. 12 cm. lang, ca. 6 cm Umfg. schneeweisser Brand, vorzüglicher Geschmack, elegantes Façon. 1000 Stck. **30 Mk.**

Nicht unter 100 Stück von einer Marke — 300 Stück franko unter Nachnahme. — Nichtkonvenierendes nehmen zurück.

Czollek & Geballe, Cigarren-Fabrik- jetzt Spandauer Brücke 7, I.

BERLIN. Engros-Lager, früher: „Unter den Linden 20".

Lieferanten für Kasinos, Kantinen und Genossenschaften.

Für Wiederverkäufer: Restbestände zu fabelhaft billigsten Preisen.

Kein Laden! Am 22. und 23. dieses Monats geschlossen. Kein Laden!

Preisliste franko.

Brauerei Karl Gregory Aktien-Gesellschaft

Berlin N.

empfiehlt ihre vorzüglichen Biere aus bestem Malz und Hopfen hergestellt, als:

Lager-Bier (goldgelb)

Pilsener Bier (Specialität)

Hofbräu (nach Münchener Art)

in Gebinden und Flaschen. 2514 L*

Wohlfahrts-Geld-Lotterie

Ziehung: 28. Sept.–2. Okt.

16 870 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.

575000

Hauptgewinn: Mark

100000

50000

25000

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,30.

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Max Lippold, Mainz,

Hauptkoll. d. Hess.-Thür. Staatslott.

Wiederverkäufer gesucht.

Wollen Sie vorteilh. kaufen?

So kaufen Sie nach Gewicht!

Ich führe **nur erstklassige Marken** und notiere bis auf weiteres ab m. Lagerplatz

Berlin O., Brombergerstr. 15/16 (königl. Ostbahnhof)

Ia Senftbrgr. Marienglück, 7", p. Ctr. (110—120 Stück) 75 Pf.

Ia Diamant, 7", ges. gesch. Qual., unerreicht, p. Ctr. (110-120 St.) 80 Pf.

I. Ilse-Briketts, 7", bei 50 Ctr. p. Ctr. (110—120 Stück) 85 Pf.

Ia Ilse u. Diamant, Halbsteine sowie Wurf-Briketts, Ia Qual., p. Ctr. 65 Pf.

frei Keller pro Centner 10 Pf. mehr. Salon-Briketts bei 100 Ctr. 5 Pf. billiger. — Ia doppelt gesiebten **Anthracit Cade** p. Ctr. M. 1,90, Buchen-, Birken-, Kiefern-Kloben I. Klasse, zerkl. auf eig. Maschinen, 2—3 Schnitt, p. Mtr. M. 11,—, 4—6 Schnitt 50 Pf. mehr. Ia **Oberschl. Steinkohlen** u. **andre billigere Marken** in Briketts II. Qualität, sowie **Coaks,** grob u. zerkleinert, liefere laut Preisliste. 2655 L*

Bei Original-Waggons u. gröss. Abschlüssen direkt von d. Gruben verl. Sie meine Special-Offerte.

A. B. Koch, Berlin O., **Kohlen-Grosshändler.**

Luisenstädt. Klubhaus,

Auenstr. 16. Inh. H. Grupe.

Saal für Vereine.

3 Vereinszimmer. Fernspr. 7a, 7301.

Generalvertreter: **C. F. Heinz,** NW. 21, Dreysestrasse 9.

Fehlt Ihnen etwas?

für die neue Wohnung, so gehen Sie rechtzeitig in unser Special-Haus. Dortselbst finden Sie eine überraschend grosse Auswahl von Neuheiten in

Teppichen, Portieren, Gardinen,

Diwan-, Tisch- u. Steppdecken, Möbel- u. Läuferstoffen etc.

Da wir riesige Waren-Posten gegen Cassa-Zahlung ungemein günstig erworben haben, verkaufen wir obige Artikel

zu **wirklich spottbilligen Preisen.**

Teppichhaus B. Adler & Co.,

Königstrasse 20-21, an der Jüdenstrasse.

Jos. Gremmer's Wwe.

Landshut, Bayern.

Erste und älteste

Brasiltabakfabrik

Brasilschnupftabak per Pfd. Mk. 170, Mk. 1.50 und Mk. 1.30. Von 6 Pfd. an franco.

Staniol-Packete zum 10 Pfg.- und 5 Pfg.-Verkauf.

Beste und vortheilhafteste Bezugsquelle.

Per Kassa von 6 Pfd. an 3 % Sconto und 3 % Jahresumsatzprämie

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pf.,** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager in **Uhren, Goldwaren, Ketten** zu erstaunlich billigen Preisen. **Dukaten-Trauring, 900 gest.,** 1½ Dukaten 15,50, 2 Dukaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echt Rathenower Brillen, Pinceneg, Operngläser. 19672*

T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Meine weit über die Grenzen des Deutschen Reiches bekannten Fabrikate von

Herren- und Knaben-Garderobe

bringe ich zur diesjährigen

Herbst- und Winter-Saison

in verblüffend schönen Mustern und grosser Auswahl zum Verkauf wie folgt:

Farbige Jackett-Anzüge.

Ein- und zweireihige moderne Form mit senkrechten oder geraden Taschen.

Jackett-Anzug	von schwarz-weiß gestreiftem Buckskin. Sehr modern	17,50 Mk.
Jackett-Anzug	von dunklem Buckskin mit weißen Effektfäden. Sehr solide Neuheit	20,— „
Jackett-Anzug	von Kammgarn mit feinen Effektstreifen, sehr elegant	25,— „
Jackett-Anzug	von dunklem Cheviot oder Buckskin mit weißen, blauen, roten oder gelben Effektstreifen	25,— „
Jackett-Anzug	von dunkelgrauem Cheviot, kleinkariert. Für die Strapazur zu empfehlen	30,— „
Jackett-Anzug	von dunklem Buckskin mit schmalen oder breiten Streifen. Sehr vornehm	30,— „
Jackett-Anzug	von Buckskin, dunkelgrau oder bräunlich mit farbigen Noppen. Größte Neuheit	35,— „
Jackett-Anzug	von Streichgarn, schwarz mit weißen oder roten Streifen. Sehr beliebt	35,— „
Jackett-Anzug	von Kammgarn, schwarz-weiß kariert oder gestreift. Hochelegant	40,— „
Jackett-Anzug	von schwarz-weiß gemustertem Cheviot. Kolossal haltbar	40,— „
Jackett-Anzug	von dunklem Kammgarn mit weiß gesprenkelt. Sehr aparte Neuheit	45,— „
Jackett-Anzug	von Diagonal-Kammgarn, mittelgrau oder marengo. Aeußerst solide	45,— „
Jackett-Anzug	von schwarz-weiß gestreiftem Kammgarn. Sehr vornehm	50,— „

Cheviot-Jackett-Anzüge.

Schwarz und blau.

Ein- und zweireihige, moderne Form.

Jackett-Anzug	von Diagonal-Kammgarn-Cheviot, schwarz oder blau	20 Mk.
Jackett-Anzug	von Diagonal-Cheviot, schwarz oder blau. Sehr vorteilhaftes Angebot	25 „
Jackett-Anzug	von Kammgarn-Cheviot, schwarz oder blau. Erprobte Qualität	30 „
Jackett-Anzug	von Diagonal-Cheviot, schwarz oder blau. Größte Haltbarkeit	30 „
Jackett-Anzug	von Diagonal-Cheviot, schwarz oder blau. Für die Strapazur sehr zu empfehlen	35 „
Jackett-Anzug	von reinwollenem Cheviot, schwarz oder blau. Feinste Verarbeitung	40 „
Jackett-Anzug	von feinstem Cheviot, schwarz oder blau. Vollständiger Ersatz für Maßarbeit	45 „
Jackett-Anzug	von Diagonal-Cheviot, schwarz oder blau. Das Beste, was in Haltbarkeit geboten	50 „

Schwarze Kammgarn-Jackett-Anzüge.

Einreihige, streng moderne Form.

Jackett-Anzug	von Satin-Kammgarn, sehr nobel	20 Mk.
Jackett-Anzug	von schwachgerippptem Kammgarn	25 „
Jackett-Anzug	von schmalgerippptem Kammgarn. Höchst elegant	30 „
Jackett-Anzug	von Satin-Kammgarn. Erprobte Qualität	30 „
Jackett-Anzug	von schmalgerippptem Kammgarn. Sehr haltbar	35 „
Jackett-Anzug	von Corescom-Kammgarn. Beste Verarbeitung	40 „
Jackett-Anzug	von Kammgarn-Twills. Sehr vornehm	40 „
Jackett-Anzug	von bestem Rips-Kammgarn. Ersatz für Maßarbeit	45 „

Farbige Rock-Anzüge.

Einreihige chice Form.

Rock-Anzug	von schwarz-weiß gestreiftem Buckskin. Sehr vornehm	33 Mk.
Rock-Anzug	von Streichgarn, schwarz mit weißen Effektstreifen	38 „
Rock-Anzug	von schwarz-weiß gesprenkeltem Kammgarn. Sehr aparte Neuheit	43 „
Rock-Anzug	von Kammgarn, schwarz-weiß klein kariert. Ersatz für Maßarbeit	48 „

Schwarze Rock-Anzüge,

einreihige, vornehme Form, hochelegant und tadellos sitzend, von Cheviot, Kammgarn oder Tuch-Kammgarn, 27, 33, 38, 43, 48 und 53 Mk.

Farbige Gehrock-Anzüge.

Zweireihige Form.

Gehrock-Anzug	von reinwollenem Cheviot, marengo melliert	36 Mk.
Gehrock-Anzug	von Cheviot, schwarz-weiß gestreift oder dunkelgrau klein kariert	42 „
Gehrock-Anzug	von grau-weiß gemustertem Cheviot. Sehr aparte Neuheit	48 „
Gehrock-Anzug	von bestem reinwollenem Coating, dunkelgrau oder marengo. Ersatz für Maßarbeit	54 „

Schwarze Gehrock-Anzüge.

Zweireihige vornehme Form.

Hierin liefere ich das Vollkommenste, was auf dem Gebiete der Bekleidung geboten.

Grosse Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

Gehrock-Anzüge	von feinem Rips-Kammgarn	30, 36, 42 und 48 Mk.
Gehrock-Anzüge	von hochfeinem Tuch-Kammgarn. Ersatz für Tuch	48, 54 und 60 Mk.

Beinkleider.

Eleganter, vornehmer Schnitt und gute Passform.

Beinkleider von Buckskin, Cheviot oder Kammgarn, farbig, gestreift. 3,50, 4,50, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 bis 18 Mark.

Beinkleider von schwarzem Satin, Kammgarn, Tuch-Kammgarn oder Cheviot. 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14 bis 20 Mark. 26682

Herbst-Paletots,

einreihige, chice Form mit senkrechten oder geraden Taschen, von dunkelfarbigen, mellerten oder gestreiften, modernen Stoffen 20, 25, 30, 35, 40 und 45 Mark.

Havelocks,

einreihige Form, ohne Aermel, mit voller, vorn abgefütterter Pelerine, von wetterfestem Loden, in mittel- oder dunkelgrau, marengo, ohne oder grünlich melliert 8,50, 12, 15, 20, 25, 30 und 35 Mark.

Der Havelock ist für die jetzige Jahreszeit das bequemste und vorteilhafteste Kleidungsstück.

Die Preise sind billig, streng fest, und geschieht der Verkauf nur gegen bar.

Versand nur gegen Nachnahme. ● Auswahl-Sendungen werden nicht gemacht.

Jede weitere Anpreisung halte ich für überflüssig, denn meine Fabrikate empfehlen sich von selbst, sobald der Kauflustige dieselben auf Sitz, Verarbeitung, Qualität und Preis probiert.

Carl Stier,

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.

BERLIN SO., Oranien-Strasse 166.

Potsdam, Nauener Strasse 23.

Der illustrierte Katalog für Herbst und Winter ist erschienen und wird auf Wunsch gratis und franko versandt.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Landtagswahl.

Die „Freisinnige Zeitung" wendet sich energisch gegen unsre auch auf der Brandenburger Provinzialkonferenz ausgesprochene Forderung, nur solche liberale Wahlmannskandidaten gegebenen Falls in der Stichwahl zu unterstützen, die vorher erklärt haben, unabhängig genug zu sein, um bei der Abgeordnetenwahl ohne jede Rücksichtnahme stimmen zu können. Die „Freisinnige Zeitung" muß selbst zugeben, daß die an sich ja selbstverständliche Forderung in Berliner freisinnigen Kreisen anerkannt wird, bezeichnet sie aber ihrerseits als unannehmbar gerade für unabhängige Männer. Das Geschreibsel der „Freisinnigen Zeitung" entspringt aus der Furcht, daß die „freisinnigen" Wahlmänner sich durch die gewünschte Erklärung kompromittieren. Natürlich kann die Socialdemokratie deshalb nicht von ihrer Forderung zurücktreten; sie ist keineswegs akademischer Natur, sondern uns durch die praktische Erfahrung bei den Landtagswahlen 1898 in Breslau geradezu aufgezwungen. Dort erklärten die Freisinnigen **nach** der Urwahl, daß sie das Recht der ausschlaggebenden socialdemokratischen Wahlmänner auf eins der drei Mandate wohl anerkannten, daß sie aber leider nicht in der Lage seien, dem Rechnung zu tragen, weil ein erheblicher Teil ihrer Wahlmänner zu abhängig sei, um öffentlich für einen socialdemokratischen Abgeordneten zu stimmen. In eine derartige Zwangslage darf sich die socialdemokratische Partei nicht wieder bringen lassen, ganz abgesehen davon, daß der Ehrenposten eines Wahlmannes überhaupt nur vollkommen unabhängige Personen übertragen werden darf. Ein Wähler, der selbst mutig die Konsequenzen socialdemokratischer Stimmabgabe auf sich nimmt, sollte einen Hasenfuß als seinen Vertrauensmann zur Abgeordnetenwahl schicken, der nicht einmal andeuten darf, daß er eventuell, um seiner Partei ein oder zwei Mandate zu sichern, auch für einen Socialdemokraten stimmen könnte? Wir glauben, daß kein echter Socialdemokrat so etwas für möglich hält. Die Konsequenzen seiner „unentwegten" Haltung eines „völlig unabhängigen" Mannes mag sich Herr Richter reiflich überlegen.

•

In der bürgerlichen Presse lesen wir:

„Aus dem Unterschiede der Zahl der socialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen und derjenigen bei den bevorstehenden Abgeordnetenhaus-Wahlen wird man daher mit einiger Sicherheit erkennen können, wie viele von den socialdemokratischen Wählern des 16. Juni in Wirklichkeit überzeugte Anhänger der Socialdemokratie sind und wie viele aus irgend einem Grunde ihr ihre Stimme zugewandt haben, ohne in Wirklichkeit ihre Gesinnungsgenossen zu sein. Stellt sich, wie nach Lage der Dinge mit einiger Sicherheit anzunehmen ist, der Unterschied zwischen den socialdemokratischen Reichstagswählern und den socialdemokratischen Landtagswählern als sehr beträchtlich heraus, so wird dadurch den socialdemokratischen Prahlereien mit den mehr als drei Millionen von ihnen erlangten Wahlstimmen ein heilsamer Dämpfer aufgesetzt werden."

Erst durch die niederträchtigsten Mittel große Arbeitermassen verhindern, ihrer Gesinnung Ausdruck zu geben, und dann zu spotten, jene Gesinnung habe nur eine verschwindende Zahl von wirklichen Anhängern — diese bodenlose Gemeinheit wird den Herrschaften unvergessen bleiben. Selbst nach dem Ausspruch des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm III. sind Wahlen mit geheimer Abstimmung „der wahre Ausdruck der Herzensmeinung der Wähler" (Erlaß zur rheinisch-westfälischen Kirchenordnung 1837). Der Unterschied der socialdemokratischen Stimmenzahl bei Reichstags- und Landtagswahl wird uns ein Maßstab sein, bis zu welchem Grade Junkerschaft und Kapitalismus durch brutale Gewalt noch die großen Massen an der freien Aeußerung ihrer Herzensmeinung zu hindern vermögen.

•

Es wird weiter gefickt. In einem Erlaß des Ministers des Innern, datiert vom 10. September, ist neben einigen andren Kleinigkeiten als zulässig erklärt, daß für die Urwahlen in der zweiten und ersten Abteilung besondere Stunden angesetzt werden dürfen, vor denen sie nicht beginnen sollen; z. B. Beginn der Urwahlen um 12 Uhr (dritte Abteilung wählt zuerst), die zweite Abteilung wird nicht vor 3 Uhr, die erste nicht vor 4 Uhr mit der Wahl beginnen. Das ist natürlich eine große Erleichterung für die Wähler erster und zweiter Güte, und doch trifft diese die Erbärmlichkeit auch der Wahlausführungsbestimmungen am allerwenigsten. Sehen wir selbst ab von den vielen Rentiers unter ihnen, denen die Wahlhandlung nicht nur keinen Zeitverlust bedeutet, sondern eine interessante Abwechselung in ihr vielfach recht stumpfsinniges Dasein bringt. Auch der Vielbeschäftigste von den Wählern erster und zweiter Güte, soweit er nicht der Arbeiterklasse angehört, ist in der Lage, seine Thätigkeit so zu regeln, daß er das Versäumte im wesentlichen zu andren Stunden nachholen kann. Um so energischer wird zu verlangen sein, daß bei Festsetzung des eigentlichen Beginns der Wahlhandlung, der ja für die dritte Abteilung entscheidend ist, ausschließlich der Rücksicht auf diese Rechnung getragen wird. Und hierüber haben wir bei der Verständnislosigkeit auch unsrer Gemeindebehörden für die Lage der Arbeiterklasse mit gespannter Aufmerksamkeit zu wachen. Nach einem Bericht der „Freisinnigen Zeitung" hat der für besonders einsichtig geltende Magistrat von Frankfurt a. M. ein glänzendes Beispiel für diese Verständnislosigkeit geliefert. Denn nehmen wir nicht völlige Verständnislosigkeit dieser Behörde an, so müßten wir es als niederträchtigsten Hohn bezeichnen, wenn bei der an sich schon tadelnswerten Ablehnung des socialdemokratischen Antrages — Festsetzung des Urwahlbeginns auf 6 Uhr nachmittags — erklärt wurde, man sei bereit, den Beginn der Wahlhandlung statt wie bisher auf 2 oder 2½ Uhr auf 12 Uhr mittags anzusetzen!! Da die weit überwiegende Mehrzahl der Arbeiter allermindestens eine Stunde vor Beginn der Wahlhandlung ihre Arbeitsstelle verlassen müssen, wäre damit auch die erste Hälfte des Arbeitstages gestört, während die zweite selbstverständlich versäumt werden muß. Also aufgepaßt!

Versammlungen.

Der Textilarbeiter-Verband hielt am 9. September im Gewerkschaftshause eine Versammlung der vier Filialen Berlins ab. Rössel referierte über „Die nächsten Aufgaben unsrer Central-Organisation. Er wies darauf hin, das Reich in Gaue einzuteilen und besoldete Gaubeamte anzustellen. Gleichzeitig kam der Referent auf die Unterstützungseinrichtungen in den Gewerkschaften zu sprechen. Er ist der Ansicht, daß man sich mehr und mehr mit der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung vertraut machen müsse. In der Diskussion sprachen sich verschiedene Redner für, aber auch verschiedene gegen die gewerkschaftliche Arbeitslosen-Unterstützung aus. Hauptsächlich sprach man sich gegen eine Gau-Einteilung sowie Anstellung von besoldeten Gaubeamten aus, denn ob diese Einrichtung die Vorteile bringen würde, wie sie vom Referenten geschildert wurden, sei sehr zweifelhaft. Die weitere Diskussion über diesen Punkt wurde bis zur nächsten kombinierten Versammlung vertagt. An Stelle des Kollegen Reckel, welcher seinen Posten im Centralvorstand niederlegte, wurde Schein (Posamentierer) gewählt. Ferner machte der Vorsitzende bekannt, daß von der Berliner Gewerkschaftskommission Sammellisten für die streikenden und ausgesperrten Textilarbeiter von Crimmitschau ausgegeben worden sind und ersuchte die Mitglieder, sich rege an der Sammlung zu beteiligen, denn der Sieg der Crimmitschauer Textilarbeiter sei auch unser Sieg.

In Charlottenburg tagte am 12. d. M. eine öffentliche Gärtnerversammlung. Benschek hielt das einleitende Referat über „Zweck und Ziele der Gewerkschaftsbewegung". Redner erläuterte den Entwicklungsgang der Gewerkschaften und zeigte, daß durch sie die gegenseitige Solidarität zu jenen Machtfaktoren geworden sind, als welche wir sie heute vorfinden. Der starke Beifall am Schluß der Rede bewies, daß die meist aus Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins bestehende Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war. Dasselbe Resultat zeigte auch die Diskussion, in welcher namentlich Löcher, Schalk, Beutz, Woldt u. a. für ein Zusammengehen mit der übrigen Arbeiterschaft sprachen. Löcher ermahnte am Schluß die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins noch besonders, bei der im Oktober d. J. stattfindenden Urabstimmung ohne Ausnahme für den Anschluß an die modernen Gewerkschaften zu stimmen.

Eine Textilarbeiter-Versammlung, speciell für die Arbeiter der Stralauer Jutespinnerei und Weberei, tagte am Dienstagabend bei Schonert. Frl. Ida Altmann referierte über „Lohnabzüge und die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung". In der Diskussion wurden Mißstände im Betriebe kritisiert. Die zum Zwecke der Lüftung im Frühjahr geöffneten Fenster stehen auch bei regnerischer und rauher Witterung offen, so daß die Arbeiterinnen der Erkältung in hohem Maße ausgesetzt sind. Sogar Regenschirme müßten aufgespannt werden, um vor Naßwerden gesichert zu sein. Daß die Behandlung zu wünschen übrig läßt, ist eine schon oft gehörte Klage. Den Arbeitern und Arbeiterinnen wurde geraten, sich durch die Organisation gegen solche Zustände in dem Betriebe der Jutespinnerei und Weberei Stralau zu wehren.

Weißensee. Eine außerordentliche Generalversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins tagte am 4. September im „Prälaten" hierselbst. Dieselbe beschäftigte sich mit der „Vorwärts"-Spedition am Orte und es mußte eine Neuwahl des Spediteurs vorgenommen werden, weil der bisherige Spediteur seine Stellung gekündigt hatte. Nach einem Bericht des Spediteurs Rein und lebhafter Diskussion hierüber wurde Reske mit 134 gegen 9 Stimmen als Zeitungsspediteur gewählt.

Nauen. Im hiesigen socialdemokratischen Wahlverein hielt am 13. d. M. Max Schütte aus Berlin einen Vortrag über die bevorstehende Landtagswahl. Albert Müllenstädt erstattete den Bericht von der Kreiskonferenz und von der Provinzialkonferenz und empfahl, die auf der letzteren gefaßten Beschlüsse betreffs der Landtagswahl zu genehmigen, was auch geschah. Hierauf wurde eine Kommission von drei Mann zur Aufstellung von Wahlmanns-Kandidaten gewählt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 20. September, vorm. 8¾ Uhr in der Aula der 69. Gemeindeschule, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung". — Um 10¾ Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Gehrke: „Die Wege der alten Kirche". Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg.) Filiale 1. Sonntag, den 20. September, vormittags 10½ Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7, Mitglieder-Versammlung. — Filiale 3. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 19. September, abends 9 Uhr, bei Bergener, Reichenbergerstr. 157. — Filiale 4. Sonnabend, den 19. September, abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Merkowski, Andreasstr. 26. — Filiale 6. Sonnabend, den 19. September, abends 9 Uhr, bei Diele, Ackerstr. 123, Mitglieder-Versammlung. — Filiale Rixdorf. Versammlung am Sonnabend, den 19. September, abends 8½ Uhr, bei Kutschera, Kirchhofstr. 41. — Filiale Charlottenburg. Sonnabend, den 19. September, abends 8½ Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3, Mitglieder-Versammlung.

Marktpreise von Berlin am 17. September 1903

nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut	D.-Ctr.	15,90	15,87	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	7,00	4,00
„ mittel	„	15,84	15,81	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,80	1,20
„ gering	„	15,78	15,75	do. Bauch	„	1,50	1,10
*Roggen, gut	„	12,95	12,93	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	12,91	12,89	Kalbfleisch	„	1,80	1,20
„ gering	„	12,87	12,85	Hammelfleisch	„	1,80	1,20
†Gerste, gut	„	14,50	13,50	Butter	„	2,60	2,00
„ mittel	„	13,40	12,40	Eier	60 Stück	4,60	2,60
„ gering	„	12,30	11,30	Karpfen	1 kg	2,40	1,20
†Hafer, gut	„	16,00	14,90	Aale	„	2,60	1,50
„ mittel	„	14,80	13,70	Zander	„	3,00	1,20
„ gering	„	13,60	12,60	Hechte	„	2,40	1,20
Richtstroh	„	—,—	—,—	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	—,—	—,—	Schleie	„	3,00	1,40
Erbsen	„	40,00	25,00	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	50,00	25,00	Krebse	per Schock	18,00	3,00
Linsen	„	60,00	20,00				

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Seelachs
pro Pfd. 17 Pf.
im Anschnitt 22 Pf.

Alle Fischarten sind infolge großer Fänge soeben in großen Mengen eingetroffen. Die mannigfachen Zubereitungen sind aus dem umfangreichen Seefisch-Kochbuch, das jeder Käufer gratis erhält, ersichtlich.
Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.
Ebenfalls in frischer Ware sind die nebenstehend verzeichneten Fische eingetroffen.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"
Hauptfiliale: Bahnhof Börse, Bogen 8—10,
Filiale II: Prinzenstraße 30 (am Moritzplatz). | Niederlage: Madaistraße 22 (im Schlesischen Bahnhof).

Schellfische in allen Größen 17—30 Pf. pro Pfd., je nach Größe.
Cabliau ohne Kopf 22 Pf., im Anschnitt 25 Pf. pro Pfd.
Bratflunder 3 Pfd. 60 Pf., 6 Pfd. 1,10 Mk.
Rotzungen . . . . pro Pfd. 40—45 Pf.
Heilbutt . . . . . 65—70 „
Goldbarsch . . . . . 25—30 „
Geräuch. Flundern . . . . 50—60 „
„ Seelachs . . . . 35—40 „
„ Schellfisch . . . 25 „
„ Roche . . . . . 50 „
Marinierte Seefische zu billigsten Preisen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin".
M. d. A.-R.-B. „Solidarität".
Sonnabend, den 19. September d. J.:
10. Stiftungs-Fest
im großen Parkettsaale der Brauerei Friedrichshain (früher Lipps) Am Friedrichshain.
Ball bei zwei stark besetzten Orchestern. ◆ Gesangs-Aufführungen. Reigenfahren (fahrendes Reck). ◆ Turnerische Aufführungen. Festpolonaise mit großartigen Ueberraschungen 2c. ◆ Festrede, gehalten vom Stadtverordneten Fritz Wilke.
Anfang 8½ Uhr. 13/10 Eintritt 50 Pf.
Es ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltung Berlin.
Herren-Kommers
zu Ehren der auswärt. Delegierten zur Generalversammlg.
am Sonntag, den 20. September, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.
Billets für Mitglieder 60 Pf. (nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches), für Gäste 75 Pf., sind bei den Kollegen P. Greier, SO., Köpenickerstraße 1, 2. Aufgang 4 Tr. und O. Misbach, Engel-Ufer 15, 3 Treppen im Bureau zu haben. Zahlreichen Besuch erwartet 20/13
Das Vergnügungs-Komitee.

Sonntag, den 20. September:
Billige Extra-Fahrt mit Musik
nach **Ziegenhals** bei **Zeuthen,** bis-à-bis Rauchfangwerder a. Krossinsee.
Abfahrt vorm. 10 Uhr, Stralauer Brücke, Station Kahnt & Herzer.
Fahrpreis hin und zurück 60 Pf., Kinder 30 Pf.
25333 M. Mörschel.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix höchster Preis der Ausstellung.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunststickerei. 20332*
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstrasse 92.

Einsegnungs-Anzüge
in den neuesten façons
in blau und schwarz Kammgarn und Cheviot.
Julius Lindenbaum,
Grosse Frankfurterstrasse 141, Ecke Fruchtstrasse. 2360L*
Grösstes Etablissement des Ostens, Nordostens und Südostens.
× Anerkannt reellste und billigste Bezugsquelle. ×

„Volkswille"
Beste deutsche 2 Pf.-Cigarette.
Heller türk. Tabak! Hochfeines Aroma!
Leichte Mischung! Feinste Handarbeit!
Cigarettenfabrik „Alexandria" Dresden.
Vertreter: Hugo Sprödowsky, Berlin N., Brunnenstr. 159.

Bequeme Fahrverbindung.
Die schönsten Herren-
Sommer-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, Hosen in neu, sowie speciell 2616L*
Monatsgarderobe
v. Kavalieren zurückgelegte Sachen, wenig getragen, f. jede Flg. passl., sind in gr. Ausw. stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
J. Wand, 1. Geschäft: Prinzenstr. 17, an der Wasserthorstraße. 2. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116, an der Andreasstraße.

Vereine: Zimmer für 80 und 20 Personen, auch für Gesangvereine. Neues Planino.
Dirksenstr. 39 I. Karl Grosser.
24212* Zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Börse
Verkehrslokal des Verbands deutscher Gastwirtsgehilfen. Tel. Amt 3, 1813

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 19. September.
Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Esther. — Die Komödie der Irrungen.
Westen. Die beiden Schützen.
Lessing. Der blinde Passagier.
Berliner. Geographie und Liebe.
Residenz. Das beste Mittel.
Neues. Eine Frau ohne Bedeutung.
Deutsches. Monna Vanna.
Central. Die Geisha.
Thalia. Der Hochtourist.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Fleck auf der Ehr'.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Der Talisman.
Kleines. Nachtasyl.
Trianon. Die Notbrücke.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Carl Weiß. Amor in Wichs.
Luisen. Das neue Gebot.
Apollo. Die Liebesinsel. Specialitäten.
Winter-Garten. Specialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Passage-Theater. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater

Sonnabend, den 19. Sept., 7½ Uhr:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Sonntagnachm. 3 Uhr, halbe Preise:
In erster Besetzung!
Die Fledermaus.
Abends 7½ Uhr:
Der Zigeunerbaron.

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das neue Gebot.
Sonnabend: Das neue Gebot.
Sonntagnachmittag 3 Uhr zu kleinen Preisen: Kabale und Liebe.
Abs. 8 Uhr: Einer von unsere Leut'.
Montag: 100 000 Thaler.
Dienstag: Einer von unsere Leut'.
Mittwoch: 100 000 Thaler.
Donnerstag zum erstenmal: Die Jungfrau von Orleans.

Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg.
Anfang 7½ Uhr.
Das beste Mittel.
Schwank in 3 Akten von A. Bisson.
Bearbeitet von B. Jacobsohn.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Winterschlaf.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Die Notbrücke.
In Vorbereitung: „Biscotte".

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a—5.
Eine Frau ohne Bedeutung.
Anfang 7½ Uhr.

Casino-Theater.

Lothringerstraße 37.
Anfang 8, Sonntags 7½ Uhr.
Großer Sensations-Erfolg!
Tolle Kadetten.
Vorher das glänz. Eröffnungsprogr.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Ein edles Weib.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute wegen Privat-Festlichkeit
geschlossen.
Sonntag: **Maria Stuart.**
Montag: **Farinelli.**

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Sonntag, den 20. September 1903, nachmittags 3 Uhr,
zu ermäßigten Preisen:
Robert und Bertram.
Abends 7 Uhr:
Mensch, ärgere dich nicht.
Posse mit Gesang in 4 Akten von Treptow. — Musik von Steffens.
Montag: **Die Löwenbraut.**

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Castans Panopticum
Friedrichstr. 165
Lebend!!
die zusammengewachsenen
Schwestern.
20 Jahre alt.
Violin-Virtuosinnen!

Zoologischer Garten

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Gr. Militär-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.

In der **Arena:**
Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen:
Wochentags 3½, u. 5 Uhr,
Sonnt. 12 Uhr, 3½, u. 5 Uhr.
Eintritt: Sperrsitz 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin!
Lona
in ihrer Scene „Im Boudoir".
14 erstklassige Nummern.

Deutsch-Amerikanisches Theater

(fr. Buntes Theat.), Köpnickerstr. 67/68.
Jeden Abend Anf. 8 Uhr.
Gastspiel Adolf Philipp.
Der Sensations-Erfolg
Ueber'n großen Teich
Heitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Abt.
Billets 4 Wochen im voraus.

Apollo-Theater.

Zum 136. Male: **Die Liebes-Insel**
mit dem grandiosen Post-Ballett.
Miss Mildred de Grey
Original-Barfuss-Tänzerin.
Montrel. — Clermonts Cirkus.
Pöttingers Schwed. Damen-Quintett.
Neu! Neu! **Messters Biophon,** leb. u. sprech. Photographie.
In Vorbereitung: Frühlingsluft.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Die größte Ausstattungs-Operette Berlins in 7 Bildern:
Amor in Wichs.
200 Mitwirkende. Glänzendes Ballett.
Anf. 8 Uhr. Morgen: Dies. Vorst.
Sonntagnachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.

Palast-Theater früher Feen-Palast.

Burgstr. 22.
Großer Lacherfolg!
Genießet das Leben.
Lebensbild in 2 Akten mit Gesang.
Die vornehmen Specialitäten.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntag, den 20. September 1903,
präcise 3 Uhr:
Extra-Elite-Vorstellung.
Die goldene Spinne.
Abends 7 Uhr: **Genießet das Leben.**
In beiden Vorstellungen Auftreten des Dir. R. Winkler.

Reichshallen

Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Böhme, Böckmann, Plättner, Schrader u. Eberino.)

Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der Fleck auf der Ehr'.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Anzengruber.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Der Talisman.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Montagabend 8 Uhr:
Der Talisman.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Talisman.
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Die Räuber.
Sonntagabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.
Montagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.

Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender.
Frid Frid. Rosa Marton.
Grete Meyer. Müller Lincke.
Zum **250.** Male:
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater,
Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Sonntag, den 20. September cr.:
Erstes Auftreten der beliebten
Norddeutschen Sänger.
Nach der Vorstellung:
Um 10 Uhr: Um 10 Uhr:
Großer Extra-Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf.
Anfang der Vorstellung 5 Uhr. d. Tanzes Punkt 10 Uhr.
Entree 30 Pf.
Diese Vorstellungen und Ball finden jeden Sonntag statt.

Winter-Garten

Das Original Motogirl.
Mlle. Marguerite,
sensationelle Löwen-Nummer.
Alexia, Bravour-Tänzerin.
Anna Dancrey,
Pariser Soubrette.
Ten Ichi, die kaiserl. japanische Gauklergruppe.
Die Papstbilder des Biographen
und das diesmonatliche Sensations-Programm.

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Täglich:
Streichkonzert.
Dienstag und Donnerstag:
Harburger Sänger.
Nach d. Vorst.: Tanzkränzchen.
Voranzeige! Vom 1. Oktober ab jeden Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Schauss' Künstler-Ensemble „Nordsterne".
Nach jed. Vorst.: Tanzkränzchen.

Sanssouci.

Kottbuserthor — Stat. der Hochbahn.

Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theaterabend.
Sonnabend, den 19. September:
Die Lieder des Musikanten.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Rudolf Kneisel.
Nach der Vorstellung:
Extra-Tanzkränzchen.
An diesem Abend kommen Passepartouts für die Wintersaison zur Ausgabe.

BLUTARMEN u. KRANKEN
ärztlich empfohlen
p. Flasche 1·50 und 2 Mark.

steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. vers. die 10 Pfunddose zu 7,00 M., 5 Pfd. 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg. *

Cirkus Schumann

Heute Sonnabend, den 19. September, abends 7½ Uhr:
High-life-Soirée.
Unstreitig die beste Löwen-Gruppe in Berlin.
Herr **Julius Seeth,** Beherrscher der Wüstenkönige, mit seinen
25 männlichen Löwen
(ausgewachsene Exemplare),
Geschenk Sr. Majestät des Kaisers von Abessynien
sowie das gänzlich neue
phänomenale Programm.
Dir. **Alb. Schumanns**
neue hervorragende Dressuren.
Morgen Sonntag zwei Vorstellungen, nachmittags und abends: **25 Löwen,** sämtliche Clowns und das großartige Programm.

Paul Müller, Berlin O., Lebuserstraße 15.
Zweiggeschäft: Nowawes, Priesterstr. 2.
Matratze, untere Rundung, besser wie Stahldrahtmatratzen: 27,00.

Neu! Praktisch!
Wichtig für jeden Haushalt!
Müllers Polsterwaren ohne Gurte, vollständig staubfrei, können nicht stocken, erübrigen das teure Aufpolstern. Niemand sollte versäumen, sich von der Zweckmässigkeit, Reinlichkeit, Dauerhaftigkeit und Billigkeit zu überzeugen. Volle Garantie. Besichtigung ohne Kaufzwang. 26270*

Nathan Wand,

129 Stalitzerstr. 129.
Die schönsten 15335
Herren-Winter-Paletots
und Anzüge in neu, sowie speciell
Monats-Garderobe
von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Stalitzerstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuserthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Buss' Salon

Gr. Frankfurterstr. 85.
Empfehle meine Säle den geehrten Vereinen für Festlichkeiten und Versammlungen. Sonnabende und Bußtag noch frei! 26672*
Ch. Theel.

Köpenick.
Echten alten **Kottbuser Korn**
empfiehlt 25302*
Aug. Tauchert, Gastwirt, Müggelheimerstr. 4.

Dr. Schünemann
Specialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden. **Seydelstr. 9.** ½12—½3, ½6—½8, Sonnt. 9-11.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Specialarzt für 23/20*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4.

Erkner—Baustellen
billig, günst. Zahlung, nur b. Bauer **Catholy, Buchhorsterstraße,** 5 Min. ab Schule. 52 Stck. bis jetzt ver. Näh. **Schulz,** Rixdorf, Lenaustr. 12/13. *

⚒ Josef Fischer ⚒
Ostbahnhof, Brombergerstr. 19/21
verkauft die Kohlen am billigsten ab seinem Lagerplatz. Von 10 Ctr. an 1 Ctr. Hansa Halbsteine nur 60 Pfg. 1 Ctr. Senftenberger Briketts 6+7 Zoll nur 65 Pfg. 1 Ctr. echt Senftenberger, Henkels Werke, 7 Zoll, nur 75 Pfg.
Bessere Kohlen als letztere giebt es nicht, mag der Name der Briketts sein, wie er will. Unter 10 Ctr. pro Ctr. 5 Pf. frei Haus, in den Keller 10 Pfg. der Centner mehr. 50 Handwagen verleihe zur Kohle a 10 Pfg. 22620*

Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.
130 Sänger. Chormeister: Alexander Weinbaum. M. d. A.-S.
Sonntag, den 20. September, im grossen Konzertsaal der „Neuen Welt" (Hasenheide):

Konzert.

Mitwirkende: **Alfred Wittenberg** (Violine), **Albert Jeschke** (Violine), **Wilhelm Schneider** (Viola), **Franz Hollfelder** (Violoncello), **Otto Kockert** (Klavier).
Anfang präcise 6½ Uhr. — Eintritt 40 Pf., an der Kasse 50 Pf.
Nachdem: **Tanz.** Herren zahlen 50 Pf.
Eintrittskarten sind im Vereinslokal („Arminhallen"), im Vereins-Bureau (Ritterstr. 88), in der Musikalienhandlung von **Richard Kaun,** Grüner Weg 17; im Restaurant **Augustin,** Druckerei des „Vorwärts", Lindenstr. 69; in den Cigarrengeschäften von **Paul Ihm,** Wrangelstrasse 58; **Gottfried Schulz,** Admiralstr. 40a; **Emil Schulz,** Mittenwalderstrasse 2; **Gustav Schürer,** Lindenstr. 97/98; **H. Pütz,** Muskauerstr. 31; **Udo Stangenberg,** Manteuffelstr. 109; **J. Wolff,** Lehninerstr. 1, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen erhältlich.
Der Vorstand.

„Mobilia"

Berliner Möbel-Industrie-Gesellschaft m. b. H.
1 An der Jannowitzbrücke 1.

Möbel. Teppiche. Gardinen.
Specialität:
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.
Wir gewähren sicheren Leuten ohne Preisaufschlag
leichteste Teilzahlung.
25372*

Costümröcke

prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen und Weiten vorrätig, schwarz und farbig,
i. den modernsten glatten u. Fantasiestoffen 3.75, 5, 7, 10, 15 Mk.
in Seidendamast . . . . 20 u. 25 Mk.
Amerikan. fussfreie Strassenröcke . . jetzt 5.75, 9, 10 Mk.
Gummimäntel, Reisemäntel, Regenmäntel . 10, 12, 15 Mk.
Neuheiten i. Herbstblusen . . . . 3, 5, 7.50 Mk.
Einsegnungskleider in schwarz und weiss 15, 18 u. 20 Mk.
Trauerkleider in einfacher und eleganter Ausführung, auch nach Maass in 24 St. . . . . 18, 20, 25 Mk.
Elegant garnierte Kleider in Zibeline, Satintuch und in den neuesten Fantasiestoffen . . . . . . 20, 25, 30 Mk.
Herbst-Paletots, Winter-Paletots in den neuesten Modellen und Stoffen in vollendetster Ausführung, in jeder Preislage.
Jacken u. Blusen-Costüme in neuesten Stoffen u. kleidsamen, neuen Modellen . . . . 15, 20 Mk.
Fussfreies amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit . 20, 25 Mk.

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
Maassanfertigung.

Dieser weiche Herrenhut kostet mit Satinfutter 1,75 Mark. mit Atlasfutter 2,— " kleinere Form 1,50 "

Dieser schwarze steife Hut mit Futter kostet 2 Mark.

Grösste Auswahl in Herren-, Knaben- und Mädchen-Mützen
Neuheit: Die modernen Beulenhüte führe zu M. 2,- bis 5,50
Oscar Arnold
Grösstes Special-Geschäft
Engros für Hüte, Mützen und Pelzwaaren Export
nur Dresdenerstr. 116 (Kein Laden)
Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Dieser steife, schwarze Hut mit Futter, moderne Form, **kostet 1,00 M.**

Cylinderhüte und Chapeau claques in großer Auswahl.

Special-Hut-Engroslager.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen
im Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Treppe, 25212*
drittes Haus vom Alexander-Platz.
Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.
Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1,50, mit Atlasfutter M. 2,—, hochfeine Qualität **M. 2,50,** extra feine **M. 3,–, beste Qualität M. 4,50.**

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 30.
Fernspr.: Amt VII Nr. 1959.

Branchen-Versammlungen.

Geschirr-Branche: **Montag, den 21. September,** abends 8½ Uhr, **Englischer Hof, Neue Roßstr. 3.**
Treibriemen-Branche: **Dienstag, den 22. Sept.,** abends 8½ Uhr, **Engl. Garten, Alexanderstr. 27c.**
Taschen- u. Koffer-Branche: **Mittwoch, 23. Sept.,** abends 8½ Uhr, **Gewerkschaftshaus,** Engel-Ufer 15, Saal 7.

Achtung! **Militär-Branche.** Achtung!
Die Versammlung am Sonnabend, den 19. September, fällt aus.
Dieselbe findet am
Montag, den 21. September, abends 8½ Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7, statt.

Linoleumleger u. Teppichnäher: **Montag, 21. Sept.,** abends 8½ Uhr, bei **Ladewig, Kommandantenstr. 65.**
Wagen-Branche: **Mittwoch, den 23. September,** abends 8½ Uhr, bei **Augustin, Lindenstr. 69.**
Eisenmöbel-Branche: **Mittwoch, den 23. Sept.,** abends 8½ Uhr, bei **Ladewig, Kommandantenstr. 65.**
Sektion Charlottenburg: **Dienstag, den 22. Sept.,** ab. 8½ Uhr, bei **E. Dörre,** Charlottenburg, **Wallstr. 90.**

Wir ersuchen die Mitglieder dringend, diese Versammlungen zu besuchen. Die Tagesordnungen werden dortselbst bekannt gegeben.
158/2 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! **Achtung!**
Sonntag, den 20. Septbr., vorm. 10 Uhr:

Versammlung

aller in den gesamten
Siemens-Schuckert-Werken (Siemens & Halske)
beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter
in der „Neuen Welt", Hasenheide 108–114,
im Riesensaal.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Siebener-Kommission über die gepflogenen Verhandlungen. Referent: Kollege **Schindler.**
2. Diskussion.

Da nun die Verhandlungen mit der Direktion über den Arbeiter-Ausschuß an einen Punkt gelangt sind, wo es gilt, geschlossen dazu Stellung zu nehmen, erwarten wir den Besuch aller Arbeiter und Arbeiterinnen. **Es sind Vorkehrungen getroffen, wonach eine polizeiliche Auflösung der Versammlung unmöglich ist, deshalb ist es notwendig, daß nur, wer sich als Arbeiterin oder Arbeiter der Siemens-Schuckert-Werke ausweisen kann, Zutritt zu der Versammlung erhält.** Die gesamten Direktionen und Beamten sowie die Vertreter der Presse sind zu dieser Versammlung eingeladen. 121/15

Die Kommission.

Achtung! **Karton-Branche.** Achtung!
Montag, den 21. September, abends 8½ Uhr, im Lokal **„Englischer Garten",** Alexanderstr. 27c:

Grosse öffentliche Versammlung

aller in **Kartonfabriken** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. **Bericht über die Verhandlungen mit den Prinzipalen und unsre Stellungnahme dazu.** Referent: **Kollege E. Brückner.**
2. Verschiedenes. 25/7

Das vollzählige Erscheinen aller Karton-Arbeiter und -Arbeiterinnen ist unbedingt notwendig. **Der Vertrauensmann.**

Verband des technischen Bühnen-Personals.

Sonnabend, den 26. d. M., im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.
Billets zum IV. Stiftungsfest sind in der Versammlung zu haben.
Der Vorstand.

Central-Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgen. Deutschlands. (Verwaltung Berlin und Umgegend.)

Sonntag, 20. September, nachm. 5 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:

Ausserordentl. Generalversammlung.

Tages-Ordnung: Beschlußfassung über die Anträge zur Generalversammlung des Centralverbandes in Halle a. S. **Die Ortsverwaltung.**

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 20. September, nachmittags 5 Uhr:

Monats-Versammlung

in Raabe's Fest-Sälen (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: **Nach 25 Jahren. Erinnerungen aus dem Jahre 1878.** Referent: **Max Schütte.**
2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Erscheinen aller Mitglieder mit Familienangehörigen ist Pflicht.
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.**
280/10 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! **Achtung!**

Zinkgießer und Stürzer

Berlins und Umgegend.
Montag, den 21. d. M., abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Voigt, Alterstraße 75:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: **Unser Stand im Gürtlerstreik.**
290/11 **Der Einberufer.**

Achtung! **Rixdorf!** **Achtung!**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 20. September, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn **Thiel,** Bergstr. 151/152:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die hiesige Tischler-Innungs-Krankenkasse.

Sämtliche Kollegen, welche vom 1. Oktober ab gezwungen sind, der Innungs-Krankenkasse beitreten zu müssen, werden dringend ersucht, unverzüglich in dieser Versammlung zu erscheinen. 87/12

Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Nach §§ 44 und 45 des Kassenstatuts besteht die Generalversammlung aus Vertretern der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber, derart, daß die Wahl derselben in Abteilungen erfolgt. — Es bilden die Mitglieder jeder Klasse je eine Abteilung.

In diesen Abteilungen haben die Kassenmitglieder die Vertreter aus ihrer Mitte zu wählen, während die zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte zu Vertretern wählen und in der Wahlversammlung sich durch solche vertreten lassen können.

Für 1903/1904 sind zu wählen:

in der	I. Klasse	229	Vertreter,
„ „	II. „	67	„
„ „	III. „	61	„
„ „	IV. „	63	„
von den	Arbeitgebern	202	„

Die Wahl der **Vertreter der Kassenmitglieder** findet am
Sonntag, den 4. Oktober cr.
im **Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15**
statt und zwar
im grossen Saal
für die Mitglieder der **ersten** Klasse:
vormittags präcise 10—11 Uhr (um 11 Uhr wird der Wahlakt geschlossen),
für die Mitglieder der **vierten** Klasse:
vormittags 11½—12 Uhr (um 12 Uhr wird der Wahlakt geschlossen),
in Saal V
für die Mitglieder der **zweiten** Klasse:
vormittags präcise 10—11 Uhr (um 11 Uhr wird der Wahlakt geschlossen),
für die Mitglieder der **dritten** Klasse:
vormittags 11½—12 Uhr (um 12 Uhr wird der Wahlakt geschlossen).

Der Vorstand ladet zu zahlreicher Beteiligung in sämtlichen Klassen hierdurch ergebenst ein.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Zur Legitimation dient das Quittungsbuch, und werden die Herren Druckerei-Kassierer gebeten, dasselbe **quittiert** den oben aufgeführten Mitgliedern behufs Teilnahme an der Wahl auszuhändigen.

Ohne Quittungsbuch ist die Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.

Die **Arbeitgeber** wählen in ungeteilter Wahlversammlung am
Mittwoch, den 7. Oktober cr., abends 8 Uhr,
im **Restaurant Feuerstein, Alte Jakobstraße 75,**
und ladet der unterzeichnete Vorstand ebenfalls zu zahlreicher Beteiligung ein.

Den Herren Buchdruckerei-Besitzern teilen wir gleichzeitig mit, daß mit dem **1. Oktober d. J.** sich die Krankenversicherungspflicht auf **alle** männlichen und weiblichen Handlungsgehilfen und Lehrlinge erstreckt, deren Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 6½ Mark für den Arbeitstag oder 2000 Mark für das Jahr nicht übersteigt. Als Gehalt oder Lohn im Sinne des Gesetzes gelten auch Tantiemen und Naturalbezüge; Reisespesen dagegen sind als solche nicht zu rechnen. Wir ersuchen die Herren Arbeitgeber, die Anmeldung der oben bezeichneten Personen noch vor dem 1. Oktober d. J. bei unserer Kasse bewirken zu wollen. Die Anmeldung muß enthalten: den Vor- und Zunamen, Geburtsdatum und Geburtsort, sowie die Art der Beschäftigung des Anzumeldenden, den täglichen, wöchentlichen oder monatlichen Gesamt-Arbeitsverdienst, welchen er zur Zeit bezieht. — Auch Korrektoren und ähnlich beschäftigte Angestellte sind versicherungspflichtig. 276/12

Der Vorstand.
J. Blenz, Vorsitzender. **Otto Woniski,** Schriftführer.

Centralverband deutsch. Brauereihilfsarbeiter

Zweigverein Berlin, Sektion I (Brauer).
Sonntag, den 20. September, nachmittags präcise 2½ Uhr:

Monats-Versammlung.

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: **Staatshilfe und Selbsthilfe.** Referent: Genosse **Dr. Wollheim.** 2. Abrechnung vom zweiten Quartal. 3. Abrechnung der letzten Urania-Vorstellung. 4. Innere Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Die Versammlung wird ungeachtet der Zahl der erschienenen Mitglieder Punkt 2½ Uhr eröffnet. 41/5

Der Vorstand.
J. A.: **L. Hodapp,** Weißensee, Wörthstr. 13.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 21. d. M., abends 8½ Uhr, Andreasstraße 26:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Bartels** über: „Das Koalitionsrecht der Arbeiter". 2. Diskussion. 3. Bericht über Differenzen und Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Mittwoch, den 23. d. M., abends 8 Uhr, Große Frankfurterstr. 117:

Oeffentliche Versammlung

für alle in der Möbelpolitererei beschäft. Personen.

Tages-Ordnung:
1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserm Beruf, speciell in den einzelnen Werkstellen. Referent: Kollege **R. Weber.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen.

Die Differenz bei der Firma Hahn & Metzkow in Weißensee, König-Chaussee 71, ist noch nicht beigelegt.

Das **20jährige Stiftungsfest** findet am **8. Oktober** in **Kellers Festsälen,** Koppenstr. 29, statt. Einlaßkarten resp. Programme a 25 Pf. sind bei den bekannten Kollegen und jeden Montagabend von 7—8 Uhr Blumenstr. 38 zu haben.

Daselbst Entgegennahme von Beiträgen und Auszahlung sämtlicher Unterstützungen.
147/7 **Der Vorstand.**

Centralverband der Dachdecker

Filiale Berlin.
Sonntag, den 20. September, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn Feind, Weinstr. 11.

Tages-Ordnung:
1. Wahl des 1. Bevollmächtigten. 2. Stellungnahme zur Gaukonferenz. 3. Bericht vom Stiftungsfest. 4. Verbandsangelegenheiten.
54/15 **Die Ortsverwaltung.**

Rosenthaler „Vereinshaus".

Inhaber: **Paul Pfeffer,** früher **Schiller.**
Rosenthalerstraße 57 und **Germannstraße 28.**
Empfehle meine neu renovierten Säle und Vereinszimmer mit Pianinos den geehrten Vereinen 2c. zur gefl. Benutzung. 26662*

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mk. 50**

Echtblaues Monteur-Jackett	1 M. 90
Echtblaue Monteur-Hose	1 M. 50
Echtblaues Monteur-Jackett Prima Köper-Gewebe	2 M. 50
Echtblaue Monteur-Hose Prima Köper-Gewebe	2 M. 10
Manchester-Hose 8,50, 5,25, 4,25,	3 M. 50
Gefüttert. Manchest.-Jackett 14,—	9,—
Weiße Friseur-Jacketts 3,50,	2 M. 75
Konditor-Jacken, Dreiköpig, 4,25,	3 M. —
Maler-Kittel . . . 3,—, 2,50,	2 M. —
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—,	2 M. 40
Weiße Leder-Jacketts, Dreiköpig 7,50,	3 M. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50,	2 M. 75
Zwirnhosen, fest u. schön, 3,—,	1 M. 75

Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 21a/25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 21. Preisliste 1903 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 19652*

— Versand von 20 M. an franco. —

Nachdruck verboten!

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. Nr. 29 Hamburg.)
Filiale Berlin 9.
Sonntag, den 20. September, vormittags 10 Uhr,
bei **Fischer,** Waldstraße 8:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Juli—August. 2. Vortrag unsres Vertrauensarztes Dr. Rabe über: „Arzt und Patient." 3. Verschiedenes. 1754b

Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Gelb- und Zinngiesser.

Sonntag, den 27. September, vormittags 10 Uhr, im **„Gewerkschaftshause",** Engel-Ufer 15, Saal 3:

Ausserordentliche

General-Versammlung

der Vertreter,
wozu sämtliche Vertreter hiermit eingeladen sind. 17385

Tages-Ordnung:
1. Ersatzwahl eines Vorstands-Mitgliedes. 2. Vorlage und Beschlußfassung über das zum 1. Januar 1904 in Kraft tretende neue Statut an Stelle des bisherigen Statuts. 3. Verschiedenes.

Berlin, den 18. September 1903.
Der Vorstand.

Bau-Klempnerei
und **Installationsgeschäft,** gut gehend, ist bei 500 M. Anzahlung sofort zu verkaufen. Angebote richte man unter: **Klempnerei** postlagernd Königs-Wusterhausen.

Am 16. d. M., vorm. 11½ Uhr, verschied sanft nach kurzen schweren Leiden mein lieber Mann, der Dreher

Emil Müller

im 36. Lebensjahre. 1752b
Die tiefbetrübte Witwe Anna Müller, Charlottenburg, Schillerstr. 37, früher Pankstr. 4a.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 20., nachm. 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes, Fürstenbrunner Weg, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Robert Grimm

am 17. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. September, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Langestr. 56, aus nach dem Andreas-Kirchhof in Wilhelmsberg statt. 121/16

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gelbgießer

Ferdinand Bertrams

am 16. d. M. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. September cr., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
121/17 **Die Ortsverwaltung.**

Central-Verband der Maurer Deutschlands. **Zweigverein Berlin.**

Am 16. d. M. starb nach längerem Leiden unser treues Mitglied

Aug. Bergemann

im Alter von 49 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Dunckerstraße 84 aus nach dem Gethsemane-Kirchhof in Nieder-Schönhausen statt. 144/5

Die Verbandsleitung.

Central-Verband der Maurer Deutschlands. **Zweigverein Berlin.**

Unsern Kollegen zur Nachricht, daß am Dienstag, den 15. d. Mts., der Kollege

Friedrich Höpke,

wohnhaft Schulstraße 45, im Alter von 58 Jahren am Magenkrebs verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des St. Pauls-Kirchhofes, Hungerfenheide aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung der Verbandskollegen bittet.
141/6 **Die Verbandsleitung.**

Auf allerbequemste Art Teilzahlung!!!
(wöchentlich 1 Mark)
Herren-, Damen- u. Wecker-Uhren, Regulatoure, Broschen, Ringe, Ketten.
Juhre & König, Warschauerstraße 72.

---

bewährteste Nahrung für Hufeke's Kinder-mehl gesunde u. magen-darmkranke Kinder.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.

Ziehung am 28., 29., 30. September, 1. u. 2. Oktober cr.
16 870 Geld-Gewinne im Betrage von
575 000 Mark bar.
Die Hauptgewinne sind:
100 000, 50 000, 25 000, 15 000 Mk. etc.
Original-Lose a 3,50 Mk. (Porto und Liste **30 Pf.** extra) empfehlen und versenden auch gegen **Nachnahme u. Briefmarken**
Werner & Co., Bank-Geschäft, **Berlin W.** Friedrichstr. 198/199 Ecke Krausenstr.
Wir versenden nur die annoncierten Lose.
Telegr. Adr.: Millionenecke.

Matrapas

Feinste Cigarette!
Ueberall käuflich.
SULIMA DRESDEN.
Jährliche Production 190 Millionen.

ERÖFFNUNG

heute Sonnabend,

den 19. September, nachm. 3½ Uhr

Hervorragende Eröffnungs - Zugabe
beim Einkauf von 1,50 Mk. aufwärts.

Kaufhaus Holz & Ascher

Frankfurter Allee 68 ◆ Petersburger Strasse 1.

Einsegnungs-Anzüge von 12–27 Mk.
Anzüge nach Mass von 25 Mk. an.

M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4, am Kottbuser Thor.
Schneidermeister. 2352L*

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration mit mehreren Vereinen sofort zu verkaufen. Große Räumlichkeiten, billige Miete, bei Pinzer, Böckerstraße 5 (Osten).

Schöne große gangbare Eckdestillation im Südwesten ist umständehalber zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt Hilsebeinsche Brauerei am Tempelhofer Berg 6. 17045*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochvornehme Herrenanzüge, Herrenpaletots, feinsten Maßstoffen herrührend, 20—38, Herrenhosen 8 bis 12 Mark. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe. 1628b*

Lassen Sie einen Sohn einsegnen, so kaufen Sie den Anzug bei Herrmann Schlesinger, Turmstraße 85, Sie haben dadurch die Sicherheit, daß Sie 1. unter großer Auswahl bequem wählen können, 2. neue, saubere und haltbare Qualität bekommen, 3. guten Sitz und beste Stoffe erhalten, 4. zu unbedingt festen Preisen kaufen. Jedes dort gekaufte Stück ist den dafür gezahlten Preis auch wert. Niemand zahlt mehr, niemand weniger. Kein Vorschlagen, kein Bieten, Handeln oder Nachlassen, aber billige Preise. 1874R

Anzugreste, 8,00, Resterhandlung Lichtenbergerstraße 9. 1660b*

Wegen Umzug verkauft früherer Tuchfabrikant schöne moderne Stoffe billigst, einzelne Meter. Kommandantenstraße 68/69, III. 1691b*

Seidenreste jeder Größe sind wieder zu haben. Charlottenburg, Goethestraße 76. Kein Laden. 1368b

Steppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstraße 20. †09*

Steppdecken! Gelegenheitskauf! Seidenkloth, statt 8 M. jetzt durchweg 3,75. Posten Teppiche (Reisemuster) für jeden Preis verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. 1868R*

Betten, Steppdecken, Wäsche, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

Möbelverkauf. In meiner Möbel-Fabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheitskäufe zu billigen Preisen liefere ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderspind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertikos 36, Salongarnitur, Plüschgarnituren 105, Muschelbettstellen mit Matratzen 40, geschnitzte Büffetts, Bücherspinde, Paneelsofas mit Sattelta schen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, Englische Schlafzimmer, Speisezimmer, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 93/2*

Teppiche, Portieren, Tischdecken, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Remontoiruhren, Ketten, Regulatoren, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 22/15*

Gardinen, Stores, Kleidungsstücke, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 22/15*

Möbel, Spiegel, Bilder, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 22/15*

Möbelverkauf, passendste Gelegenheit für Brautleute. Die Möbelfabrik Schützenstraße 2, Ecke Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante Einrichtungen bis zu 10 000 Mark und darüber. Teilzahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Staunend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verliehen gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderspind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertikos 36, Salongarnitur, Plüschgarnituren 105, Muschelbettstellen mit Matratzen 40, geschnitzte Büffetts, Bücherspinde, Paneelsofas, Ausziehtisch, Sofatisch, Walzenstühle 4,00, Säulentrumeau 30,00, Regulator, Bilder, Nähmaschine, Küchensachen, alles fast neu, passend für Brautleute, auch einzeln, spottbillig Waldemarstraße 27, vorn I. 25/8

Fünf Zimmer Möbel, fast alles neu, will auch einzeln billig verkaufen. Auch Küchenmöbel, Teppich, Bilder, Spiegel 10,00, Säulentrumeau 35,00, Paneelsofa, Taschensofa, Verschiedenes, sofort. Kann eventuell bis Oktober stehen. Gartenstraße 85, I links (Stettiner Bahnhof). †136*

Sofa, noch gut erhalten, verkauft (56 M.) Epp, Tapezierer, Memelerstraße 23, Quergebäude II. †53

Kleiderspind, nußbaum, Nähmaschine verkauft Reichenbergerstraße 182, Laden. †57*

Restauration, nachweislich gutgehend, umständehalber sofort zu verkaufen. Lehrterstraße 48a. †91*

Milchkübel, Milchkannen Stühmer, Lausen-Ufer 27. 15655*

Hochfeine Herrenanzüge und Paletots aus besten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1842R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Resterhandlung, große Auswahl in Sacco und Capes. Anzüge und Hosen billigst. Stoffe zu Anzügen, Zuschneiden gratis. Mikenau, Schneider, Sonnenallee 30, kein Laden.

Brautleuten empfehle reelle, gutgearbeitete komplette Wohnungs-Einrichtungen, auch einzeln, zu sehr soliden Preisen. Hirschowitz, Tischlermeister, Brunnenstraße 80. 1762b

Woran liegt es denn, daß Sie an Ihren Anzügen nie die rechte Freude hatten? Nach langem Handeln im fremden Geschäft kauften Sie schließlich etwas andres als Sie eigentlich wollten und ärgern sich nun jedesmal über den Reinfall. Gehen Sie zu Schlesinger, dort fühlen Sie sich wie zu Hause und bekommen, was Sie wollen. Wo? Turmstraße 85. 1788R

Herrenanzüge, Paletots, wenig getragene Monatsgarderobe, große Auswahl, auch zurückgesetzte neue kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Fürstenzelt, Rosenthalerstraße 15, III. 96/20*

Bett (prachtvolles) 18,00, Michel, Dresdenerstraße 38. 1743b

Singermaschine umständehalber 12,00, Grünerweg 62, IV rechts.

Restauration billig verkäuflich Rixdorf, Ziethenstraße 13, Kohlenplatz.

Frettchen, Netze, Maulkörbchen, Schellenbünde billig. Schnelle, Große Frankfurterstraße 13. 1879R*

Herrenrad, hochelegant, umständehalber jeden Preis, Weißenburgerstraße 3, Rausch. 96/19

Kohlengeschäft (Südwest), 23 Jahre bestehend, verkäuflich. Näheres Jahn, Frankfurter Allee 131. 1780b

Restaurant zu verkaufen, 600 erforderlich, Bau- und Fabrikgegend. „1500" Postamt 65. 1729b

Fahrräder, Nähmaschinen, gebrauchte, nagelneue, spottbillig Pfandleihhaus Seydelstraße 20. 1749b*

Verkaufe sofort Taschensofa, Vertiko, Muschelkleiderschrank 25,00, Bettstellen mit Matratzen 18,00, Ausziehtisch, Sofatisch, Walzenstühle 4,00, Säulentrumeau 30,00, Regulator, Bilder, Nähmaschine, Küchensachen, alles fast neu, passend für Brautleute, auch einzeln, spottbillig Waldemarstraße 27, vorn I. 25/8

Fünf Zimmer Möbel, fast alles neu, will auch einzeln billig verkaufen. Auch Küchenmöbel, Teppich, Bilder, Spiegel 10,00, Säulentrumeau 35,00, Paneelsofa, Taschensofa, Verschiedenes, sofort. Kann eventuell bis Oktober stehen. Gartenstraße 85, I links (Stettiner Bahnhof). †136*

Sofa, noch gut erhalten, verkauft (56 M.) Epp, Tapezierer, Memelerstraße 23, Quergebäude II. †53

Kleiderspind, nußbaum, Nähmaschine verkauft Reichenbergerstraße 182, Laden. †57*

Restauration, nachweislich gutgehend, umständehalber sofort zu verkaufen. Lehrterstraße 48a. †91*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Prenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. †98*

Verschiedenes.

Rechtsbureau! (Alexanderplatz), Kurzestraße achtzehn! Gerichtssachen! Eingabengesuche! Raterteilung. 53/14*

Rechtsbureau, Gerichtsbeistand, Ehellagesachen, Alimentensachen, Eingabengesuche, Raterteilung. Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz).

Rechtsbureau Ebertystraße 22. *

Rechtsbureau! Prozeßbeistand, Ehellagesachen, Strafsachen, Alimentensachen, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 1728b*

Rechtsbureau, Gerichtsklagen, Strafsachen, Alimentensachen, Ehesachen. Petsch, Brunnenstraße 97. †93*

Zahnschmerzen beseitige, ohne auszuziehen, absolut schmerzlos für immer. Unbedingten Erfolg garantiere. Zahn 1,00. Zahnatelier Oliwier, Annenstraße 26, gegenüber Thalia-Theater. *

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9.

Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig unter Garantie in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. E. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 1721R*

Pfandleihe E. Kron, Köpnickerstraße 55a. 20/17*

Fahrradgesuch, auch defekt, Ratzlaff, Schönhauser Allee 168a. 93/19*

Landeuland zwischen Steuerhaus und Wilhelmsberg zu verpachten. Franz Kirmes. †51*

Brautpaare. Hochzeitssäle Schwedterstraße 23. Menü (drei Gänge) 1,50 Mark an, reichhaltige Speisekarte. Es empfiehlt sich Bernau. 1878R*

Saal (120 Personen) Sonntags für Vereine zu vergeben Usedomstraße 33. 1720b*

Vereinszimmer, großes, bis 100 Personen, einige Tage frei Invalidenstraße 146. 1712b

Vereinszimmer mit Pianino, Metzners Restaurant, Inhaber Moritz Mix, Skalitzerstraße 59. †24*

Vereinszimmer vergiebt Kurth, Lausitzerstraße 46. †26*

Zimmer für Vereine und Festlichkeiten Blumenstraße 35a, Restaurant Deiringer. 1670b

Rechtsbureau, Gerichtssekretär, früherer, Andreasstraße 38. Billig. Sonntagsdienst. 1731b

Goldsachen, Silber, Münzen, Bruchgold, Kehrgold, Platin, Zahngebisse zahlt höchsten Kurspreis Schneider, Brunnenstraße 137, Goldschmelze. 1761b*

Nähmaschinen werden sauber und billig gestrichen. Näheres Blumenstraße 32a, Hohenfeld. 1760b

Gewindeschneidezeuge und Schlosserwerkzeuge zu kaufen gesucht. Riedel, Reinickendorf, Provinzstraße 85.

Vermietungen.

Wohnungen.

Mühlenstraße 8, nahe Warschauer-Brücke, ist zum 1. Oktober freundliche Hofwohnung, 2 Stuben, Küche, Korridor, parterre, für 22,50 Mark zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. 1875R*

Balkonwohnung, Vorderhaus, erste Etage, zwei hübsche Stuben, Küche, eigner Korridor, 29 Mark, noch zum Oktober (weil Oktobermieter vorgestern verunglückt) Koloniestraße 43, Berlin. 1701b*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer an ein auch zwei Herren, möblierte Schlafstelle zu vermieten Dresdenerstraße 58, III rechts. 1316b

Schlafstellen.

Teilnehmer für möblierte Schlafstelle sucht Witwe Jacobey, Kolbergerstraße 26. 842*

Schlafstelle zum 1. Oktober bei Witwe Bolz, Skalitzerstraße 58. 1757b

Saubere Schlafstelle Kühner, Bärwaldstraße 42, Hof parterre. 1734b

Freundliche Schlafstelle zu vermieten 1. Oktober. Aris, Naunynstraße 21, III links. 1736b

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht Nähe Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde einfach möbliertes Zimmer. Offerten mit Preisangabe unter O. K., Spedition Kronprinzenstraße 50 abzugeben.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Humorist Gerhardy, Kottbuser Damm 100. †121*

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser.

Fabrikarbeiter, schwerhörig, sucht Arbeit, auch anlernen, Gutzlaff, Kreutzstraße 31. 1739b

Wasch- und Reinmachestellen sucht Steinmer, Blumenstraße 52. 1746b

Stellenangebote.

20 Rabitzputzer, Spanner und Träger verlangen Ritschke u. Kersten, Bergstraße 9. 1718b*

Formerlehrling verlangt Behrend, Adalbertstraße 7. †26*

Schlosserlehrling verlangt Müllerstraße 12b. 1700b

Kistenarbeiter, dauernd, verlangt M. Bach, Brandenburgstraße 33. *

Einen tüchtigen Rahmenmacher verlangt Albert Spießicke, Alexandrinenstraße 25. 1737b

Schriftmaler verlangt Brockmüller, Friedrichstraße 33. 1730b

Schildermaler, gelernter, verlangt Oriwohl, Fehrbellinerstraße 87. *

Schildanmacher verlangt Oriwohl, Fehrbellinerstraße 87. 1756b*

Bilderrahmenmacher wird verlangt. O. Lundershausen, Prinzenstraße 99. 1744b

Grundierer verlangt Goldleistenfabrik Deutsch u. Lachmann, Büschingstraße 4. 1763b

Tüchtige Farbigmacherin verlangt Rosenow u. Co., Schmidstraße 6.

Schildermaler und Lehrling verlangen Krause u. Fechner, Prinzenstraße 84. †57*

Mamsells auf Damenjaketts verlangt Kleinitz, Manteuffelstraße 100.

Hausreinigung vergiebt Freienwalderstraße 12. †85*

Für meine Schürzen-Konfektion suche per 1. Oktober cr. ein Lehrmädchen gegen monatliche Vergütung. Louis Guttentag, Kaiser Wilhelmstraße 26, Hof II. 96/18*

Mamsells auf Regenmäntel verlangt Walter, Simeonstraße 31. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Färber, Petscheure, Wäscher gesucht 2640Q*
Gebr. Altenbergs Färberei, Neu-Weißensee, Langhansstraße 4.

Gut fundierte eingeführte **Lebensversicherungs-Gesellschaft** sucht für

Berlin und Vororte,

leistungsfähige Herren, die gewillt sind, eine

Generalagentur

zu übernehmen. **Fachkenntnisse nicht erforderlich. Die Stellung ist gut dotiert.** Offerten erb. sub N. 7 an die Exped. dieses Blattes. 2070Q

Zur Acquisition in Berlin und Vororten

werden für eingeführte **Lebensversicherungsgesellschaft**

tüchtige Acquisiteure

bei höchsten Provisionssätzen gesucht. Nach Ablauf einer Probezeit **wird feste Anstellung mit Gehalt u. Spesen in Aussicht gestellt.** Offerten erb. sub N. 7 an die Exped. d. Bl.

Achtung! Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter!

Die **Pianofabrik** von **Nieber & Co., Alexanderstr. 22** und **Wallner-Theaterstr. 26/27,** ist wegen Differenzen für sämtliche Branchen **gesperrt.** 142/2*

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Verantwortlicher Redacteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.